

---

Teil III:

---

Familien mit spezifischen  
Herausforderungen:  
illustrative Fallbeispiele

# Einleitung

Im dritten Teil dieses Bandes I des Familienberichtes wird anhand illustrativer Fallbeispiele dargestellt, welche spezifischen Herausforderungen sich Familien bei der Gestaltung des familiären Alltags stellen (können).

Dabei wird keineswegs davon ausgegangen, dass sich nur bei den ausgewählten besonderen Lebenssituationen spezifische Herausforderungen für Familien ergeben, vielmehr sollen diese exemplarisch ausgewählten Beispiele von Familien in spezifischen Lebenslagen – bei denen sich die Herausforderungen und Probleme für Familien zum Teil stark unterscheiden – einen Einblick gewähren, welche (unterschiedliche) Herausforderungen sich diesen Familien stellen.

Zum einen wird dabei auf die Situation von Familien mit einem behinderten Kind bzw. Elternteil eingegangen, zum zweiten auf die Situation von Migrantenfamilien und zum dritten

auf die Auswirkungen von Arbeitslosigkeit eines Familienmitglieds auf das Familienleben.

Sowohl über die Veränderungen des Familienlebens durch die Geburt eines behinderten Kindes sowie die elterlichen Verarbeitungsstrategien und familialen Anpassungsprozesse an die veränderte Familiensituation und noch weniger über die Probleme von behinderten Personen als Eltern liegen in Österreich repräsentative quantitative Studien vor. Aber auch über das Familienleben von MigrantInnen und den Auswirkungen äußerer Rahmenbedingungen auf deren Familienleben sowie die Konsequenzen von Arbeitslosigkeit auf das Familienleben gibt es nur wenige aktuelle Forschungsbefunde. Im Folgenden wird daher zum Teil auf einzelne qualitative Studien detailliert Bezug genommen, um die Situation aus Sicht der Betroffenen darstellen zu können.

# Übersicht

<b>9 Familien mit einem behinderten Kind</b>	<b>346</b>
9.1 Einleitung	346
9.2 Familien mit einem behinderten Elternteil	347
9.3 Zur Situationsbearbeitung von Müttern behinderter Kinder	348
9.3.1 Die Geburt eines behinderten Kindes	348
9.3.2 Der Verarbeitungsprozess	351
9.3.3 Das System Familie und das behinderte Kind	354
9.3.4 Reaktionen von außen	358
9.3.5 Behinderte Kinder – „gehinderte“ Mütter	359
9.4 Zusammenfassung, Ergänzung und aktueller Bezug	361
<b>10 Familie als Schlüssel zur Integration</b>	<b>364</b>
10.1 Entwicklung der Situation von Migrantenfamilien seit 1989	365
10.1.1 Änderungen in der Struktur der Zuwanderung	365
10.1.1.1 Ausdehnung des Aufenthalts	365
10.1.1.2 Familiennachzug	366
10.1.1.3 Zusammenleben unterschiedlicher Generationen	367
10.1.2 Rahmenbedingungen	367
10.1.2.1 Ökonomische Entwicklung – Der Arbeitsmarkt	367
10.1.2.2 Reaktion auf die Zunahme der Migration – Die rechtlichen Rahmenbedingungen und deren Auswirkungen auf Migrantenfamilien	368
10.2 Familienleben in der Migration – einige Schlüsselaspekte	369
10.2.1 Frauen und Männer: Arbeitsbiografien	371
10.2.2 Zusammenleben zwischen Generationen – ‚vertikale Solidarität‘	375
10.2.3 Verwandtschaft – horizontale Solidarität	378
10.3 Resümee	380
<b>11 Familienleben und Arbeitslosigkeit</b>	<b>382</b>
11.1 Ausmaß eines Problems	382
11.1.1 Arbeitslosigkeit heute: Merkmale und soziale Bedeutung	382
11.1.2 Lebensbereiche im Wandel	383
11.1.3 Auswirkungen der Arbeitslosigkeit – Entwicklung der Wahrnehmung eines Problems	383
11.2 Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auf das Familienleben	384
11.2.1 Offene Forschungsfragen	384
11.2.1.1 Familien im Mittelpunkt	384
11.2.1.2 Familiäre Vielfalt	385
11.2.1.3 Längsschnittstudien	385
11.2.2 Betroffene Familien in Zahlen	386
11.2.3 Auswirkungen auf die familiäre Gruppe – ökonomische und psychosoziale Belastung	387
11.2.4 Spezifische Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auf die Familienmitglieder	388
11.2.4.1 Männer und Frauen: Die Gender-Dimension der Arbeitslosigkeit	388
11.2.4.2 Der Faktor Alter	390
11.3 Mit der dauerhaften Arbeitslosigkeit leben	391
11.3.1 Innenfamiliäre Dynamik	391
11.3.2 Veränderungen zu Hause	392
11.3.3 Anpassungsstrategien bei jüngeren Menschen	394
11.3.4 Veränderungen in der Öffentlichkeit	395
11.4 Arbeitslosigkeit und Gesellschaft	396
11.4.1 Unterstützung durch den Staat – die österreichische Sozialpolitik	396
11.4.1.1 Arbeitslosenversicherung	396
11.4.1.2 Sozialhilfe	397
11.4.2 Soziale Reaktionen auf die Langzeiterwerbslosigkeit	397
11.5. Resümee	398
Literatur	400
Tabellen- und Abbildungsverzeichnis	404

# 9. Familien mit einem behinderten Kind

Gabriele Öfner, Volker Schönwiese

---

## 9.1 Einleitung

---

In diesem Beitrag soll die Situation von Familien mit behinderten Kindern unter besonderer Berücksichtigung der Mütter behinderter Kinder dargestellt werden. Im Mittelpunkt stehen Ergebnisse einer qualitativen Studie, die Mütter exemplarisch zu Wort kommen lässt.<sup>1</sup> Unterschiedlichste publizierte Forschungsergebnisse werden mit diesen Darstellungen verbunden. Im Mittelpunkt der Analyse stehen insbesondere die Probleme bei der Geburt eines behinderten Kindes, der Bewältigungsprozess in der neuen Situation, die Veränderungen im Familiensystem und die verschiedensten Reaktionen von außen, die Mütter von behinderten Kindern als „gehinderte“ Mütter erscheinen lassen.

Die Situation von behinderten Personen als Eltern wird entgegen der ursprünglichen Planung nur kurz gestreift, weil es für Österreich dazu kaum verwertbare Informationen gibt.

Insgesamt gehen wir davon aus, dass die gesellschaftliche Situation von behinderten Menschen, die durch verschiedenste Formen der Ausgrenzung geprägt ist, in engstem Zusammenhang mit der Situation der Familien von behinderten Personen steht. Eltern, Geschwister, Verwandte sind mitbetroffen, es findet so etwas wie eine „soziale Ansteckung“ von Behinderung auf ihr Umfeld statt.

Dazu einige Hinweise, die vielleicht die Größenordnung des Problems verdeutlichen kön-

nen: Für die meist genannte Zahl von ca. 50.000 geistig behinderten Menschen in Österreich sind z. B. ca. 300.000 Personen mit persönlich familiären Bezug anzunehmen (Primig-Eisner 1998: 7). Nach anderen Schätzzahlen (Badelt / Österle, nach Rosenkranz 1998: 6) kann je nach Definition eines allgemeinen Begriffs von „Behinderung“ vermutet werden, dass in Österreich zwischen 40.000 und 110.000 Kinder, Jugendliche und Erwachsene körperlich und / oder geistig behindert bzw. beeinträchtigt sind. Es kann davon ausgegangen werden, dass eine Mehrheit von ihnen bei ihren Eltern leben.

Leider gibt es in Österreich dazu keine klaren Statistiken. Deshalb sollen hier zwei ältere Statistiken aus dem Ausland – bezogen auf geistig behinderte Erwachsene – zur Verdeutlichung der genannten Problematik im Sinne der Frage nach der Normalisierung<sup>2</sup> von Lebensverhältnissen herangezogen werden:

Nach dem Modell der vergleichbaren Normalität des Lebenslaufes von behinderten und nicht-behinderten Personen müssten also 90% der erwachsenen geistig behinderten Personen in der BRD in ihrer Lebenssituation als fehlplatziert gesehen werden. Wird das Leben bei den Eltern, oft verbunden mit dem Besuch von Tagesstätten, nicht gänzlich als Fehlplatzierung betrachtet, so sind immer noch ca. 37 % der erwachsenen geistig Behinderten gänzlich fehlplatziert.

Interessant ist ein Vergleich mit Schweden, wo die regionalisierte Wohnunterbringung im Sinne der Normalisierung lange Tradition hat.

---

1 Siehe: Gabriele Öfner: „Behinderte Kinder – ‚gehinderte‘ Mütter?“, Dipl.-Arbeit, Innsbruck 1998.

2 Das Normalisierungsprinzip ist die Leitidee, nach der in den skandinavischen Ländern seit den 60er Jahren Integration verwirklicht wird: „[Das Normalisierungsprinzip] bedeutet nicht, daß man versuchen will, eine behinderte Person zu einer normalen umformen zu wollen, es hat demzufolge nichts mit Normalität zu tun. [...] Das Grundprinzip der Normalisierungstheorie ist es, daß alle Menschen, seien sie behindert oder nicht, die gleichen Rechte haben; es ist also ein Gleichheitsprinzip. Trotzdem darf man nicht vergessen, daß alle Menschen verschiedenartig sind, daß sie verschiedene Bedürfnisse haben, so daß Gleichheit lediglich bedeutet, jedem einzelnen Menschen Hilfe und Unterstützung anzubieten, die seinen individuellen Bedürfnissen anzupassen sind“ (Bank-Mikkelsen / Berg 1982: 109).

**Tabelle 9.1: Wohnsituation Erwachsener mit geistiger Behinderung in der BRD**

Art der Unterbringung geistig behinderter Erwachsener in der BRD (Walter / Hoyler 1987: 77):

	Schätzwerte			
im Elternhaus / bei Geschwistern	ca.	60.000	=	50 %
in Anstalten und Großheimen	ca.	30.000	=	25 %
in Psychiatrischen Krankenhäusern, Altenheimen und sonst. Fehlplatzierungen	ca.	20.000	=	16,7 %
im offenen Bereich / Wohnstätten	ca.	8.500	=	7,1 %
in Pflegefamilien / Individualwohnungen	ca.	1.500	=	1,2 %
	ca.	<b>120.000</b>	=	<b>100,0 %</b>

**Tabelle 9.2: Wohnsituation Erwachsener mit geistiger Behinderung in Schweden**

Die Unterbringung geistig behinderter Erwachsener (ab 20 Jahren) in Schweden (Grunewald 1988):

im Elternhaus	6.723	26,0 %
in eigener Wohnung	4.606	18,0 %
in anderen Familien	345	1,04 %
in Wohngruppen	6.111	24,0 %
in Pflegeheimen	7.268	29,0 %
in anderen Unterbringungen	387	1,5 %
<b>Gesamtzahl</b>	<b>25.440</b>	

Hier leben ca. 55% fehlplatziert; wenn das Leben bei den Eltern nicht gänzlich als Fehlplatzierung gewertet wird, sind ca. 29% fehlplatziert. Bemerkenswert ist der große Anteil an Unterbringung in eigener Wohnung (18%) und in Wohngruppen (24%).

## 9.2 Familien mit einem behinderten Elternteil

Über behinderte Personen als Eltern gibt es in Österreich so gut wie gar keine Informationen, die so publiziert sind, dass sie hier näher ausgeführt werden könnten. Allerdings kann von einem

Kampf von behinderten Personen im Zusammenhang mit den österreichischen „Selbstbestimmt Leben Initiativen“ berichtet werden (vgl. BIZEPS im Internet), wo behinderte Personen systematisch nach einem System „Behinderte beraten Behinderte“ (peer counseling) tätig sind. Ziel ist die Unterstützung der Organisation von Persönlicher Assistenz zur Gestaltung eines selbstbestimmten Lebens in allen alltäglichen Lebensbereichen. Dabei ist über mehrere Fernsehdokumentationen von Franz-Joseph Huainigg im ORF über die alleinerziehende (stark bewegungsbehinderte) Martina H. und ihr (nichtbehindertes) Kind viel über die Möglichkeiten des Konzepts der Persönlichen Assistenz zur Unterstützung von Familien mit einem behinderten Elternteil gezeigt worden.

Die Frage, ob geistig behinderte Personen in Österreich Formen der Unterstützung finden können, sodass sie als Eltern mit Kindern leben können, ist in Österreich noch weitgehend tabuisiert. Kinder von geistig behinderten Personen werden in Österreich so gut wie immer in Pflege gegeben oder zur Adoption freigegeben. Wie hier die Rechte der betroffenen Personen (Mütter) – z. B. auf Besuch – gewahrt werden können, ist ein (grund)rechtliches und praktisches Problem, das noch zu wenig als solches erkannt ist. Die Hauptstrategie zur Verhinderung von Kindern von geistig behinderten Frauen (Eltern) ist nach langer und eugenisch motivierter Tradition die Sterilisation von geistig behinderten Frauen. Die für Österreich blamable Situation, dass behinderte Personen immer noch ohne ihr Einverständnis sterilisiert werden können, ist trotz vielfacher Bemühungen zur Reform des Kindschaffs- und Sachwalterrechts bis zu Beginn 1999 nicht geändert worden. Die Entwicklung von Formen „beschützter Ehe“ und Unterstützungsformen für geistig behinderte Eltern, wie sie in Ansätzen im skandinavischen Raum und einzelnen Modellen in Deutschland existieren (Pixa-Kettner 1996, Walter 1994), erscheint für Österreich noch in weiter Ferne.

---

### 9.3 Zur Situationsbearbeitung von Müttern behinderter Kinder

---

Die folgenden Ausführungen stützen sich auf die Aussagen von zehn Müttern geistig und mehrfachbehinderter Kinder in Österreich. Ihre persönlichen, sozialen und subjektiv erlebten Erfahrungen im Umgang mit ihrem Kind werden als solche wortgetreu wiedergegeben und in Beziehung zu vorhandener Literatur gesetzt. Als Interviewpartner standen durchwegs nur Frauen zur Verfügung, da Männer Interviews meist mit der Begründung ablehnten, zu viel Arbeit zu haben, Mütter als kompetenter im Umgang mit dem Kind

bezeichneten und teilweise durch spezielle familiäre Situationen (wie z. B. Scheidung) nicht zu befragen waren.

Bewusst wurden Mütter von „schwerstbehinderten“ Kindern als Interviewpartnerinnen gewählt, weil für sie die Integration ihres Kindes in die Normalität des täglichen Lebens am schwierigsten zu sein scheint.

#### 9.3.1 Die Geburt eines behinderten Kindes

Die Diagnose als kritisches Lebensereignis

Meistens fällt ÄrztInnen die heikle Aufgabe der diagnosestellenden Instanz zu. Ihre Einstellung der Behinderung des Kindes gegenüber hat einen maßgeblichen Einfluß auf die „Anpassungsleistungen“ der Eltern und damit auch auf die Gesamtentwicklung des behinderten Kindes.

Der Großteil der interviewten Mütter berichtete jedoch über kalte und wenig menschliche Diagnosemitteilungen der ÄrztInnen. Besonders belastend erlebten die Frauen den Umstand, alleine der Diagnosemitteilung ausgesetzt gewesen zu sein bzw. nur düstere Zukunftsprognosen für ihr Kind gestellt bekommen zu haben, die sich in keiner Weise – so negativ wie sie geschildert wurden – bewahrheitet hatten.

Geistig behinderte Kinder führen den ÄrztInnen die „Grenzen“ der Medizin vor Augen, denn hier kann man den „Schaden“ nicht mit Medikamenten oder Operationen reparieren. Diese kaum reflexiv bearbeitete Sichtweise veranlasst ÄrztInnen, den Fragen der Mütter auszuweichen oder ihnen direkt oder indirekt die „Schuld“ für die Behinderung des Kindes zu geben. So werden auch die MedizinerInnen zu „Opfern“ des Systems, welches die Mütter und deren Kinder zu „medizinischen Fällen“ reduzieren.

Aus dem Interview mit Frau A:

[...] und erst am nächsten Tag denk ich mir: Warum krieg ich mein Kind nicht? Und nachher: ich soll ins Kinderzimmer geh'n. [...] Ja, ich musste

*eine Maske aufsetzen und dann durfte ich hin. Dann hat sie g'sagt: „Sie sein ja selber schuld! [laut] Warum hab'n Sie denn die Fruchtwasseruntersuchung nicht machen lassen?“*

Friedrich (1992) betont, dass er die Aussagen der Mütter über bestimmte Verhaltensweisen und Informationen des Pflegepersonales und der Ärzteschaft nicht anzweifelt, wie sie diese geschildert haben, andererseits gibt er doch auch zu bedenken, dass es in besonderen Augenblicken und unter angespannten Bedingungen zum Teil im individualpsychologischen Bereich zu durchaus verständlichen Wahrnehmungsverzerrungen kommen kann, die „die Verständnis-, Verstehens- und Kommunikationsfähigkeit teilweise blockieren oder zumindest erheblich einschränken“ (Friedrich 1992: 95).

Der Schlüssel zu den Problemen zwischen Eltern und medizinischem Personal liegt in unterbewussten Vorgängen: das behinderte Kind verursacht bei Eltern wie bei Klinikpersonal eine Konfrontation mit eigenen Ängsten, Schuldgefühlen und unverarbeiteten Konflikten, was zu Kommunikationsschwierigkeiten führen kann. Das Erkennen der Behinderung des Kindes löst eine allgemeine Erschütterung bei den Müttern (und Vätern) behinderter Kinder aus. Infolge des seelischen Schmerzes, ihres erlittenen Schocks und ihrer Hilflosigkeit sind die Eltern oft nicht fähig, den prognostischen Inhalt der Diagnose zu verstehen.

Die Konsequenz dieser Überlegungen ist einerseits die Forderung nach psychologisch geschultem Klinikpersonal, das die Bedeutung der „ersten Worte“ erkennt und andererseits nach einem Angebot an psychologischer Betreuung oder Beratung für die betroffenen Eltern in den ersten kritischen Wochen nach der Geburt des behinderten Kindes, wobei die Einbeziehung von anderen Eltern u. U. besondere Bedeutsamkeit erhalten könnte: „Wir haben jedenfalls Belege dafür gefunden, dass das unverarbeitete Trauma der Geburt des Kindes bei einigen Familien zu langfristigen schädigenden psychischen Folgen geführt hat. Die ungünstigen Bewältigungsstrategien dieser Familien hängen

gen unserer Meinung nach wesentlich damit zusammen, dass die Eltern aus eigener Kraft nicht die Möglichkeit hatten, ihre seelische Erschütterung zu verarbeiten, ihr Selbstwertgefühl wieder herzustellen und die für sie neue Realität mit einem behinderten Kind anzunehmen“ (ebd.: 98).

#### Die Diagnoseeröffnung durch die Mutter dem Vater gegenüber

Die Geburt eines behinderten Kindes wird von vielen Frauen als ihr persönliches Versagen interpretiert. Die Frauen empfinden ihr behindertes Kind meist kurz nach der Geburt als menschliche und gesellschaftliche Zumutung, als etwas, worauf man nicht stolz sein kann. Ein behindertes Kind muss die Mutter nicht nur vor sich verantworten sondern auch vor seiner Umgebung. Der gesellschaftliche Anspruch bezüglich der Hauptaufgabe einer Frau ist der, gesunde Kinder in die Welt zu setzen und aufzuziehen. Ein behindertes Kind stellt die „Weiblichkeit“ in Frage. Da ein „solches“ Kind in den Augen der Gesellschaft nicht als vollkommen und normal erscheint, leidet das Selbstwertgefühl der Frau enorm darunter, den herrschenden normativen Anforderungen nicht nachgekommen zu sein. Diese geschlechtsspezifischen Einstellungen haben die Frauen im Laufe ihrer Erziehungsgeschichte verinnerlicht. Ein behindertes Kind kann für Mütter der Auslöser für langandauernde Schuldgefühle den Mitmenschen gegenüber sein, da sie ihre Aufgabe, einen „vollwertigen“ Nachwuchs zu gebären, nicht erfüllt haben.

Aus diesen Überlegungen heraus ist es einsichtig, dass es den meisten Frauen äußerst schwer fallen muss, dem Vater eines behinderten Kindes die Situation mitzuteilen.

Aus dem Interview mit Frau H:

*[...] und bin in Tränen ausgebrochen und bin halb zusammengebrochen und dann ist er dann gekommen und hat gefragt, was los ist und ich hab es ihm müssen sagen. Und das war für mich total [...] einfach wild. Weil er hat immer gemeint, des passt eh alles und es ist eh alles normal und dann*

*kommt des, des ist so, als wenn man in ein ganz a tiefes Loch hineinfallen tät.*

Dass es sich bei dieser Form der Diagnosevermittlung nicht um Besonderheiten der interviewten Mütter handelt, zeigen viele weitere Untersuchungen: „Ein Drittel der Mütter nahm den Diagnose-Termin alleine wahr. Bei der Befragung bemängelten sie die Abwesenheit ihrer Ehepartner und meinten, seine Teilnahme hätte es ihnen leichter gemacht, die Diagnose anzunehmen. Darüber hinaus meinten sie vor der schwierigen Aufgabe gestanden zu haben, es ihrem Ehepartner sagen zu müssen (Pueschel / Murphy 1976). So häufig, wie die hier geschilderte Situation allgemein auftritt, so häufig wird daran auch vehement Kritik geübt“ (Hinze 1993: 118).

#### Die „Das-wird-schon-werden-Haltung“

Erschwert wird die Situation der Mütter und Väter behinderter Kinder, wenn ihnen monatelang / jahrelang die Behinderung nicht mitgeteilt wird und sie erst im Laufe der Zeit erkennen müssen, wie groß der Entwicklungsrückstand des Kindes ist.

Aus dem Interview mit Frau F:

*Nein, uns hat noch nie ein Arzt was g'sagt, no keiner hat uns aufg'klärt. Ich mein, des einzige, die einzige Entschuldigung für alles war nur: „Sie müssen immer bedenken, des Kind ist zwei Monate zu früh auf die Welt gekommen.“ Und sonst haben's einem nichts g'sagt, wobei sie's ja sehr wohl gewusst haben.*

Die Diagnosemitteilung – so schlimm sie auch sein mag – stellt für diese Frauen eine enorme Entlastung dar. Die Zeit der Ungewissheit, in der die Mütter gefühlsmäßig vom Anders-Sein des Kindes inzwischen überzeugt sind, was aber von medizinischer Seite als „voreilig“ und „übertrieben“ abgetan wird, verunsichert die Frauen sehr. Die Mütter weisen darauf hin, dass sie wissen wollen, worauf sie sich in Zukunft einstellen müssen. Dieses „Zwischenstadium“ belastet die Mütter sehr. Schuldgefühle sind die logische Konsequenz, hervorgerufen durch verständnislose Reaktionen ande-

rer, die der Mutter wegen ihrer Art mit dem Kind umzugehen eventuell Schuld am „Anders-Sein“ des Kindes geben. Schuldgefühle der Mutter, die Defizite des Kindes in dieser „vertanen Zeit“ nicht richtig erkannt und schon gelindert zu haben, sind auch bei einigen Frauen vorhanden: „Im Ungewissen zu leben war für Mütter wie Väter außerordentlich belastend und schwer erträglich, zumal in der Ungewißheit das ‚uneingestandene Mitgedachte‘ (Schuchardt 1987), nämlich die drohende Behinderung des Kindes, mit enthalten und psychisch wirksam gewesen sein dürfte. Verständlich also, dass die Eltern um so mehr darauf drängten, endlich Gewißheit zu bekommen, je länger der Zustand der Ungewißheit dauerte“ (Hinze 1993: 99).

#### Frühe oder späte Diagnosemitteilung

„Destruktiv wirkt auch hier die Diagnose, indem sie die Wahrnehmung der Mutter von ihrem Kind kanalisiert. Die Definition ‚Vollidiot‘ oder ‚mongoloid‘ unterminiert das Vertrauen der Eltern in die Entwicklungsfähigkeit des Kindes, ob bewußt oder unbewußt, und sie sorgt dafür, dass gewisse eigenständige Äußerungen des Kindes wenig Chance haben, verstanden zu werden um sich weiterzuentwickeln, vielmehr unter das Etikett ‚typisch geistigbehindert‘ subsumiert werden. Und dennoch: Eltern geistig behinderter Kinder brauchen eine Diagnose, viele verlangen nach ihr und sind erleichtert, wenn sie diese gesagt bekommen. Die Wirkung der Diagnose-Mitteilung ist nicht nur destruktiv, sie ist auch entlastend und bietet Stabilität; eine Stabilität, von der aus viele Eltern sich überhaupt erst handlungsfähig fühlen“ (Niedecken 1989: 44).

Aus dem Interview mit Frau K:

*Wenn du andauernd [betont] ang'logen wirst, dann ist es dir wirklich recht, wenn dir endlich jemand des wirklich sagt, weil man kommt sich schon selber ganz verrückt vor. Man weiß selber, es stimmt was nicht und jeder sagt: Na, des ist, na so arg ist es nicht, des ist nicht so, so arg ist des nicht.*



Die Ergebnisse einer Studie von Drillen / Wilkinson, die sich mit dem Thema „Geburt eines behinderten Kindes und Diagnosemitteilung durch den Arzt“ beschäftigt, lassen sich wie folgt zusammenfassen: „Am vorteilhaftesten äußern sich diejenigen Mütter über die Diagnosemitteilung, die bald nach der Geburt (bis spätestens drei Monate) vollständig aufgeklärt worden sind“ (Lambeck 1992: 43).

Als besonders belastend geben die Mütter die Tatsache der Ungewissheit über das „Anders-Sein“ ihres Kindes an, das durch eine von ÄrztInnen hervorgerufene „Das-wird-schon-werden-Haltung“ gefördert wird. Die Diagnose beendet durch die fachliche Bestätigung die Zeit des Hoffens und der Ungewissheit, löst jedoch meist eine Frage nach der „Schuld“ der Behinderung des Kindes oder nach dem „Sinn“ dieser „Prüfung“ aus. Die erstellte Diagnose, so erschütternd diese auch ist, ist meist der Auslöser für Auseinandersetzungs- und Bewältigungsmöglichkeiten mit der Behinderung des Kindes.

### 9.3.2 Der Verarbeitungsprozess

#### Was hilft bei der Verarbeitung?

„Auf die Frage, auf welche Weise sie versucht hätten, mit der Behinderung fertig zu werden, konnten viele Väter und Mütter keine konkrete Antwort geben. Häufig war zu erfahren, es sei eine Frage der Zeit oder auch der Gewöhnung gewesen. In jedem Falle schien es ein langandauernder Prozeß zu sein, bei dem eine Vielzahl verschiedenster Gedanken, Gefühle und Handlungen reziprok zusammenwirkten; die auf die eigene Person, das behinderte Kind und die soziale Umwelt gerichtet waren“ (Hinze 1993: 137).

Aus dem Interview von Frau C:

*Aber ich hab mich so darüber hinweggerettet, dass i mir mal Literatur besorgt hab und g'lesen hab. Und da hab ich g'schaut, so früh als möglich, dass ich, dass ich andere Mütter triff. Des hilft einem. Da braucht's nit irgendwelche großen therapeutischen Interventionen oder so, sondern das ganz*

*normale Erzählen, so dass du einfach irgendwann a Vorstellung entwickelst, wie das Leben mit einem behinderten Kind ausschaut.*

Der Kontakt mit gleichbetroffenen Müttern (Eltern) in Verbindung mit einem Literaturstudium gab den interviewten Frauen die meiste Hilfe bei der Bewältigung des Schocks und des Trauerprozesses. Berichte (mündliche wie auch biografische Erzählungen) von Menschen, die sich in der selben Lage befinden und beschreiben, wie sie diese Krise meisterten, scheinen sowohl Müttern als auch Vätern behinderter Kinder sehr zu helfen. Erfahrungen anderer Eltern zeigen Möglichkeiten an Bewältigungsstrategien und helfen, die eigene Lebenssituation besser einzuschätzen.

**Das bleibt mir wenigstens erspart!**

Im Laufe der Zeit beginnen die Mütter „Vorteile“ in der Behinderung des Kindes zu sehen. Dies kann als erster zaghafter Versuch angesehen werden, sich mit Behinderung positiv auseinanderzusetzen. Jedoch muss die Realität anerkannt werden, um zu einer echten Annahme des Anders-Seins des Kindes zu gelangen.

Aus dem Interview mit Frau G:

*Die Vorteile, die er [Bernd] hat, an die hab ich mich schon so gewöhnt [lacht], dass, ich vergleich das immer so, bei den anderen [drei Söhnen] hab ich mich zeitweise sorgen müssen, dass sie vielleicht in schlechte Kreise kommen, oder sie auch mit Drogen in Konflikt kommen, und da denk ich mir, so etwas bleibt mir beim Bernd immer erspart.*

**Der Gedanke an die erste Zeit schmerzt noch immer**

Vor der Geburt des eigenen behinderten Kindes hatten die Mütter lebensgeschichtlich Einstellungen erworben, die unser gesellschaftliches Leben prägen. Leistung, Schönheit und Gesundheit gehören in unserer Kultur zu den wichtigsten Voraussetzungen, um bei seinen Mitmenschen geachtet und akzeptiert zu werden. Wer diesen Anforderungen nicht entspricht wird leicht stigmatisiert. Ein

behindertes Kind kann diesen hohen Erwartungen nicht gerecht werden. Vielfach wird es als „dumm“ oder „krank“ bezeichnet, als jemand, dem es sehr schwer fallen wird, die geforderten Leistungen zu erbringen oder sein Leben in öffentlich anerkannter Weise zu verwirklichen.

Durch das Gespräch über die erste Zeit mit ihrem behinderten Kind erleben die Frauen noch einmal ihre eigenen negativen, angstbesetzten Gefühle, das Bewusstsein aus dem gesellschaftlichen Rahmen zu fallen, da sie als Mütter das Schicksal ihrer Kinder zu teilen haben. Keine der Mütter spricht gerne über diese „erste Zeit“. Unangenehme Erinnerungen, schmerzliche Gefühle und vielleicht auch Schuldgefühle dem Kind gegenüber, ihm nicht von Anfang an uneingeschränkte Freude entgegengebracht zu haben, blockieren die Gesprächslust der Mütter.

Aus dem Interview mit Frau K:

*Die erste Zeit war sehr schwer, ich muss sagen die erste Zeit war das schlimmste überhaupt, das ist so ein Schock.*

#### Frühere Erfahrungen der Mütter mit Behinderten

Die Behinderung ihres Kindes ist für die meisten der interviewten Mütter der „Auslöser“, generell ihre Einstellung behinderten Personen gegenüber zu überprüfen. Einige Frauen berichten von ihrer negativen Sichtweise behinderten Menschen gegenüber, die sie aus Liebe zu ihrem Kind revidieren können.

Aus dem Interview mit Frau J:

*Kinder sein überhaupt brutal und ich bin da keine Ausnahme gewesen, aber mein Kind [Sandra] hat mich umgedraht um 180 Grad. Und ich weiß, dass so ein behindertes Kind genauso das Recht zum Leben hat wie ein sogenannter normaler Mensch.*

Vor der Geburt des eigenen behinderten Kindes wähten sich die Frauen in dem angenehmen Gefühl, zu den „Normalen“ der Gesellschaft zu gehören. Sie standen auf der „Wir-Seite“, die sich deutlich von den „Anormalen“ abgrenzt. Sie verhielten sich

so wie fast alle Menschen, die nicht unmittelbar betroffen sind, beruflich nicht mit Behinderten arbeiten oder mit behinderten Menschen schon öfters Kontakt hatten. Das bedeutet, die Frauen interessierten sich nicht für diese „andere“ Lebensform, nahmen sie meist gar nicht zur Kenntnis. So ist es zu erklären, dass wir auch nicht täglich den Kontakt zu behinderten Menschen und ihren Familien suchen. Eine fehlende Information über die Behinderung des Kindes gepaart mit negativen Prognosen der ÄrztInnen sind die Ursachen der enormen Verzweiflung der Mutter / des Vaters angesichts ihres „Problemkindes“. Meist befürchten sie das Allerschlimmste, was ihre Verzweiflung noch vergrößert.

Hätten die Eltern im Rahmen von Integration in Kindergarten und Schule schon früher intensiveren Kontakt mit behinderten Menschen haben können, so wäre ihnen vermutlich die Chance zu einem „natürlicheren“ Umgang gegeben worden.

Das von Müttern behinderter Kinder erarbeitete Verhalten gegenüber dem eigenen Kind kann für andere Personen enorme Vorbildwirkung haben und die Angst vieler Menschen, auf das Kind zuzugehen, vermindern. Als Schritte in Richtung Integration nannten die befragten Frauen auch das Bemühen, das behinderte Kind, wo immer es möglich erscheint, mitzunehmen. Familienausflüge werden so geplant, dass das dabei sein kann, bzw. dass das behinderte Kind auch Freude daran hat. Auch das offene Gespräch mit Fremden und Bekannten, über das Leben mit einem behinderten Kind bewirkt Verständnis und kann helfen, Ängste abzubauen.

Vorurteile und negative Einstellungen behinderten Menschen gegenüber können offensichtlich nur durch persönliche Kontakte Behinderter mit Nichtbehinderten – mit positiven Umgangsformen als Vorbild – abgebaut werden. Die Integration behinderter Kinder in Kindergarten und Schule kann hier einen wichtigen Grundstein legen.

#### Die Sinnhaftigkeit der Behinderung

Bei allen interviewten Müttern ist die Tatsache, durch die Behinderung des Kindes „reifer“ und

„problembewusster“ geworden zu sein, feststellbar. Dies geht mit der Grundaussage Viktor Frankl's Logotherapie konform, die besagt, dass die schwierigsten Lebenssituationen bewältigt werden können, wenn die betroffenen Menschen einen Sinn darin entdecken können. Einige Mütter erwähnten, sie hätten an Selbstbewusstsein und an Mitmenschlichkeit viel dazugewonnen. Offensichtlich haben sie die Erfahrung mit jenem paradoxen Leid gemacht, „das uns nicht den Unwert, sondern gerade den Wert des Lebens deutlich zum Bewußtsein bringt“ (Wiese 1952, in Hinze 1993: 142).

Aus dem Interview mit Frau G:

*Im Augenblick, wenn ich's jetzt beantwort, würd ich sagen, es war a großes Glück. Es hat mein Leben bereichert, ich hab Menschen kenneng'lernt, die ich sonst nit kenneng'lernt hätt und wo's wesentlich tiefere Beziehungen gibt, Freundschaften, als wie ich sie davor g'habt hab. [...] Unmittelbar nach der Geburt und vielleicht die ersten zwei, drei Jahr hab ich's als Unglück empfunden und als a große Belastung und etwas, was mein ganzes Leben und meine Zukunft in Frage stellt und ich irgendwo nimmer weiß, wie's weitergeh'n soll.*

Mütter (und Väter) behinderter Kinder müssen nach dem Schock der Diagnosemitteilung einen Zugang zu ihrem Kind finden. In diesem Bewältigungs- und Verarbeitungsprozess können sie zu einer neuen Identität gelangen. Im Zuge dieser Auseinandersetzung mit der Behinderung des Kindes werden Mütter (und Väter) auch mit ihrer „eigenen Behinderung“ konfrontiert. Dies lässt sich sehr gut am Beispiel von Dreyer ersehen, die durch ihr eigenes behindertes Kind mit den unverarbeiteten Erfahrungen in ihrer Kindheit konfrontiert wurde (vgl. Dreyer 1988: 49, 86). Gelingt es, diesen Lernprozess anzugehen, werden Wertverschiebungen ausgelöst. Die interviewten Frauen bestätigten fast übereinstimmend, dass sie durch einen schmerzhaften Lernprozess zu einer positiven Veränderung in ihrer Persönlichkeit gelangt waren. „Es braucht eine lange Zeit, Abschied zu nehmen

von den Erfolgsvorstellungen, mit denen die Eltern groß geworden sind. Es ist nicht so einfach, die Maßstäbe zu verrücken, nach denen man bisher gelebt hat, und die für alle ringsherum unverrückbar sind“ (Beuys 1984: 59).

Durch die Auseinandersetzung mit der Behinderung des Kindes entwickeln sich für die betroffenen Frauen oft neue Wertigkeiten. Die Abkehr von unhinterfragten Leistungsforderungen ist dabei z. B. eine logische Konsequenz.

Tiefe, bewusst erlebte menschliche Krisen können Anstoß zu einer persönlichen Veränderung werden. Die Auseinandersetzung mit der Behinderung des Kindes kann neben einem Aktivwerden auch eine Veränderung der „Wertigkeit des Lebens“ mit sich bringen. Fast übereinstimmend bestätigten die Mütter diese neue Sicht ihres Mütterseins. So werden sie letztendlich befähigt, die Persönlichkeit, das ganze Kind anzunehmen und dankbar für diese Erfahrung zu sein. In den Mittelpunkt rückt immer mehr die Anerkennung von sozialen, gefühlsmäßigen und kognitiven Entwicklungen. Nicht der Blick auf „Mängel“ oder „Defekte“ dominiert, sondern das Erkennen von „Kompetenzen“ und „Möglichkeiten“ wird immer wichtiger – unabhängig von allgemeinen gesellschaftlichen Forderungen nach dem perfekten Menschen.

Der „Normalisierungsdruck“, meist angespornt durch unzählige Therapieversuche, verliert im Laufe der Zeit an Bedeutung. Wichtig wird den interviewten Müttern, dass das behinderte Kind zufrieden ist, sich glücklich fühlt und dass das Familienklima harmonisch bleibt (wird). Das Kind wird nun so gesehen, wie es ist und nicht so, wie es zu sein hätte. Die Annahme des Kindes mit seinen Besonderheiten und Normabweichungen zeigt sich in der Änderung der Sicht der Probleme. Waren früher Fragen von Bedeutung, wie: Warum ist das Kind behindert? Wie werden wir die Zukunft meistern mit diesem Kind? So ändert sich nun die Einstellung der Mütter (und Väter) im Sinne einer aktiven Auseinandersetzung. Sie ergreifen die Möglichkeit, aktiv in das Leben ihres Kindes einzu-

greifen, Veränderungen herbeizuführen, um zum Schluss auch sich selbst wieder zu entdecken.

#### Für das behinderte Kind aktiv werden

Der Schulbesuch stellte für alle interviewten Mütter einen wichtigen Lebensbereich des Kindes dar, als sozialer Ort, wie auch als der Ort, wo Lernen stattfindet.

Als Grund, warum die meisten der interviewten Mütter die integrative Schul-(Lebens)form angestrebt haben, lässt sich aus der Aussage von Frau D ersehen:

*Also am Anfang, was mich eigentlich so belastet hat, die zwei Wege, die [...] sich da für mich auftan hab'n, weil in der einen Seiten hab ich mir dacht, hast du a Kind, des Sonderinstitutionen durchlaufen wird und mit Sonderbehandlung, mit Sondertherapie und Sonder-alles – weil ich da Intergration noch gar nicht ins Aug g'fasst hab – und auf der anderen Seite, deine Kinder, die unter Anführungszeichen, die „normal“ sein, sind die, die die normale Schule, Gymnasium usw. durchlaufen. Und des hat mich eigentlich schon sehr belastet.*

Das Bemühen um Integration kann hier als ein Anzeichen verstanden werden, die Behinderung des Kindes akzeptieren gelernt zu haben, das logisch in der Forderung nach Integration mündet.

Soziale Enttäuschungen, ausufernde therapeutische Ansprüche, schulische Aussonderung u. a. m. veranlassen Frauen, dagegen aktiv zu werden. Durch die Unterstützung von Eltern-Selbsthilfegruppen haben Mütter zum Abbau der Vorurteile in schulischer Integration beigetragen, für Strukturverbesserungen gesorgt und Möglichkeiten geschaffen, einen adäquaten Arbeitsplatz für ihr Kind zu finden, um nur einige Beispiele aus den Interviews anzugeben.

Alle diese Formen der Initiative – ausgehend von Müttern und Vätern behinderter Kinder – geben der Gesellschaft eine Chance, ihren Teil an der sozialen Verantwortung wahrzunehmen und daraus zu lernen.

### 9.3.3 Das System Familie und das behinderte Kind

#### Die Väter behinderter Kinder

Über die Auswirkung der Behinderung auf die Partnerschaft der Eltern existieren keine homogenen Untersuchungsergebnisse. Verschiedenste Autoren stellten bei Ehepaaren keine besondere Anhäufung von Scheidungen fest, andere schon (vgl. Friedrich 1992: 47). Jedoch wird über die möglichen Ursachen für die negative Eheentwicklung nichts ausgesagt. Einigkeit scheint darüber zu bestehen, dass das Ausmaß der Behinderung nicht der ausschlaggebende Faktor der Ehetrennung ist. Erschwerend für die Stabilität der Partnerschaft ist eine „ungeplante“ Schwangerschaft der Frau, wenn das erstgeborene Kind behindert ist, wenn die Ehe nur kurz bestand, bevor das behinderte Kind zur Welt kam oder wenn das Kind vorehelich gezeugt wurde.

Lohn- und Erwerbsarbeit ist jener Teil der Arbeit, für den Entgelt entrichtet wird und der in unserer Gesellschaft große Anerkennung hat (im Gegensatz zu „unsichtbarer“ Arbeit, z. B. im Haushalt). Dieser Teil der Arbeit – nach wie vor männliche Domäne – ist geprägt durch eine männliche Dominanz im Hinblick auf Einkommen und Karrieremöglichkeiten. Den meisten Vätern ist traditionell die Aufgabe zu eigen, die Familie in ihrer ökonomischen Existenz zu sichern. Ihnen steht somit die Rolle des „Erhalters“ und „Ernährers“ zu, die beruflich überlastete Väter zu Freizeitvätern macht, die die Entwicklung ihrer Sprößlinge nur mehr am Rande miterleben. Die angewandten – meist männlichen – Einstellungen „Zeit ist Geld“ und „Lebensglück hängt vom Erfolg ab“ korreliert mit dem Wunsch der Frauen nach verstärkter emotionaler Anteilnahme und nach psychischer Präsenz des Vaters.

Dies birgt die Gefahr zerfallener affektiver Bindung zwischen Vätern und Kindern mit sich, die einem viel besprochenem Kulturphänomen („vaterlose Gesellschaft“) der Moderne entspricht.

Mütter behinderter Kinder erleben diese familiäre Situation als noch belastender. Das Familiensystem funktioniert hier öfter nur auf Kosten der Frau, die in der traditionellen Mutterrolle fixiert wird.

„Weniger als die Hälfte der Mütter nannten ihre Ehepartner als wichtigste Beziehungsperson. Die Mehrzahl nannte Außenstehende – eine Freundin, eine Verwandte, eine Therapeutin oder eine andere betroffene Mutter. Dieses Ergebnis deutet darauf hin, dass der größere Teil der Mütter weniger auf ihre Ehepartner angewiesen war. Die Hauptlast der Sorge für das behinderte Kind lag ohnehin bei ihnen, auch wenn sie die praktische Mithilfe ihrer Ehemänner als hilfreich bewerteten. Und mit ihrer Freundin, einer Verwandten, einer Therapeutin oder einer anderen betroffenen Mutter als Gesprächspartner hatten viele anscheinend bessere Erfahrungen gemacht“ (Hinze 1993: 145).

Aus dem Interview mit Frau J:

*[...] also und dann hab ich die Beziehung zu dem Vater von der Sandra ghabt und der hat sich dann sofort [betont] verschüsselt, wie er dann g'merkt hat, dass des Kind nicht ein vollkommenes Kind ist, sondern, dass die Möglichkeit besteht, dass des Kind behindert ist und das hätt nicht in sein Image gepasst, dass er jetzt ein behindertes Kind hat.*

Aus dem Interview mit Frau C:

*Also wir haben uns irgendwie beide in Aktivitäten g'stürzt. Er [der Ehemann, der Vater des Kindes] mehr auf der beruflichen Seite, also außerhalb der Familie. Er hat begonnen, sehr viel zu arbeiten und sehr viel Ehrgeiz zu entwickeln.*

Aus dem Interview mit Frau K:

*Es ist schon allein: Einlauf nutzt bei ihr [bei der Tochter] jetzt nichts, du musst es praktisch, des kann ja keiner. Soll ich zu mein Mann sagen, er soll's machen? Des kann der gar nicht. Da sind Männer einfach anders.*

Die Sorge um das Kind mit Beeinträchtigung beansprucht Mutter wie Vater speziell in der ersten Zeit sehr stark. Zur intensiven Pflege, Betreuung, Förderung kommt noch der eigene Trauerprozess

und die Suche nach geeigneten Bewältigungsstrategien.

In dieser Phase (Zeit der aufbrechenden Emotionen), in der die Behinderung als eine Seite der Persönlichkeit des Kindes zur Kenntnis genommen werden muss, ist die Partnerschaft extremer Belastung ausgesetzt. Die oft durch die Erwerbstätigkeit des Vaters forcierte klassische Rollenteilung ist oftmals der Beginn eines „Teufelskreises“, in dem die Mutter ausschließlich die Pflege und Obsorge des Kindes über hat, der Vater sich dadurch ausgeschlossen fühlt und sich zurückzieht, was wiederum die Mutter als ein „Alleingelassensein“ interpretiert und sich noch enger an das Kind bindet (klammert).

Typisch ist ein oftmaliges Fehlen der Kommunikation zwischen den Ehepartnern über Probleme und Strategien der Bewältigung, was die Tendenz verstärkt, alleine mit der Enttäuschung über die Behinderung des Kindes fertig werden zu müssen. Meist wird die „Deklaration nach außen“ nur von den Frauen getätigt, sie sind auch die primären Ansprechpartner von ÄrztInnen und TherapeutInnen. Die Ehemänner sind angewiesen auf die Rückmeldungen, die sie von ihren Ehefrauen bezüglich Therapieverlauf, Arztbesuchen etc. bekommen. Dies verstärkt wiederum die Abhängigkeit der Ehemänner vom „Fachwissen“ der Mütter und ist als Grund anzusehen, warum Männer ihre Frauen als primäre Hilfe bei ihrem Verarbeitungsprozess angaben – was im krassen Gegensatz zum Empfinden der Mütter steht (vgl. Hinze, 1993).

Dass behinderte Kinder Ehen „zerstören“, ist mit keiner Aussage der vorliegenden Interviews zu bestätigen, auch lässt sich diese Behauptung nicht in der eingesehenen Literatur nachweisen. Für beide Elternteile ergeben sich nach der Geburt eines behinderten Kindes große Probleme. Die Gefahr ist groß, dass Frau und Mann aufgrund der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und der zusätzlichen Belastung, die ein behindertes Kind mit sich bringt, zu Gefühlen des Verlassenseins, zu

Vorwürfen und Selbstüberforderung neigen. Die Angst vor gemeinsamer tiefer Trauer ist wahrscheinlich der Grund dafür, dass Männer (und Frauen) sich dazu gedrängt fühlen, den Schmerz für sich zu behalten und sich hinter einer Fassade aus Beherrschung und / oder Aktivität zu verschanzen. Nur wenn Reaktionen wie Depression, Trauer, Wut und Verzweiflung – die meist auf traumatische Krisen folgen – als solche erlebt und besprochen werden dürfen, kommt es zu konstruktiven Gesprächen und einer Neudefinierung der Partnerschaft.

#### Die Geschwister behinderter Kinder

Die Einstellung der Mutter / des Vaters zu dem behinderten Kind ist ausschlaggebend für das Verhalten des Geschwisterteils dem Kind gegenüber. Der „gesunde“ Geschwisterteil übernimmt nicht nur die tägliche Handhabung der anfallenden Schwierigkeiten von seinen Eltern, sondern auch ihre gesamte Einstellung und ihre seelischen Anpassungs- und Abwehrmechanismen. „Wenn daher die Eltern die Behinderung des Kindes auch nach dem anfänglichen Schock weitgehend verleugnen müssen oder gar das Kind im Grunde ablehnen, wird es diese Haltung – mit entsprechend negativen Folgen für sein Selbstbild und seine Realitätswahrnehmung – übernehmen. Auch die Art, wie die Eltern die (unvermeidliche) ‚Schuldfrage‘ für sich beantworten, beeinflusst das Kind stark, weil es sich die entsprechenden Einstellungen identifikatorisch aneignet, zum Beispiel eine feindselige Haltung gegenüber einem vermeintlichen ‚Sündenbock‘, Mißtrauen gegenüber medizinischen Institutionen oder depressive Reaktionsmuster – zumindest dann, wenn Tendenzen dieser Art bei den Eltern bestimmend sind“ (Friedrich 1992: 56).

„Kinder, die eine behinderte Schwester oder einen behinderten Bruder haben, erfahren früh, was es heißt, krank, gebrechlich, auf Hilfe angewiesen zu sein. Sie müssen früh Rücksicht üben, Verantwortung übernehmen und lernen, mit allerlei Einschränkungen zu leben. Dazu kommt, dass sie

in einer Leistungsgesellschaft aufwachsen, deren Leitbilder Jugend, Schönheit, Gesundheit und ‚Power‘ sind. Die Kinder spüren deutlich die Diskrepanz zwischen dem, was ihre Familien täglich praktizieren und was gesellschaftliche Norm ist. Zu Hause wird das Geschwisterkind geliebt und gepflegt. ‚Draußen‘ aber herrscht ein anderer Ton. Einer, der immer noch und sogar wieder stärker von der Abgrenzung bis zur Ablehnung behinderter Menschen geprägt ist. Sie erleben gesellschaftliche Diskriminierung oft hautnah“ (Achilles 1995: 51).

#### „Gesunde“ weitere Kinder als Wertsteigerung der Mutter

Familien, bei denen das erstgeborene Kind eine Behinderung aufweist, stecken in einer viel schwierigeren Situation, als die, in denen schon „gesunde“ Kinder da sind, bevor das behinderte Kind auf die Welt kam.

Geschwister sind wichtig für behinderte Kinder, auch wenn Eltern Angst haben, sie können sich dann nicht mehr so um das behinderte Kind kümmern. Der andere, unbelastetere Zugang zu der behinderten Schwester oder dem behinderten Bruder stellt eine wertvolle Bereicherung für die ganze Familie dar.

Aus dem Interview mit Frau F: (das erstgeborene Kind ist behindert)

*[...] und dann hat man eigentlich des Gefühl g'habt wir als Eltern, es könnt möglich sein, dass ich es jetzt schaff, noch einmal ein Kind zu haben und [...] irgendwo die Angst, wie soll ich sagen, nicht dass man sie weglegt, aber man muss sie irgendwo ein bissl in die Ecken stellen, weil sonst kann man kein zweites Kind mehr kriegen, glaub ich [...], aber irgendwo muss man, des ist halt bei mir so g'wesen, über den Punkt drüber, dass dir sagst, es muss nicht zweimal schief gehen.*

Aus dem Interview von Frau A: (das letztgeborene Kind ist behindert)

*Aber eins möchte ich noch sagen, ich bin froh, dass der Hannes als letztes Kind kommen ist. Ich weiß nicht wie es wäre, wenn es das erste Kind ist.*

*Des Problem sehe ich bei viele – das es erste Kind und das hat Down-Syndrom – dass sie sich dann oft nimmer g'trauen noch ein Kind kriegen. [...] Aber für uns war des leichter, dass man einfach da [...] mit dem zu Rande kommen ist.*

Speziell die Mütter stehen unter Druck, mehr für das behinderte Kind tun zu müssen und dadurch in das Gefühl zu kommen, die übrigen Kinder zu vernachlässigen. Das Verhältnis der Mütter zu ihren Kindern ist meist mit Schuldgefühlen beladen – Schuldgefühle den nicht-behinderten Kindern gegenüber, ihnen nicht so gerecht werden zu können, wie die Mütter es sich wünschen würden, aber auch Schuldgefühle dem behinderten Kind gegenüber, sein „In-sich-gezogen-Sein“ als entlastende Maßnahme „gerne“ zu übersehen und somit zu wenig zu Förderung des Kindes beizutragen.

Zwei Frauen sprachen das Problem Eifersucht unter den Geschwistern direkt an, zwei weitere umschrieben es.

„Gesunde“ ältere Geschwister werden gerne zur Entlastung der Mutter verpflichtet, auf ihren behinderten Geschwisteranteil aufzupassen. Ältere Kinder erweisen sich in der Regel hilfreicher bei der Trauerbewältigung der Mutter durch ihre spontane Hilfsbereitschaft und ihre positive Anteilnahme.

Die meisten Mütter tendieren dazu, ihren älteren Kindern – zumindest am Anfang – von der Behinderung des „neuen“ Geschwisteranteils nichts zu erzählen. Dies ist wohl ein Zeichen dafür, die Wahrheit nicht wahrhaben zu wollen, zu glauben, dem älteren Kind durch das Verschweigen einen unvoreingenommenen Zugang zum Geschwisteranteil ermöglichen zu können bzw. durch die eigenen gemischten Gefühle dem älteren Kind die Behinderung nur als entsetzlichen Schicksalsschlag vermitteln zu können. Im Rückblick betrachtet erweist sich das anfängliche „Schonen“ der gesunden Kinder als wenig zielführend, da es für diese Kinder bedeutend verletzlicher war, die „Wahrheit“ von anderen (Kindern) mitgeteilt zu bekommen.

Die „gesunden“ Geschwisterkinder sind für die Familie sehr wichtig. Durch sie werden Mütter (und Väter) gezwungen, ihr Interesse nicht nur auf ihr behindertes Kind zu lenken. Dadurch müssen Eltern lernen, neue Wege ihrer Aufmerksamkeit zu schaffen. Je mehr Zuwendung die Mutter (der Vater) dem nicht-behinderten Kind zuteil werden lässt, desto eher schafft sie (er) es, das behinderte Kind aus Überbehütung, Förder- und Therapiezwang und dem drängenden Gefühl, der Reparatur und Wiedergutmachung zu entlassen.

#### Der Freundeskreis verändert sich

Aus dem Interview mit Frau D:

*Ja, der Bekanntenkreis hat sich eigentlich schon verändert. Also, es sind schon, es sind schon, meine beste Freundin ist gleich geblieben, geh [...]. Freundschaften, die ich im Arbeitskreis g'habt hab, hab ich eigentlich nimmer, die die sind für mich Bekannte, aber irgendwo mit Distanz, geh [...]. Aber es haben sich andere Freundschaften eröffnet.*

Ein geistig behindertes Kind stellt eine praktische Belastung dar, da es mehr Pflege und Zuwendung bekommt und weil die Möglichkeit zur „Abnabelung“ von der Mutter schwerer durchsetzbar ist. Durch etwaige Förderprogramme, Therapien und erhöhte Anzahl an Klinik- und Arztbesuchen haben Mütter behinderter Kinder in der Regel weniger Freizeit als vor der Geburt des Kindes. Eine „alte Weisheit“ besagt, dass man Freundschaften pflegen soll. Dies ist den Müttern aufgrund des erhöhten Zeitaufwandes nicht mehr so leicht möglich, so ist es nicht verwunderlich, wenn einige Freundschaften „einschlafen“ bzw. wegen des Unvermögens einiger Bekannter, mit der Behinderung des Kindes umzugehen, zerbrechen. Meist verschiebt sich der Freundeskreis in Richtung ähnlich Betroffener und „sozial engagierterer Menschen“, wie Krankenschwestern und Pfleger, TherapeutInnen und Eltern „gesunder“ Kinder, die z. B. gemeinsamen Unterricht behinderter und nicht-behinderter Kinder in Integrationsklassen befürworten.

Fast alle Mütter betonen, wie wichtig ein Freundeskreis sei, um der gesellschaftlichen Isolation entgegenzuwirken und um ihnen die Chance, für geselliges Gespräch und Ablenkung zu bieten.

Auffallend ist, dass die Möglichkeit, FreundInnen zur Betreuung und Entlastung der Mutter beizuziehen, nur in Ausnahmefällen genutzt wird. Offensichtlich beschreibt Frau G die Situation am besten, als sie feststellte, dass das behinderte Kind „Familiensache“ sei.

#### 9.3.4 Reaktionen von außen

Im Sozialisationsprozess verinnerlicht ein Individuum Normen seiner Umgebung und lernt diesen entsprechend zu handeln. Behinderte Menschen weichen durch ihr Anders-Sein von den sozial gesetzten Normen ab. Goffman spricht in diesem Zusammenhang davon, dass die „aktuelle soziale Identität“ nicht den normativen Erwartungen der Gesellschaft entspricht (vgl. Goffman 1975: 10). „Wenn an einer Person Eigenschaften wahrgenommen werden, die sie von seiner Personenkategorie unterscheidet, wird sie von einer gewöhnlichen zu einer befleckten herabgemindert, diskreditiert“ (ebd.).

Für den Stigmatisierten, also in diesem Fall für das behinderte Kind, führen diese Stigmata zu einer Minderung der Teilhabe an sozialem Leben. Dieses Stigma überträgt sich auch auf die engere Umgebung des Stigmatisierten, wie z. B. auf die Familie des behinderten Kindes und speziell auf die Bezugsperson, auf seine Mutter. Sie wird gezwungen, einen Teil der Diskreditierung, die das behinderte Kind erfährt, mitzutragen (vgl. ebd.: 43). Speziell Mütter erfahren, dass sie durch ihr Kind zur sozialen Außenseiterin werden, dass sie Inhaberin eines – wie Goffman es ausdrückt – „Ehrenstigmas“ werden.

Die unterschiedlichen Erlebnisse der interviewten Frauen bezüglich der Toleranzgrenze von Außenstehenden, schienen abhängig vom sozialen Status und dem Grad der Informiertheit zu sein. Werden Müttern entlastende soziale Rückmel-

dungen untersagt, dann ist die Gefahr sehr groß, in das soziale Abseits gedrängt zu werden.

Ohne eine Hierarchie unter den hier beschriebenen Kindern bezüglich ihrer Behinderungsart aufzustellen, kann trotzdem festgestellt werden, dass die beiden Mütter, deren Kinder mehrfach behindert sind, mit den negativsten Äußerungen von Fremden konfrontiert werden.

Für Mütter behinderter Kinder spielt es anscheinend eine große Rolle, ob ihrem Kind die Behinderung anzusehen ist oder nicht. Offensichtlich hilft ein nettes Äußeres dabei, das Kind schneller anzunehmen. Ist das Äußere des Kindes unauffällig, dann vermittelt es eher den Anschein des „Normalen“ und stärkt das Selbstbewusstsein der Eltern. Speziell im Baby- und Kleinkindalter, wo kognitive Fähigkeiten, das Gehen und Sprechen noch bei allen Kindern erst im Beginnen ist, kann ein hübsches behindertes Kind jeden Vergleich mit anderen Kindern standhalten. Ein nett anzusehendes, wenngleich behindertes Kind wird es im Leben sicher einfacher haben als ein Kind, dessen Behinderung Gesicht und Körper „entstellt“. Dies hängt mit dem Stellenwert zusammen, den Schönheit in unserer Gesellschaft hat. Kein Mensch käme auf die Idee, hinter einem hübschen Kopf hässliche Gedanken zu vermuten. Weniger attraktiven Menschen werden schlechte Eigenschaften viel schneller zugeschrieben.

Mütter behinderter Kinder hoffen, dass ihre Kinder durch ein liebes Aussehen oder durch ein freundliches gewinnendes Wesen es schaffen, gesellschaftliche Akzeptanz zu erreichen. Das „normale“ Äußere des Kindes trägt auch dazu bei, Mütter (Väter und Geschwister) zum Teil vor der Stigmatisierung der Umwelt zu schützen. Andererseits birgt es die Gefahr in sich, dass Außenstehende ein hübsches Kind als „normal“ einstufen und mit seinem Anders-Sein dann um so größere Probleme haben.

Aus dem Interview mit Frau C:

*Die weitere Umgebung, da hab ich am Anfang schon so meine schmerzlichen Erlebnisse g'habt und*



die G'schichten kennt eh a jeder, schaun in Kinderwagen rein beim Spaziergeh'n und halten irgendwie die Luft an und wissen dann nimmer, was sie sagen soll'n und so, ja solche Erlebnisse hab ich natürlich auch g'habt.

Die Mütter berichteten übereinstimmend, dass sie öfters mit Mitleidsäußerungen und / oder Todesfantasmen von Außenstehenden konfrontiert wurden.

Aus dem Interview mit Frau K:

Z.B. da sagt einer: „Wenn's den Hitler noch geben tat“ oder so [...] „De warn eh viel besser in an Heim aufg'hoben“ und [...] Aber man kriegt zwar a dickere Haut. Ich hätt mir früher nie vorstellen können, wie gemein und bösartig manche Menschen sein können, nie, so lange man groß und stark ist, tut einen niemand was, aber hat man irgendwo einen Schwachpunkt, dann, z. B. a Kind und wenn's behindert ist, merkt man so irgendwie, da ist a gewisse Distanz da.

### 9.3.5 Behinderte Kinder – „gehinderte“ Mütter

Durch die meist alleinige Verantwortung für die Pflege und Fürsorge entsteht eine überaus enge Bindung zwischen Mutter und behindertem Kind. Speziell Mütter schwerstbehinderter Kinder leiden leicht unter dem Gefühl einer andauernden Verantwortung und erwarten, dass ihre Kinder in säuglingshafter Abhängigkeit bleiben werden.

Jonas weist auf die Gefahr hin, dass die Mütter mit ihrem behinderten Kind symbiotisch verschmelzen. Die Folgen sind eine Verhinderung der eventuell möglichen Entwicklungsschritte des Kindes und die Einbuße an autonomer Lebensplanung der Mutter. Durch das Gefühl, mit dem Kind eine Einheit zu bilden, kann der Partner aus der Verantwortlichkeit für das Kind herausgedrängt und überflüssig werden. Dies kann eine Partnerschaft sehr belasten (vgl. Jonase 1990: 111).

„Diese Überidentifikation mit dem Kind und das Herausdrängen des Partners kann von den Müttern als eine scheinbar befriedigende Lebens-

situation empfunden werden, da sie ganz in ihren Kindern aufgehen. Der Verlust liegt im Bereich der autonomen Lebensplanung und einer gelebten partnerschaftlichen Beziehung und der eigenen Sexualität, aber auch im Bereich der Identität, da die Mütter ihr eigenständiges Leben als Frauen aufgeben, um vermeintlich zu idealen Müttern werden. Die Angewiesenheit des Kindes ist dann zu einer Angewiesenheit der Mutter auf das Kind geworden“ (ebd.).

Aus dem Interview mit Frau J:

Ja, zuerst war sie Kindergarten in dem – und, weil ich hab mir denkt, sie muss einfach lernen, mit anderen Menschen zusammen zu sein und so und das war für mich die Hölle am Anfang. Jedesmal, wenn sie sie abholt haben mit dem Bus, da hab ich jedesmal geplärrt [geweint], wenn der Bus wegfahren ist, weil das war für mich schlimm. Ja, das war ganz schlimm. Jedesmal, wenn sie da weggefahren ist, hab ich greart [geweint]. Des war a Wahnsinn!

Jonas bemerkt, dass zu geringe soziale Ressourcen die enge Bindung an das Kind verstärken. Dadurch potenzieren sich die ambivalenten Gefühle der Mutter ihrem behinderten Kind gegenüber, die keine Trauer mehr zulassen. Da der Trauerprozess blockiert ist, manifestiert sich eine chronische Trauer und aus den Müttern behinderter Kinder drohen durch diese Umstände „behinderte Mütter“ zu werden (vgl. Jonas 1990: 136).

Aufgrund der Aussagen der Mütter scheint sich der Verdacht zu erhärten, dass die Gefahr der symbiotischen Verschmelzungen der Mutter mit ihrem behinderten Kind mit dem „Schweregrad“ der Behinderung zunimmt.

Niedecken betont, dass in diesem Verhalten von Müttern kein individuelles Versagen zu sehen ist, sondern als Hintergrund gesellschaftliche „Fantasmen“ hat: „In solchen phantasmatischen Konstrukten sind kollektiv gültige Abwehren archaischer Ängste – Ängste vorm vollkommenen Ausgeliefertsein, Ängste vor überwältigender Triebhaftigkeit, Ängste vor Bloßstellung und Demütigung, Ängste schließlich vor Vernichtung –

präformiert, sie bieten sich in der Not der totalen Verunsicherung an wie Strohhalme, an die die Eltern sich klammern, um die von Untergang bedrohte Eltern-Kind-Beziehung zu retten. Die Abwehrmechanismen geben Sicherheit, zugleich aber engen sie die Wahrnehmung der Eltern von ihrem Kind, und damit auch die des Kindes von sich selbst, in einer Weise ein, die die Entfaltung von dessen Neugierde und geistigen Aktivität noch weiter einzuschränken geeignet ist“ (Niedecken 1997).

Als Hintergrund der ganzen Problematik ist nach Niedecken die patriarchale Vorstellung von weiblicher Minderwertigkeit zu sehen: „Die Frau wird über ihre Mutterrolle definiert, definiert sich unbewußt selbst darüber und erlebt sich nur dann als von ihrer Minderwertigkeit rehabilitierbar, wenn sie sich durch ein wohlgeratenes Kind ausweisen kann. Wenn dieser Versuch einer Kompensation durch die Erkenntnis zerschlagen wird, dass das eigene Kind eine solche Funktion nie wird erfüllen können, resultieren Verwirrtheit und Haß auf das Kind, welches da zum Bild des eigenen phantasierten Versagens und der eigenen „Minderwertigkeit“ wird; Gefühle, die aufgrund der ihnen zugrunde liegenden Dynamik meist heftig abgewehrt werden und nur entstellt zum Ausdruck kommen können – etwa durch Überbetonung der versorgenden und beschützenden Rolle gegenüber dem Kind, durch besondere Betonung der eigenen Leistungen bei der Förderung des Kindes etc.“ (ebd.).

Die Problemlage verschärft sich, indem Müttern auch von außen ihre besondere Situation immer wieder bestätigt wird. Frau B bedauert, dass ihr Leben aus zwei Seiten zu bestehen scheint, aus dem anonymen einer „normalen“ Frau und aus dem „abnormalen“ einer Mutter eines behinderten Kindes und weist auf die unterschiedliche Behandlung hin, die ihr in diesen Situationen widerfährt.

Aus dem Interview mit Frau B:

*[...] also wenn du ohne Kind unterwegs bist, dann stehst du ganz wo anders. Aber wenn mit*

*Kind am Weg bist, bist du sofort nimmer die Frau X, sondern die Mutter von dem behinderten Kind. Es werden die Hunde festg'halten, obwohl überhaupt kein Grund besteht [...] das sind alles so Kleinigkeiten, es wird zwar freundlich g'grüßt, aber man bleibt nicht stehn ratschen, wie's sonst ist, wenn du allein gehst [...] es ist a andere Situation.*

### Autonomiebestrebungen der Mütter

Unter Autonomie kann ein Entwicklungs-Ziel verstanden werden, das sich aus dem Spannungsfeld zwischen Abhängigkeit und Selbständigkeit bestimmt und in seinem Prozessverlauf ambivalente Gefühle im psycho-sozialen Bereich provoziert (vgl. Jonas 1990: 11).

Fast alle Frauen berichten, dass der kleine Personenkreis der Familie durch praktische Hilfestellung dazu beiträgt, die soziale Situation der Mutter zu verbessern bzw. ihren Stress zu verringern. Jedoch wären größere soziale Ressourcen nötig, um die Autonomieentwicklung der Frauen zu gewährleisten. Ist es nun dem Partner aufgrund der geschlechterspezifischen Arbeitsteilung nicht möglich, einen Teil der Entlastung für seine Frau und Verantwortung für das behinderte Kind zu übernehmen, bedeutet dies für die Mutter, das Fehlen ihrer eventuell einzigen sozialen Ressource, die es ihr ermöglicht hätte, eine autonome Entwicklung einzuleiten. So ist es zu verstehen, warum speziell Frau E und Frau H als alleinerziehende Mütter unter Mangel an Unterstützung klagen.

Mütter behinderter Kinder sind meistens emotional gebunden an ihre behinderten Kinder (emotionale Abhängigkeit) und oftmals noch finanziell vom Ehemann abhängig (sozio-ökonomische Abhängigkeit). Für die Autonomieentwicklung der Frauen ist es bedeutsam zu sehen, inwieweit sie ihr Kind loslassen und inwieweit sie sich selber versorgen können.

Als Grund, warum die Frauen ihren Beruf aufgegeben hatten, gaben die meisten die Behinderung des Kindes und seine häufigen Krankheiten an, die ihnen einen Wiedereintritt ins Berufsleben (wegen

der Unmöglichkeit, Pflegeurlaub öfter im Jahr beanspruchen zu können) verunmöglicht.

Aus dem Interview mit Frau B:

*Des [Zurückkehren in den Beruf] hab ich mir ganz fest durch den Kopf gehen lassen, und der Mann tat sich nix lieber wünschen, aber ich bin Buchhalterin g'wesen, aber des ist jetzt a andere Welt, ich bin ja schon über 40, wer nimmt mi denn da schon, die Jugend hat mir ja schon so viel voraus, aber Glück braucht, aber ich kannt ja vielleicht was anders machen, aber dann bin ich wieder no älter [lacht]. Aber mei Hauptsorge ist, was ich hab, ich schaff des nit mit'n Stefan. Ich kann nicht in ein Büro hocken und arbeiten und weiß, der Stefan liegt daheim und hat Fieber, was tu ich, wenn er krank ist. Das bracht ich nicht unterm Hut.*

Das Fehlen sozialer Ressourcen und familienentlastender Dienste (Rosenkranz 1998) verhindert die Autonomiebestrebungen der Mütter, da sie selber oft in dem Glauben sind, sie wären alleinverantwortlich für ihr behindertes Kind.

Aus dem Interview mit Frau C:

*Für a nicht-behindertes Kind gibt's die entsprechende Struktur, die du nur in Anspruch nehmen musst, es war klar für mi und irgendwann geht er [der ältere Sohn] in Kindergarten, dann könnt ich wieder anfangen zu arbeiten und irgendwann geht er in die Schul und so, weist irgendwie, es war so klar und dann kannst dein Leben irgendwie, du kannst über dein Leben selber verfügen, sag'n wir's so. Und wo die Maria auf die Welt kommen ist, hab ich plötzlich das Gefühl g'habt, ich [betont] kann über mein Leben nicht mehr verfügen, da bestimmt jetzt jemand anderer darüber, was ich zu tun hab in Zukunft.*

---

## 9.4 Zusammenfassung, Ergänzung und aktueller Bezug

---

Wie oben ausführlich dargestellt, muss davon ausgegangen werden, dass die Tatsache, ein behindertes Kind zu bekommen, Mütter und Väter meist völlig unvorbereitet trifft. Jedes Elternpaar hofft auf ein gesundes Kind und projiziert vielfältige Wünsche auf das kommende Kind. Die Erfahrungen, die alle Mütter haben, dass das werdende Kind auch als „Fremdes“ erlebt wird, ist kein Thema in der üblichen Geburtsvorbereitung. Behinderung wird gesellschaftlich fast ohne Differenzierungen als existentielles Unglück gesehen, was im Gefühlssediment von allen Personen in unserer Kultur tief verankert ist. Der Schock bei der Geburt eines behinderten Kindes ist also zu erwarten. Dieser mag bei Vätern und Müttern unterschiedlich sein, aber beide erfahren eine tiefe Verletzung ihres Selbstwertgefühles durch die Geburt eines behinderten Kindes.

Für die Mutter wird durch die Geburt eines behinderten Kindes „der Mythos von der guten Mutter“ entscheidend in Frage gestellt und ein vielfältiges Verlusterleben rückt in den Vordergrund: Verlust der mütterlichen Identität – Verlust des idealen Kindes – Verlust im sozialen Bereich. Für den Vater ist es von seiner Rolle her etwas leichter Distanz herzustellen, was aber immer auch Elemente des Rückzugs und der Rückverweisung des Problems auf die Frau beinhaltet. Die in der Literatur noch viel zu wenig beachtete Situation von Geschwistern ist hier mehr als problematisch. Geschwister von behinderten Kindern schwanken zwischen trauernder Auseinandersetzung und Akzeptierung, Distanzierung, offenem Protest und Hass gegenüber dem behinderten Geschwisterkind bis zu schwerwiegender indirekter und gegen sich selbst gerichteter Symbolisierung des Konfliktes (was sich in verschiedensten psychosomatisch und autoaggressiv gefärbten Erkrankungen spiegeln kann).

Es gibt in diesem Zusammenhang deutliche Regelmäßigkeiten in der Verarbeitung der Situation, die alle davon ausgehen, dass eine anfängliche Schockphase von Phasen der Verdrängung, aufbrechenden Emotionen und „Reparatur“-Versuchen bis zu Restabilisierung und trauernder Akzeptierung abgelöst werden. Dies entwickelt sich über Jahre (unter Umständen über Jahrzehnte) in regelkreisartigen Wiederholungen bis zur weitgehenden Akzeptierung der Situation oder zu einer Trennung. Häufig ist allerdings zu beobachten, dass eine Zwischenposition erreicht wird, und insbesondere geistig behinderte Personen lebenslang „Kinder“ bleiben und auch vielfach wie Kinder bei den Eltern wohnen bleiben, tagsüber in Tagesstätten versorgt. Das Ablösungsproblem ist eines der entscheidendsten zwischen Eltern und ihrem behinderten Kind. Es ist anzunehmen, dass eine große Mehrheit von erwachsenen geistig behinderten Personen in Österreich lebenslang bei den Eltern verbleiben, wenn auch hier für Österreich bisher keine genauen Daten erhoben worden sind.

Die Frage, die sich bei dieser Situationsbeschreibung stellt, ist die nach der Rolle der verschiedensten Fachleute und Experten im Zusammenhang der Trauerbewältigung der Eltern, der Geschwister und der behinderten Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen selbst. Der in den letzten Jahrzehnten immer deutlicher werdende Paradigmenwechsel „von der Betreuung zur Begleitung“ und „von der aussondernden Unterstützung zur Integration“ ist noch lange nicht abgeschlossen. Dies erfordert weiterhin die Frage, wieweit die Professionellen selbst als Voraussetzung für ihre Arbeit die kollektive Abwehr selbstreflexiv bearbeiten konnten (Niedecken 1998). Auch melden sich hier immer klarer behinderte Personen selbst zu Wort und üben massive Kritik an dem gesamten Betreuungs-, Sonderschul- und Rehabilitationsystem und ihrem handlungsleitenden (sonder)pädagogischen Hintergrund (Mürner / Schriber 1993). Es ist in diesem Zusammenhang also von einer ambivalenten Rolle der Hilfs-Institutionen

und der Professionellen im Begleitprozess zu sprechen, die sich z. B. auch in der Rolle der Therapie und der Vorstellung von den Eltern als Co-Therapeuten widerspiegeln (vgl. Lüpke / Voss 1994, Schönwiese 1998).

Dazu ist festzustellen, dass es in Österreich zwar ein relativ gut ausgebautes System von sozialen Sicherungen (erhöhte Familienbeihilfe, Pflegegeld, Landesbehindertengesetze etc.) und unterstützenden Einrichtungen der Behindertenhilfe gibt, aber die Frage nach der aktuellen Qualität der Hilfen und nach den Lücken im System zu stellen ist. Die Qualität der Hilfen kann mit der Frage in Zusammenhang gebracht werden, wieweit von einer traditionellen Betreuung zu Formen fachlicher Begleitung übergegangen wird (vgl. z.B. Hähner et al. 1997, FIB 1995) und wieweit die Rahmenbedingungen für die Begleitung nicht mehr aussondernd sondern integrativ gestaltet werden und gesellschaftliche Diskriminierungen aufgehoben werden können (wie es die österreichische Bundesverfassung seit 1997 ausdrücklich verlangt).

Eltern behinderter Kinder, die einen aktiven Weg zur Bewältigung ihrer Situation gefunden haben, können einen enormen Beitrag zur Integration ihrer Kinder leisten, durch ihre Vorbildwirkung Angst reduzieren und einen respektvollen Umgang mit „Fremden“ lehren. Ist bei fast allen Elternteilen zu Beginn eine hoch ambivalent besetzte Frage nach dem Sinn der Behinderung vorhanden, so kann er sich im Laufe des Verarbeitungsprozesses in eine positive Neuorientierung und Neubewertung wandeln. Statt hier Unterstützung zu bekommen, werden viele Eltern aber mit Ausgrenzung und Ignoranz ihrer Bedürfnisse und der ihrer behinderten Kinder konfrontiert. Sie sind vor die schwierige Aufgabe gestellt, den Ängsten (bzw. der Angstabwehr) der Gesellschaft Behinderten gegenüber (bis zu neuen utilitaristischen Euthanasie- und Lebenswertvorstellungen), die „Stirn“ zu bieten.

Die Bedeutung von Selbsthilfegruppen für Familien von behinderten Kindern ist in den bisher

genannten Zusammenhängen noch sehr unterschätzt. Ein systematisches Angebot für den Kontakt von Eltern mit Eltern zur Aufhebung der allgemeinen Sprachlosigkeit und Abwehr kann für die Zukunft immer bedeutsamer werden. Der Elternverband „Integration:Österreich“ hat hier mit einem richtungsweisenden Fortbildungsprojekt „Eltern beraten Eltern“ (Integration:Österreich 1998) begonnen, wobei persönliche Bewältigung und das Erlernen verantwortlicher Beteiligung hier sehr sinnvoll ergänzend unterstützt werden kann.

Begleitende Unterstützungen für Eltern behinderter Kinder, Jugendlicher und Erwachsener müssen in Zukunft besser daran orientiert sein, dass sich Eltern weniger als „Opfer“ einer existentiellen Situation wahrnehmen, sondern im Zusammenhang persönlicher Problembewältigung als aktive Partner in einem sozialpolitischen Entwicklungsprozess, der die Planung und Einrichtung integrativer Maßnahmen von familienentlastenden Diensten bis zu Integration in Kindergarten, Schule, Berufsbildung, Arbeit und Wohnen miteinschließt.

# 10. Familie als Schlüssel zur Integration

*Paloma Fernandez de la Hoz, Johannes Pfliegerl*

---

## Migrantenfamilien in Österreich

---

Dieses Kapitel behandelt zunächst jene Änderungen der politischen und sozialen Rahmenbedingungen in Österreich, die Zuwandererfamilien in besonderer Weise betreffen und fasst diese anhand spezialisierter Literatur kurz zusammen. Anschließend werden einige relevante Prozesse des Familienlebens von MigrantInnen unter Bezugnahme auf jene Aspekte des familiären Lebens, die im Aufnahmeland oftmals als auffällig oder problematisch erscheinen, exemplarisch dargestellt. Darüber hinaus behandelt dieser Beitrag auch Themenfelder, die für Familien äußerst relevant sind, im Aufnahmeland aber oftmals kaum Beachtung finden. Ferner werden Wechselwirkungen zwischen den äußeren Rahmenbedingungen und dem familiären Leben von MigrantInnen analysiert. Die Daten für den zweiten und dritten Teil dieses Kapitels basieren hauptsächlich auf qualitativen Interviews mit Zuwandererfamilien und SozialarbeiterInnen. Die Gespräche mit Zuwandererfamilien sind biographische Erzählungen, die methodisch so konzipiert sind, dass die Familien den Migrationsprozess möglichst gut rekonstruieren können.

### Bedeutung der Familie in der Migration

Für die besondere Relevanz von familiären Bindungen in der Migration sprechen unterschiedliche Gründe:

1. Die Familie als primäre Sozialisationsinstanz eignet sich in besonderer Weise zur Beobachtung der Entwicklung von Rollen sowie der Weitergabe von Werten.
2. Die Dauer des Aufenthaltes von MigrantInnen hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten verändert. Viele ZuwanderInnen sind nicht in ihre Heimat zurückgekehrt sondern in Österreich geblieben, wobei der Familiennachzug immer wichtiger geworden ist. Im Zuge dieser Entwicklung ist es auch zu einer verstärkten Altersdifferenzierung gekommen, die dazu geführt hat, dass in vielen Familien unterschiedliche Generationen zusammenleben.
3. In einer neuen fremden sozialen Umgebung gewinnen bestehende Solidaritätsformen zwischen Verwandten und Freunden an Bedeutung.
4. Aus den oben erwähnten Gründen trägt der Familienzusammenhalt wesentlich dazu bei, Schwierigkeiten im Aufnahmeland zu bewältigen. Zahlreiche Untersuchungen weisen auf eine Wechselwirkung zwischen dem familiären Leben und unterschiedlichen Formen von Integration hin (Dietzel-Papakyriakou 1993: 30f., 50-55, Khosrokhavar 1997: 26, Pumares 1996, Tribalat et al. 1996: 15, 21, 263-266). Vielfach helfen Angehörige und Verwandte, Schwierigkeiten im Aufnahmeland zu bewältigen. Andererseits entstehen bzw. verschärfen sich oftmals innerfamiliäre Konflikte und Gegensätze, wenn einzelne Familienmitglieder unterschiedlich auf die neue soziale Umgebung reagieren und verschiedene Interessen entwickeln. Auch in diesem Fall sind Integrationsprozesse eng mit der weiteren Entwicklung des Familienlebens im Aufnahmeland verbunden.

---

1 Diese Interviews wurden im Rahmen des vom Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr im Rahmen des Forschungsschwerpunkts „Fremdenfeindlichkeit. Erklärung – Gegenstrategien“ in Auftrag gegebenen Projektes „Migrantenfamilien aus dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei in Österreich“ durchgeführt.

## 10.1 Entwicklung der Situation von MigrantInnenfamilien seit 1989

Die Zahl der Wohnbevölkerung mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft ist zwischen 1989 und 1997 von 387.183 (Hammer 1994: 914) auf 743.712 (Österreichisches Statistisches Zentralamt 1998: 25) Personen angestiegen. Der Anteil an der gesamten Wohnbevölkerung Österreichs beträgt Ende 1997 9,2%. Zu diesem Zeitpunkt haben in Österreich 331.536 Personen aus Staaten des ehemaligen Jugoslawiens gelebt, das entspricht 44,6% aller hier lebenden Personen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft, weiters 138.860 Personen aus der Türkei (18,7% aller Personen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft), 93.729 Personen aus der EU (12,6%) und 179.587 Personen aus anderen Staaten (24,1%). Die Anteile von Personen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft an der österreichischen Wohnbevölkerung haben sich nur leicht verändert. Seit 1989 ist lediglich der Anteil von MigrantInnen aus Tschechien, Polen und Ungarn etwas angestiegen, reicht aber bei weitem nicht an die Zahl der MigrantInnen aus dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei heran (Fassmann / Münz 1995: 59). Neuere Studien weisen allerdings darauf hin, dass seit der Ostöffnung 1989 verstärkt Arbeitskräfte aus östlichen und nördlichen Nachbarstaaten Österreichs Beschäftigung am Wiener und am ostösterreichischen Arbeitsmarkt suchen. Diese werden im Unterschied zu früher zugewanderten ArbeitsmigrantInnen nicht sesshaft, sondern pendeln zwischen

ihrem Heimatland und Österreich hin und her.<sup>2</sup> In diesem Zusammenhang wird von einer Rückkehr historischer Migrationsmuster gesprochen (Fassmann et al. 1999). Der Anstieg von Zuwanderern insbesondere aus dem ehemaligen Jugoslawien, der Türkei sowie anderen Staaten Osteuropas ist auf wirtschaftliche und politische Ursachen zurückzuführen. Infolge der Ostöffnung 1989 kam es zu einer zunehmenden politischen Destabilisierung in den traditionellen Herkunftsländern, die etwa in Jugoslawien zu einem blutigen Bürgerkrieg führte.

Trotz der schwierigen ökonomischen Lage in den EU-Ländern existiert weiterhin eine Nachfrage sowohl nach billigen Arbeitskräften als auch nach Schlüsselkräften. Zuwanderer folgen diesem Bedarf, da sie die katastrophale wirtschaftliche bzw. politische Situation in den Heimatländern dazu zwingt, die Grundlagen ihrer Existenz in einem anderen Land sicherzustellen.

In Österreich wird allerdings versucht, die Nachfrage nach billigen Arbeitskräften mit den bereits im Lande angesiedelten MigrantInnen zu befriedigen und Neuzuwanderung restriktiv auf Schlüsselkräfte und deren Angehörige zu beschränken und de facto nur den Nachzug von Familienangehörigen bereits hier lebender MigrantInnen zu ermöglichen. Deutlich wird dies an der Zielsetzung des im Jänner 1998 in Kraft getretenen Fremden-gesetzes 97. So heißt es in den Erläuterungen zur Regierungsvorlage: „Die Integration der hier ansässigen Fremden hat Vorrang vor Neuzuwanderung. Letztere wird auf ein Mindestmaß – in absehbarer Zeit auf Führungs- und Spezialkräfte und deren Familienangehörige – beschränkt“ (Österreichischer Nationalrat 1997: 49).

### 10.1.1 Änderungen in der Struktur der Zuwanderung

#### 10.1.1.1 Ausdehnung des Aufenthalts

Die Dauer des Aufenthaltes von MigrantInnen insbesondere aus dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei hat sich in den letzten zwanzig Jahren

2 Dabei handelt es sich vorwiegend um junge, meist gut ausgebildete Männer, die zwischen ihrem Heimatland und Österreich hin und her pendeln und vornehmlich im Bereich des Hotel- und Gastgewerbes, bei Tätigkeiten in Privathaushalten in der Bauwirtschaft sowie in der Landwirtschaft aus finanziellen Gründen bereit sind, eine berufliche Dequalifikation in Kauf zu nehmen (Fassmann et al. 1999).

stark verändert. Mit der Perspektive, länger als ursprünglich vorgesehen in Österreich zu bleiben, veränderte sich das ursprüngliche Migrationsvorhaben. Die Verlängerung des Aufenthalts veranlasste viele, ihre Familienmitglieder nachzuholen.

Im Vergleich zu den 60er und 70er Jahren ist die Zahl der Familienangehörigen von in Österreich ansässigen ZuwanderInnen bereits in den 80er Jahren angestiegen. Dies ist auf Veränderungen der ökonomischen Rahmenbedingungen zurückzuführen. Während in der frühen Phase der Ausländerbeschäftigung vor allem junge unverheiratete Männer nach Österreich kamen, mit der Perspektive, bald wieder in ihre Heimatländer zurückzukehren, verlängerten sich die Aufenthalte vieler als Folge der ökonomischen Entwicklung in der darauf folgenden Zeit. In Phasen der wirtschaftlichen Stagnation infolge der Ölkrise in den frühen 70er Jahren und aufgrund des Zuzugs von geburtenstarken Jahrgängen auf den Arbeitsmarkt kam es zu einem starken Abbau ausländischer Arbeitskräfte. An dieser und auch späterer Entwicklungen wurde deutlich, dass die Beschäftigung von MigrantInnen am österreichischen Arbeitsmarkt stets unter Bevorzugung österreichischer ArbeitnehmerInnen erfolgte. In Zeiten, in denen Nachfrage nach Arbeitskräften bestand, bemühte man sich aktiv um ArbeitsmigrantInnen, in Zeiten wirtschaftlicher Stagnation versuchte man sie wieder in die Heimatländer zurückzuschicken (Fassmann / Münz 1995: 46).

Gleichzeitig wurde das ursprünglich verfolgte Konzept, nur kurze Aufenthalte zu ermöglichen, fallengelassen. Jene MigrantInnen, die gebraucht wurden, erhielten die Möglichkeit, längerfristige Beschäftigungsverhältnisse einzugehen, da viele Unternehmen einmal angelernte Arbeiter nicht mehr durch neue ersetzen wollten. Dazu kam, dass die hier arbeitenden MigrantInnen selbst ihren Aufenthalt verlängerten, solange ihnen Arbeitsmöglichkeiten geboten und die geplanten Sparziele nicht erreicht werden konnten. Entscheidend für den Übergang von temporären Aufenthalten zu ei-

ner dauerhaften Niederlassung von MigrantInnen war schließlich der einsetzende Familiennachzug (Bauböck 1996: 13f.).

#### 10.1.1.2 Familiennachzug

Als Folge der oben erwähnten wirtschaftlichen Veränderungen und der Bedürfnisse des Arbeitsmarktes holten viele ihre Familienmitglieder und wenn möglich auch Verwandte nach.

Mit der Ostöffnung Ende der 80er Jahre, die zunächst einherging mit einer günstigen konjunkturellen Entwicklung, stieg – wie bereits erwähnt – der Anteil ausländischer Arbeitnehmer sehr rasch an. Die Tatsache, dass die ausländische Wohnbevölkerung zu dieser Zeit deutlich stärker zunahm als die Zahl der Arbeitskräfte, lässt auf einen unmittelbaren Nachzug von Familienangehörigen schließen. Dies kann wiederum aus einer gestiegenen Nachfrage nach Arbeitskräften, denen Perspektiven für einen längerfristigen Verbleib in Österreich eröffnet wurden, sowie den zunehmend schwieriger werdenden sozialen und politischen Bedingungen in Ländern wie dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei erklärt werden.

Die erwähnten politischen Krisen führten ebenfalls zu einer Zunahme von Familienangehörigen. Bedingt etwa durch die Krisensituation im ehemaligen Jugoslawien kam es allein zwischen 1991 und 1993 zu einer Zunahme von 97.000 Zuwanderern aus diesem Raum an der österreichischen Wohnbevölkerung (Hammer 1994: 915). Viele von ihnen hatten sich für Österreich als Zufluchtsort entschieden, weil sie auf die Unterstützung bereits hier lebender Angehöriger zählen konnten. Gerade diese Entwicklung macht deutlich, dass die Gruppe der Zuwanderer heterogener geworden ist und nicht nur ArbeitsmigrantInnen umfasst, die auf die Nachfrage am österreichischen Arbeitsmarkt reagieren sondern zunehmend auch Personen und deren Familienangehörige und Verwandte miteinschließt, für die ein Leben aus politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gründen in der Heimat unmöglich wurde.



Der Familiennachzug ist einerseits die Folge einer Verlängerung der Beschäftigungsverhältnisse von Zuwanderern. Jene, die längerfristig in Österreich bleiben, wollen ihre Familienangehörige nachholen. Diese Entwicklung hat – wie bereits erwähnt – zu einer dauerhaften Niederlassung von MigrantInnen in Österreich geführt.

Andererseits ist der Familiennachzug die Folge von Krisen in den Herkunftsländern wie etwa dem ehemaligen Jugoslawien, die viele MigrantInnen dazu gezwungen haben, ihre Heimatländer zu verlassen. Der österreichische Gesetzgeber hat darauf mit restriktiven Maßnahmen reagiert. Allein die Tatsache, dass deutlich mehr Anträge auf Familiennachzug gestellt werden als Plätze in der dafür vorgesehenen Quote vorhanden sind, zeigt, dass ein höherer Bedarf an Familienzusammenführung besteht, als derzeit zugelassen wird.

#### 10.1.1.3 Zusammenleben unterschiedlicher Generationen

Nach Ergebnissen der Volkszählung 1991 ist der Anteil der verheirateten Personen bei Familien aus dem ehemaligen Jugoslawien mit 53,6% und bei Familien aus der Türkei mit 49,7% um einiges höher als bei österreichischen Familien, bei denen er 45% beträgt. Umgekehrt ist der Anteil der geschiedenen und verwitweten Personen bei MigrantInnen aus dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei niedriger als bei ÖsterreicherInnen. Bei ZuwanderInnen aus dem ehemaligen Jugoslawien beträgt der Anteil der Geschiedenen 4,3%, jener der Verwitweten 1,9%, bei türkischen Staatsangehörigen die Quote der Geschiedenen 1,3% und der Anteil der Verwitweten nur 0,8%. Bei ÖsterreicherInnen ist der Anteil der Geschiedenen mit 5% und jener der Verwitweten mit 8,4% höher als bei den zuvor genannten Gruppen (Findl & Fraiji 1991: 968).

Der im Vergleich zu ÖsterreicherInnen niedrigere Anteil der Verwitweten an der Bevölkerung weist darauf hin, dass nach wie vor viele ZuwanderInnen im Alter in die Heimat zurückkehren.

## 10.1.2 Rahmenbedingungen

### 10.1.2.1 Ökonomische Entwicklung – Der Arbeitsmarkt

Die Zahl von MigrantInnen am österreichischen Arbeitsmarkt ist zwischen 1989 und 1996 um 133.000 Personen, von 167.400 auf 300.400 Beschäftigte, angestiegen, 1997 um 1.600 Personen auf 298.800 gesunken. 1997 kamen 49,3% aller ausländischen Beschäftigten aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens, 17,7% aus der Türkei 8,3% aus EU Staaten (davon allein 5,2% aus Deutschland) und 24,6% aus anderen Nationen (Biffl 1998: 38). Besonders stark war der Anstieg im Zuge der Ostöffnung zwischen 1989 und 1991, da diese einherging mit einer starken Nachfrage infolge einer günstigen wirtschaftlichen Konjunktur. Allein in diesen Jahren erhöhte sich die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte um über 99.000 Personen, davon um 38.308 aus dem damaligen Jugoslawien, 18.341 aus der Türkei und 42.431 Personen aus anderen Staaten (Hammer 1994: 919).

Nach Ergebnissen des Mikrozensus 1997 liegt die Erwerbsquote bei ArbeitsmigrantInnen aus dem ehemaligen Jugoslawien bei 61,9%, wobei sie bei Männern mit 68,5% um einiges höher als bei Frauen ist, bei denen sie 54,2% beträgt. Bei türkischen Zuwanderern liegt sie bei insgesamt 49,7%. Hier zeigen sich noch deutlichere geschlechtsspezifische Unterschiede. Während 64,8% der hier lebenden türkischen Männer erwerbstätig sind, beträgt dieser Anteil bei türkischen Frauen vergleichsweise nur 29,3%. Im Vergleich dazu liegt die Erwerbsquote bei Österreichern bei 47,2%, wobei sich auch hier geschlechtsspezifische Unterschiede zeigen, die jedoch vergleichsweise geringer sind. Während 39,6% der österreichischen Frauen erwerbstätig sind, beträgt dieser Anteil bei Männern 55,5% (Österreichisches Statistisches Zentralamt 1997: 29f.).

MigrantInnen werden nicht nur in Österreich sondern auch in anderen europäischen Staaten vorwiegend in bestimmten ökonomischen Branchen

beschäftigt. Diese Präsenz hat sich in den letzten Jahren etwas verändert. So hat eine Verschiebung in der Beschäftigung von MigrantInnen von der Land- bzw. Forstwirtschaft und der Industrie auf den Dienstleistungssektor stattgefunden. Die unübersehbare Konzentration von ArbeitsmigrantInnen in Branchen, für die minder bezahlte Arbeitsplätze unter schlechten Arbeitsbedingungen typisch sind, hat sich dadurch allerdings nicht verändert (Wroblewsky 1998; Treibel 1990, Gächter 1998). MigrantInnen werden vorwiegend in jenen ökonomischen Bereichen eingesetzt, deren Wettbewerbsfähigkeit durch billige Arbeit garantiert wird. Sie üben dort Tätigkeiten aus, die für InländerInnen unerwünscht bzw. unattraktiv sind. Zu diesen Branchen zählen heute in Österreich hauptsächlich Teile der Industrie und des Gewerbes, das Bauwesen, Fremdenverkehrsbetriebe, Reinigungsdienste (Prskawetz 1997) sowie der private Arbeitssektor, in dem ArbeitsmigrantInnen häufig als illegale Haushaltshilfen beschäftigt werden. So zeigt sich etwa, dass 19,3% aller ausländischen Beschäftigten aus Nicht-EU-Staaten im Baugewerbe tätig sind, während dieser Anteil bei österreichischen ArbeiterInnen nur 8,4% beträgt. Unterschiede zeigen sich auch bei den Beschäftigten im Gastgewerbe und Hotelwesen. Hier arbeiten 14,6% aller ArbeitsmigrantInnen aus Nicht-EU-Staaten, während derselbe Anteil bei ÖsterreicherInnen bei nur 4,3% liegt (Biffel 1998: 42).

Unter Einbezug der Situation von MigrantInnen ergibt sich somit eine duale Segmentierung des österreichischen Arbeitsmarktes, d. h. eine Gliederung in zwei voneinander getrennte Bereiche, in denen unterschiedliche Rahmenbedingungen gelten (Wroblewsky 1998)<sup>3</sup>:

Tendenziell finden InländerInnen eher Arbeit am primären, ZuwandererInnen aus dem ehemali-

gen Jugoslawien und der Türkei eher am sekundären Arbeitsmarkt. Der primäre Arbeitsmarkt zeichnet sich durch Faktoren wie gute Arbeitsbedingungen mit Qualifikationschancen, Stabilität der Gehälter, geregelte Arbeit und eine geringe Fluktuation der Arbeitskräfte aus. Der sekundäre Arbeitsmarkt hingegen umfasst unqualifizierte Arbeitsstellen mit niedrigen Zumutungsstandards, die kaum Aufstiegschancen ermöglichen. Zudem kommt es zu einer merklichen Fluktuation der Gehälter je nach ökonomischer Konjunktur. Die Arbeitsplätze sind instabil, mit Phasen von Arbeitslosigkeit muss gerechnet werden. Zwischen beiden Teilmärkten ist es mit der Zeit zu einer Komplementarität gekommen, wobei der Einsatz von MigrantInnen den Aufstieg von ÖsterreicherInnen in höheren Lohngruppen gefördert hat (Fahstuhleffekt; vgl. Prskawetz 1997). Auch im sekundären Sektor kann es passieren, dass zugewanderte ArbeiterInnen niedrigere Gehälter als ÖsterreicherInnen für dieselbe Tätigkeit beziehen.

Die Situation von MigrantInnen am Arbeitsmarkt ist auf unterschiedliche Gründe zurückzuführen. Diese betreffen zunächst die vorgefundenen Rahmenbedingungen, mit denen sie konfrontiert werden, wie etwa eine vorwiegende Beschäftigung in konjunkturanfälligen Branchen oder gesetzliche Regelungen, die sie gegenüber ÖsterreicherInnen benachteiligen. Ein niedrigerer Qualifikationsgrad sowie Anpassungsschwierigkeiten am neuen Arbeitsmarkt (Prskawetz 1997), die etwa auf mangelnde Sprachkenntnisse zurückzuführen sind, erschweren ihre Lage zusätzlich.

#### 10.1.2.2 Reaktion auf die Zunahme der Migration – Die rechtlichen Rahmenbedingungen und deren Auswirkungen auf MigrantInnenfamilien

Auf die Zunahme der Migration nach 1989 hat der Gesetzgeber insbesondere in den Jahren zwischen 1991 und 1993 mit restriktiven Verschärfungen der rechtlichen Zugangs- und Aufenthaltsbestimmungen für AsylwerberInnen sowie Perso-

3 Für Einkommens- und Einstufungsunterschiede sowie unerlaubte Erwerbstätigkeit vgl. Gächter 1998. Für die höhere Arbeitslosigkeit unter MigrantInnen vgl. Prskawetz 1997.

nen, die nicht aus EWR-Staaten kommen, reagiert. Letztere betreffen sowohl den Familiennachzug für nachziehende Angehörige als auch die familiäre Situation von bereits hier lebenden ZuwanderInnen. 1993 traten zunächst ein reformiertes Fremdenengesetz (früher Fremdenpolizeigesetz) – es enthielt vor allem Bestimmungen über die Einreise von nicht-österreichischen Personen – und ein neu geschaffenes Aufenthaltsgesetz in Kraft (für Details zu den rechtlichen Bestimmungen vgl. Kap. 14).

In einer vom Institut für Höhere Studien durchgeführten Studie wurde in diesem Zusammenhang der Nachweis erbracht, dass Österreich im Vergleich zu sechs anderen europäischen Staaten, darunter Belgien, Schweiz, Deutschland, Frankreich, Holland, Schweden und Großbritannien mit den Bestimmungen des Fremdenengesetzes 1993 und des Aufenthaltsgesetzes die restriktivsten Regelungen in bezug auf den Familiennachzug und die Rechtsstellung von Familienangehörigen aufweist. So ist Österreich das einzige der sieben Vergleichsländer, in dem der Familiennachzug an eine jährliche Quote von Bewilligungen gebunden und somit quantitativ begrenzt ist. Daneben gibt es nur in Frankreich eine vergleichbare Bestimmung, nach der Ausländer – wie in Österreich – eine rechtmäßige Aufenthaltsbewilligung für mehr als zwei Jahre benötigen, bevor sie ihre Familien nachholen können. Österreich ist darüber hinaus das einzige der sieben Vergleichsländer, das Ehepartnern von hier lebenden Ausländern erst nach sechsmonatigem Bestand der Ehe den Nachzug nach Österreich ermöglicht (Cinar et al. 1996: 52-57).

Das Aufenthaltsgesetz und das Fremdenengesetz wurden 1997 umfassend reformiert und zu einem neuen Gesetz (Fremdenengesetz 1997) zusammengeführt, das am 1. Jänner 1998 in Kraft trat (für Details vgl. Kap. 14).

## 10.2 Familienleben in der Migration – einige Schlüsselaspekte

Die Lebenschancen von Migrantenfamilien im Aufnahmeland hängen von der Dynamik zwischen zwei Bündeln von Faktoren ab: den in Österreich vorgefundenen Rahmenbedingungen einerseits und ihren eigenen Plänen und Verhaltensweisen andererseits. Dazu zählen Vorstellungen und Lebensweisen, mit denen sie vertraut sind sowie ihr „Migrationsprojekt“, konkret ihre Absichten und Vorhaben, die sie zur Migration motiviert haben (Pumares 1996: 95, Zanfrini 1998: 50). Aus dem Zusammenspiel zwischen diesen Faktoren entwickeln sich konkrete Formen von Integration in die österreichische Gesellschaft.

Diese Faktoren haben allerdings eine unterschiedliche Entwicklungsdynamik. Vorstellungen und Werte, sei es von MigrantInnen oder anderen Mitgliedern der österreichischen Gesellschaft, ändern sich langsamer als die wirtschaftlichen oder rechtlichen Rahmenbedingungen.

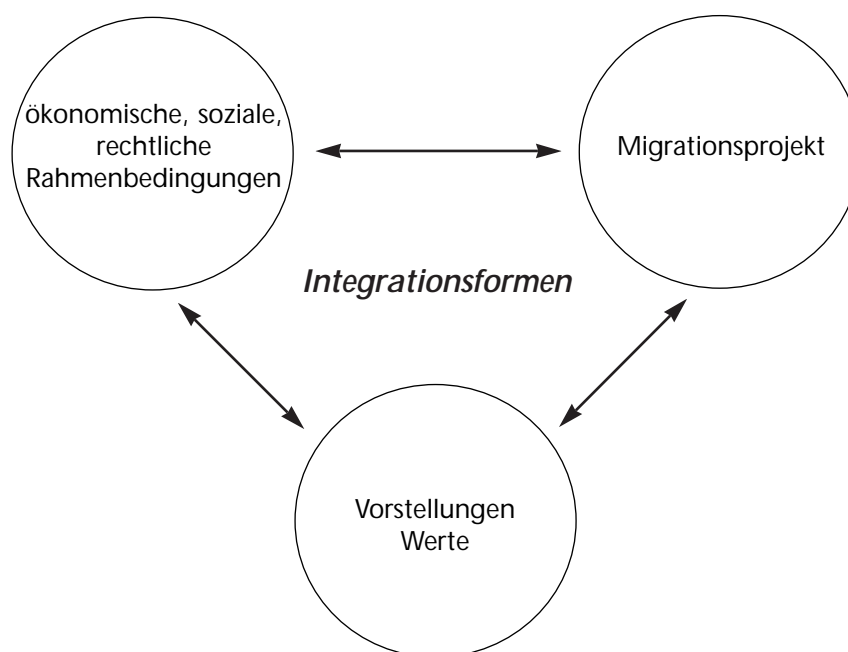
Das Migrationsprojekt hingegen ist ein relativ offenes Vorhaben. Ob sich die ursprünglichen, zum Zeitpunkt der Migration gefassten Pläne modifizieren, hängt von den konkreten Chancen ab, die ZuwanderInnen oder ihre Kinder in Österreich wahrnehmen können. Daneben steht das Migrationsprojekt einer Familie in Verbindung mit der Entwicklung der sozioökonomischen sowie politischen Situation ihres Heimatlandes. Länger andauernde ökonomische und daher die Existenzsicherung von Familien gefährdende Krisen erschweren jede mögliche Rückkehr in die Heimat und verändern daher das ursprüngliche Migrationsvorhaben.

Die Besonderheit der Migration besteht darin, aus einer gewohnten Umgebung in ein Land zu kommen, in dem vieles neu ist. Sowohl PendlerInnen als auch dauerhaft Zugewanderte müssen sich in einem neuen sozialen Kontext zurecht finden, in dem Sprache, Normen und Gesetze

zunächst meist unbekannt sind. Gewohnte Einrichtungen, wie etwa Arbeitsstellen, Schulen, Interessensvertretungen etc. funktionieren anders als in der Heimat. Die Umstände der Migration verlangen nach einer gewaltigen Umstellung von Denkweisen und vertrauten Gewohnheiten, die in der Regel nur in Kauf genommen wird, wenn sie unbedingt notwendig ist.

ker die Solidarität in der Familie, desto eher gelingt es, Krisen zu überwinden. Dies erklärt die besondere Bedeutung von Familienangehörigen und Freunden im Kontext der Migration. Die äußeren Rahmenbedingungen und das familiäre Leben stehen somit in enger Wechselwirkung zueinander.

Im folgenden werden anhand von biografischen Interviews mit Zuwandererfamilien und Experten-



MigrantInnen, die ihr Land verlassen, um für längere Zeit in Österreich zu bleiben, müssen sich nicht nur in einer neuen Umgebung zurechtfinden sondern auch ihren Alltag und ihr Familienleben umstellen. Zuverlässige Kontakte und Beziehungen helfen nicht nur bei der Neuorientierung sondern bieten auch emotiven Halt. Zudem gibt es zahlreiche Indizien dafür, dass der innere Zusammenhalt einer Familie wesentlich dazu beiträgt, schwierige äußere Rahmenbedingungen zu bewältigen. Je stär-

gesprächen mit SozialarbeiterInnen drei grundlegende Aspekte des Familienlebens exemplarisch dargelegt und es wird auf deren Relevanz für die Umstände der Migration eingegangen. Konkret geht es um Frauen- und Männerbiografien, um das Zusammenleben unterschiedlicher Generationen und um die Bedeutung von Verwandtschaftsbeziehungen.

### 10.2.1 Frauen und Männer: Arbeitsbiografien

Die Bedeutung des Geschlechts als identitätsstiftender Faktor erklärt auch dessen soziale Relevanz. Im Unterschied zum Alter oder anderer kultureller Gegebenheiten ist das Geschlecht das primäre und einzig unabänderbare Zeichen für die Identität eines Menschen. Deshalb zählen die Einstellungen zum Frau- und Mann-Sein zu den grundlegenden jedes Familienleben definierenden Faktoren. Sie stehen darüber hinaus in engem Zusammenhang mit der Arbeitsaufteilung in jeder Gesellschaft. Dies ist für den Kontext der Migration besonders relevant, da die meisten Zugewanderten ihre Arbeitsbiografie unterbrechen müssen, um diese in einem neuen Land unter anderen Umständen fortzusetzen. Daraus ergibt sich die Frage, wie Migrationserfahrungen Frauen- und Männerbiografien prägen. Dazu kommt, dass ein Teil der MigrantInnen sich mit den in Österreich verbreiteten Auffassungen von Geschlechterrollen durchaus identifiziert, ein anderer Teil wiederum nicht. Dies führt zu der Frage, welche Wechselwirkungen zwischen einem neuen sozialen und kulturellen Kontext einerseits und familiären Werten andererseits entstehen. Einige Aspekte zu dieser Fragen sollen im folgenden anhand konkreter Arbeitsbiografien von MigrantInnen dargelegt werden.

#### ► Der Zugang zum Arbeitsmarkt

Für Zuwanderer ist es notwendig, in Österreich eine Arbeitsstelle zu finden, nicht nur um sich und die eigene Familie zu erhalten sondern auch um die im Fremdenrecht vorgeschriebenen Voraussetzungen für eine Aufenthaltsgenehmigung zu erfüllen und damit den Verbleib der Familie auf Dauer sicher stellen zu können. Um dieses Ziel zu erreichen, sind zuverlässige Informationen und Kontaktpersonen entscheidend, da Zugewanderte sich in einem neuen sozialen und oftmals für sie unbekanntem Umfeld orientieren müssen, dessen Sprache sie am Anfang ihres Aufenthalts selten be-

herrschen. Entscheidend ist, ob sie Unterstützung bei der Arbeitssuche erhalten, sei es durch öffentliche Beratungseinrichtungen oder private Kontakte. Besser ausgebildete MigrantInnen haben es tendenziell leichter, Zugang zu Beratungseinrichtungen zu bekommen und sich in bürokratischen Einrichtungen zurechtzufinden. Aus der Analyse biografischer Interviews mit MigrantInnen geht allerdings hervor, dass das Bildungsniveau zwar ein wichtiger aber nicht der einzige Faktor ist, der über Erfolg und Mißerfolg bei der Suche nach einer Arbeitsstelle entscheidet. Genauso wichtig ist, welchen Grad an Eigeninitiative MigrantInnen bei der Arbeitssuche entwickeln. Dabei zeigt sich, dass unabhängig von der Bildung jene bevorzugt sind, die auf Unterstützungsnetzwerke von Verwandten und Bekannten zurückgreifen können, um Eigeninitiativen entwickeln zu können. Daraus folgt, dass die Kombination zwischen Eigeninitiative und zuverlässigen Kontakten das wichtigste ist, um überhaupt eine Arbeitsstelle zu finden.

Ob in einer Familie Männer oder Frauen einen Arbeitsplatz suchen, hängt im wesentlichen mit den eigenen familiären Werten, den Vorstellungen und Bedürfnissen im Aufnahmeland einerseits und den vorgefundenen Rahmenbedingungen andererseits zusammen. Tendenziell ändern sich familiäre Vorstellungen sehr langsam, sodass in Familien, in denen der Mann der Allein- oder Hauptverdiener und darüber hinaus der Vertreter der Familie nach außen ist, diese familiäre Rollenaufteilung erhalten bleibt. Dies erklärt zum Teil die je nach Herkunftsland unterschiedlichen geschlechts-spezifischen Erwerbsquoten (s. oben).

Die neuen rechtlichen Bestimmungen des Fremdenrechts erschweren die legale Beschäftigung von neu zugewanderten Frauen, da ihnen erst nach vierjährigem Aufenthalt eine Arbeitsbewilligung zuerkannt wird. Viele dieser Frauen beginnen trotzdem in der Schattenwirtschaft zu arbeiten, meist als Bedienerinnen, um einen Beitrag zum Erhalt der Familie zu leisten. Genaue Studien über illegale Beschäftigung, die auf die restriktive

Gesetzgebung zurückzuführen sind, fehlen allerdings.

Bei den interviewten Flüchtlingsfamilien aus dem ehemaligen Jugoslawien, die einige biografische Charakteristika gemeinsam haben, erfolgt die Aufteilung der Arbeit sowie der familiären Verantwortung nach traditionellen geschlechtsspezifischen Rollenvorstellungen. Diese Biografien sind dadurch charakterisiert, dass der Mann als Soldat in der Heimat zurückbleiben musste, während die Frau mit ihren Kindern nach Österreich kam. In Gesprächen mit diesen Familien zeigte sich, dass die Frauen ab dem Zeitpunkt ihrer Ankunft in Österreich Aufgaben (etwa die Familie zu erhalten, Kontakte mit Behörden) übernommen haben, die in ihrem Heimatland meist ihren Männern vorbehalten blieb. In den beobachteten Fällen handelte es sich allerdings um Paare, darunter auch Moslems, bei denen es keine betont traditionelle Trennung von Geschlechterrollen gab.

#### ► Die Bedeutung der Bildung

In jenen Familien, in denen Arbeits- und Verantwortungsbereiche nicht geschlechtsspezifisch aufgeteilt sind, ist der Faktor Bildung bzw. berufliche Qualifizierung ausschlaggebend für die Chancen von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt.

MigrantInnen mit höherer Bildung erlernen die deutsche Sprache schneller, nicht weil sie prinzipiell begabter sind sondern weil sie den Wert der Sprachbeherrschung erkennen. Dies erhöht ihre Chancen, einen guten Arbeitsplatz zu finden.

Vergleicht man Arbeitsbiografien von Paaren aus verschiedenen Regionen des ehemaligen Jugoslawien, in denen sowohl die Frau als auch der Mann vor ihrer Migration nach Österreich einen qualifizierten Beruf ausgeübt hatten, dann zeigt sich, dass ihre Eingliederung in den österreichischen Arbeitsmarkt von der konjunkturellen Nachfrage abhängt. Dies soll anhand des Vergleichs von zwei Familien näher dargelegt werden. Die erste kam aus Bosnien. Vor dem Krieg waren beide Eheleute vollzeiterwerbstätig, er als Techniker, sie als Kranken-

schwester. Beide verdienten ähnlich gut. Nach der Ankunft in Österreich findet er dank seiner Fachkenntnisse rasch eine Arbeitsstelle. Die Ausbildung der Frau hingegen verliert durch die Migration an Wert, da es einerseits in Österreich genügend Krankenschwestern gibt, andererseits weil diese viel weniger Kompetenzen und Verantwortungen hierzulande übernehmen dürfen, als in Bosnien sowie in anderen Herkunftsländern von MigrantInnen. Darüber hinaus ist die Frau dazu gezwungen, ihre Ausbildung in Österreich nostrifizieren zu lassen und dabei eine Fachprüfung in einer ihr fremden Sprache abzulegen. Dies bedeutet im Vergleich zur Situation ihres Mannes eine zusätzliche Erschwernis, da er für seinen Beruf nicht denselben Grad an Sprachkenntnissen benötigt.

Im Vergleich dazu erlebte eine Familie aus dem Kosovo genau das Gegenteil. Beide Eheleute sind hoch qualifiziert. Während die technischen Fachkenntnisse der Frau stark nachgefragt wurden, ist der geisteswissenschaftliche Beruf<sup>4</sup> ihres Ehemannes kaum von Interesse, da es in Österreich einen Überschuss an AkademikerInnen mit derselben Ausbildung gibt.

Ähnlich wie in anderen EU-Ländern findet am österreichischen Arbeitsmarkt eine Umstrukturierung statt, bei der bis vor kurzem angesehene Berufe an Relevanz verlieren, während neue an Bedeutung gewinnen. Dieser Wandlungsprozess sowie das Risiko einer beruflichen Dequalifizierung betrifft alle Erwerbstätige, insbesondere aber MigrantInnen, da die Beschäftigung von ÖsterreicherInnen Vorrang hat (Hofinger / Waldrauch 1997: 86). Der österreichische Arbeitsmarkt verlangt nach Schlüsselkräften oder bietet unqualifizierte Jobs. Bei ersteren ist nicht so sehr das Geschlecht sondern die Fachkenntnissen ausschlaggebend, eine Beschäftigung zu finden. Dies

4 Anmerkung: Ausbildung und Berufe wurden absichtlich verändert um die Anonymität der befragten Personen zu schützen.

öffnet Frauen eine Chance, wenn ihre Qualifikation nachgefragt wird und ihre Familien den beruflichen Aufstieg fördern sowie ihre Rolle als Haupt- oder Nebenverdiener anerkennen.

Berufliche Qualifizierung erweist sich somit als zweiseitige Angelegenheit. Einerseits erleichtert sie es MigrantInnen, ob Frauen oder Männern, nach der Zäsur der Migration den Umstieg in den österreichischen Arbeitsmarkt. Gelingt es allerdings andererseits nicht, eine der Ausbildung entsprechende Arbeitsstelle zu finden, dann werden Frauen und Männer mit der Erfahrung von sozialer Entwertung konfrontiert. Eine junge Akademikerin beschrieb diese etwa wie folgt:

*Und ich hab irgendwie ein Leben ohne Sorgen gehabt. Ich musste nicht denken, ob ich Geld hab oder etwas so [...] Wenn ich hierher gekommen bin, und ich putzen musste, dann hab ich so ein schlechtes Gefühl gehabt. Weil ich habe meiner Mutter zu Hause nie geholfen, und jetzt mach ich das als Beruf [...] Es ist eine [...] wenn ich sagen darf [...] Niedrigkeit [Erniedrigung] das ist [...] Ich hab so lang studiert und alles. Und auf einmal geht alles verloren. Wozu hab ich so viele Jahre studiert?*

[Familie N Z 55-66]

Praktisch dieselbe negative Erfahrung wiederholt sich in der Erzählung ihres Ehemannes:

*Das Ganze wird irgendwie nicht anerkannt. Ich habe schon schlechte Erfahrung gehabt, als ich nicht nostrifiziert war, und [...] „Ja! er hat studiert, er ist ein Akademiker auch.“ Und dann war es aus. „So! Er ist ein Akademiker und er arbeitet hier als Hilfskraft.“ Dann war es aus, ich meine, man erwartet auch keinen Respekt, ja.*

[Familie N 1129-1132]

In diesen beiden persönlichen Erzählungen wird die Ausübung eines angesehenen Berufes mit sozialer Anerkennung verbunden. Hier zeigt sich nicht nur der Wert der Erwerbsarbeit sondern auch die Definition der eigenen Identität durch den Beruf. Folglich wird die berufliche Dequalifizierung als soziale Entwertung erlebt, was nicht nur für hoch qualifizierte MigrantInnen sondern auch

für ÖsterreicherInnen gilt. Soziale Entwertung ist keine exklusive Erfahrung von Fachleuten und AkademikerInnen, die keine ihren Fähigkeiten entsprechende Arbeitsstelle finden. Sie wird generell zur Begleiterscheinung vieler Migrationsbiografien.

#### ► Differenzierte Arbeitsbiografien und familiäre Kohäsion

Nicht alle MigrantInnen identifizieren sich in gleichem Maß mit ihrer beruflichen Tätigkeit. Für manche besteht das höchste Ziel darin, eine Beschäftigungsbewilligung zu bekommen, unabhängig davon, welche Tätigkeit sie dabei ausüben.

So beschreibt ein Ehepaar aus Serbien den Anfang in Österreich als ein ständiges Arbeiten ‚ohne eine Sekunde zuhause zu sein‘. Beide Eheleute entwickelten unterschiedliche Arbeitsbiografien. Während die Frau für ein regelmäßiges Einkommen sorgte, ungeachtet dessen, ob ihre Beschäftigung legal oder illegal war, bemühte sich ihr Mann um eine Arbeitsbewilligung. Dies führte zu einem ständigen Wechsel der Arbeitsstelle. Zeitweise arbeitete er als Koch, dann als Tankstellenbediensteter, später als Gärtner, dann als Mechaniker. Das Muster wiederholte sich solange, bis er als Bauarbeiter eine Arbeitsgenehmigung erhielt. Bald darauf bekam diese auch seine Frau. Der ganze Prozess von der Ankunft bis zum Erhalt der Beschäftigungsbewilligung dauerte einige Jahre. Heute tragen sie beide in gleicher Weise zum Erhalt der Familie bei. Als Preis für die Migration verließ er seine im Heimatland ausgeübte Fachtätigkeit. Seine Frau wiederum musste eine Doppelbelastung – Haushaltsarbeit und Vollbeschäftigung in Kauf nehmen. Im Unterschied zu den vorher erwähnten AkademikerInnen misst dieses Ehepaar dem Beruf als solchen keinen besonderen Wert bei. Die Arbeit in der Fremde hat einen vollkommen funktionalen Charakter. Dies ermöglicht ihnen ein sicheres Leben in Österreich und auch einen ständigen Kontakt mit ihrer Heimat, in der sie tief eingewurzelt sind.

Das Migrationsprojekt ist in diesem Falle von beiden Eheleuten mit einem hohen Ausmaß an

Konsens übernommen worden. Ihre Zielsetzungen waren sehr klar und die gemeinsam vorgedachte Strategie wurde konsequent durchgeführt. Die Kohäsion der Familie hat zweifelsohne zum Gelingen ihres Migrationsprojektes beigetragen.

Die Frage, die offen bleibt, ist, wie sich die Interessen, das Familienleben und die Identifikation mit dem Aufnahmeland auf Dauer entwickeln, wenn die Arbeitsbiografie einer Familie einen anderen als den geplanten Verlauf nimmt. Dies kann Anlass für familiäre Konflikte sein. So beobachten SozialarbeiterInnen, wie Frauen aus Arbeiterfamilien mit sehr traditionellen Geschlechterrollen, die zu Hause bleiben bzw. einen zusätzlichen Beitrag zur Erhalt der Familie leisten, auch bedeutende Aufgaben etwa beim Umgang mit Behörden übernehmen, wobei oftmals ihr vorher nicht vorhandenes Mitspracherecht wächst.

*Zu mir kommen die Frauen, und die regeln auch alles, ja. Die verhandeln dann auch, also oft auch die türkischen Frauen, die noch schlechter Deutsch können als ihre Männer, verhandeln mit den Banken und gehen dort hin und gehen dahin. [...] dieses Geld zusammenschmorren, und das denke ich, ist auch irgendwie so ein, so das ist ganz problematisch, weil das in das Bild auch nicht reinpasst, ja. Weil einerseits ist er das Oberhaupt, noch vielmehr als bei uns, der, einerseits hat er überhaupt nicht den Überblick und, und kann alles auch nicht so gut regeln. Und die Frau wird dadurch sehr wichtig und sehr mächtig. [...]. Da verschiebt sich so was. Das ist für die Beziehungen auch irrsinnig schwierig, Und ich denke, das ist auch das, was die Männer dann auch aggressiv macht, soweit. Und die Frauen machen [ihnen] natürlich einen Vorwurf, ja. Und irgendwie haben die Männer nicht mehr diese zentrale Position in der Familie, und dann werden sie schon auch sehr oft gewalttätig.*

*[Expertengespräch 8 208/237]*

Bei der Analyse konkreter Familien aus unterschiedlichen Ländern mit differenten sozialen Merkmalen lassen sich Indizien für Zusammenhänge zwischen Unzufriedenheit mit der berufli-

chen Situation, Modifizierung von vorgegebenen Frauen- und Männerrollen und Integrations-schwierigkeiten im Aufnahmeland insbesondere bei Männern erkennen. Zudem gibt es klare Anzeichen für die Bedeutung des Zusammenhalts innerhalb von Familien.

#### ► Die nächste Generation

Kinder von MigrantInnen, die in Österreich oder in einem anderen EU-Land geboren bzw. herangewachsen sind, werden mit anderen Problemen als ihre Eltern konfrontiert. Was die Arbeitsbiografie betrifft, verkörpern viele von ihnen – gerade jene, welche die Integration in das Schulsystem des Herkunftslandes geschafft haben – keine Reserve für unqualifizierte Arbeit mehr. Wie Studien aus Ländern mit älteren Migrationsprozessen zeigen, erweist sich eine Eingliederung in den Arbeitsmarkt als wesentlicher Faktor, um eine befriedigende Form von Integration in die Aufnahmegesellschaft zu erreichen (Tribalat 1996). In Zeiten, in denen es schwieriger ist, auf dem Arbeitsmarkt unterzukommen, kann es gerade für beruflich besser qualifizierte jugendliche Migranten schwierig sein, eine Arbeitsstelle zu finden.

Vieler dieser jungen Menschen wird es nicht leicht fallen, in den sekundären Arbeitsmarkt, in dem ihre Eltern beschäftigt sind, zurückzukehren. Die Erfahrung einer misslungenen Integration in den Arbeitsmarkt geht nicht selten mit Entfremdungsgefühlen gegenüber dem Aufnahmeland einher. Dies gilt nicht nur für die direkt Betroffenen sondern auch für ihre Freunde und Bekannten, für die sie zu einem „negativen Symbol“ (Herbaut et al. 1996: 49) werden, wie Studien aus anderen Ländern zeigen (Pumares 1996: 177f.).

Somit erscheint die Bildung unter Kindern von Migrantenfamilien als ein Faktor zum sozialen Aufstieg, zur Integration in Österreich und auch zur Überwindung einer geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung. Diese stehen in engem Zusammenhang mit der weiteren Entwicklung ihrer Chancen am Arbeitsmarkt.



### 10.2.2 Zusammenleben zwischen Generationen – ‚vertikale Solidarität‘

Die Ausdehnung des Aufenthalts und der Familiennachzug haben zur Entstehung einer Migrantengeneration geführt, in der, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, alle Altersgruppen repräsentiert sind. Die gegenseitige Unterstützung zwischen unterschiedlichen Generationen von Angehörigen, die sogenannte ‚vertikale Solidarität‘ ist selbstverständlich keine Besonderheit von Zugewanderten. Aus der Erfahrung der Migration ergeben sich allerdings spezifische Besonderheiten für das Zusammenleben zwischen Eltern und Kindern, jüngeren und älteren Zugewanderten. Das Alter, mit dem ein Mensch sein Land verlässt und ein neues Leben in einem anderen beginnt, prägt die eigene Biografie. In Prinzip können sich Kinder besser an neue Situationen – wie etwa eine neue Sprache – anpassen als Erwachsene, was aus ihnen „privilegierte Vermittler“ zwischen ihren Eltern und der Aufnahmegesellschaft macht (Camilleri 1996: 52). Andererseits: „Je mehr die Generationen in ihrem Alltag aufeinander angewiesen sind, desto stärker wird der Transfer an ethnischer Kultur an die dritte Generation ausfallen. Diese Leistungen fördern die Familienintegration und die emotionale und kulturelle Nähe der Migrantengenerationen“ (Dietzel-Papakyriakou 1993b: 191).

Auch wenn Familie wesentlich durch den Zusammenhalt zwischen Generationen bestimmt ist, gibt es insbesondere in pluralen Gesellschaften dennoch unterschiedliche Möglichkeiten, familiäre Rollen zu definieren.

Im folgenden wird anhand von Passagen aus qualitativen Interviews auf zwei spezifische Aspekte des Zusammenlebens hingewiesen: Die Beziehung der Eltern zu ihren Kindern, konkret in der Frage der Kinderbetreuung und die Beziehung der Kinder zu ihren Eltern, die Altenbetreuung.

#### ► Kinderbetreuung

Eine Situation, die bei Migrantenfamilien oftmals unverständlich bleibt, ist ein vermeintlicher

Mangel an Betreuung der eigenen Kinder sowohl zu Hause als auch an öffentlichen Plätzen. So beobachtete eine Sozialarbeiterin, wie die Kinder einer ihr bekannten Familie viel Zeit unbetreut im Park verbrachten.

*Die Kinder sind viel im Park. Die treffen sich halt dort dann mit anderen Kindern. [...] Und sie sind den ganzen Nachmittag unbetreut. [...] Teilweise sind die Eltern nicht da.*

*[Expertengespräch 8 Z 372-378]*

In diesem Beispiel wird aufgrund der Abwesenheit der Eltern auf einen Mangel an Kinderbetreuung geschlossen. Oft trifft das zu, etwa wenn die Eltern arbeiten. Ihre Abwesenheit muss jedoch nicht unbedingt bedeuten, dass die eigenen Kinder nicht beaufsichtigt werden. Formen des Umgangs mit Kindern, mit denen jemand nicht vertraut ist, fallen allerdings auf. So bemerkte eine Sozialarbeiterin, wie die Kinder in einer von ihr betreuten Familie anders behandelt wurden als es in vielen österreichischen Familien üblich ist:

*Und die Kinder haben ja fast kein Spielzeug, wenig Anregungen. Die müssen sozusagen in diesem Familienclan so irgendwie mitlaufen. Und die Kleinen rennen immer hinten nach und greinen und weinen und dann kriegen sie irgendwas in den Mund gesteckt. Oder sie kriegen einen Klaps am Hintern und sollen sich ruhig in einer Ecke spielen. Nur mit was? Das ist so die Situation also, altersgemäßes Spielzeug haben die überhaupt keines. Und dass sich jemand ruhig mit ihnen beschäftigt, ja, habe ich noch nicht erlebt.*

*[Expertengespräch 11 Z 115-123]*

Diese Beschreibung entspricht der Organisation von Familie, mit der die meisten ÖsterreicherInnen vertraut sind, nämlich der sogenannten Kernfamilie. Sie besteht aus einem (Ehe-)Paar und ihren Kindern. Die Betreuung von kleinen Kindern impliziert nach dieser Auffassung nicht nur auf sie aufzupassen sondern sich auch mit ihnen zu beschäftigen und ihnen das Spielen durch Kauf von Spielzeug zu ermöglichen. Von den Eltern wird somit nicht nur Verantwortung gegenüber ihren

Kindern sondern auch ein hoher Grad an Kommunikation mit ihnen erwartet. Da die Kindheit als eine sehr entscheidende und geschützte Lebensphase verstanden wird, kommt dem Spielen ein pädagogischer Wert zu. Spielen wird somit zu einer spezialisierten Tätigkeit, bei der die passenden Gegenstände von Bedeutung sind.

So kohärent diese Auffassung von Familie ist, ist sie dennoch nicht die einzig mögliche. So schildert eine Sozialarbeiterin, was in den Parks vor sich geht, in denen sie mit jungen TürkInnen arbeitet.

*E: Ja [der Park] ist schon auch so [...] eine eigene Welt, in die man erst Einblick kriegt, wenn man ein Teil dieser Welt ist. [...] Es gibt einerseits jetzt eben sehr viele türkische Mütter mit ihren Kindern, und es gibt auch so das Vorurteil, dass die Kinder unbeaufsichtigt unterwegs sind, und das stimmt nur bedingt. Es kommt selten vor, dass jetzt eine türkische Mama mit ihrem kleinen Kind dahingeht und dann beim Spielplatz sitzt und schaut, wie das Kind spielt bzw. mit dem Kind spielt, sondern da sind eben mehrere türkische Frauen und irrsinnig viele Kinder, und oft ist da die Mutter gar nicht dabei, sondern es ist halt die Nachbarin oder irgendeine Verwandte. Und die Mutter weiß, wenn dem Kind etwas passiert, ist sicher jemand dort, der das Kind kennt und der dem Kind hilft.*

*[Expertengespräch 22 488 u. ff.]*

Andere Formen familiärer Lebensgestaltung können zu anderen Prioritäten in der Kinderbetreuung führen. Diese können selbst wenn sie nach außen nicht deutlich erkennbar sind, sehr wirksam sein. In Lebensgemeinschaften, die auf ‚horizontaler Solidarität‘ beruhen, d. h. in denen es eine gegenseitige Unterstützung zwischen fernerer Verwandten (Onkel, Tanten, Cousins, Schwäger und Schwägerinnen etc.) und auch Nachbarn gibt, können Kinder neben den Eltern auch von anderen älteren Mitglieder der Familie betreut werden. Bei einem Besuch für ein Interview mit einer türkischen Familie, die zusammen mit 40 anderen Landsleuten in einem Altbau in Wien wohnt, kamen die Kinder (ein Bub und ein Mädchen, jeweils 12 Jahre und

6 Jahre alt) am Abend auf den Gedanken, auf die Straße spielen zu gehen. Die Eltern stimmten zu und erklärten, dass ihre Kinder auf der Straße und dem naheliegenden Park ganz sicher wären, da rundherum genügend Leute auf sie aufpaßten.

Die Vermutung liegt nahe, daß diese Betreuungsformen von Kindern in engem Zusammenhang mit den Wohnumfeld der Familie stehen. In einem Dorf oder in einer Kleinstadt, in der die Leute sich untereinander kennen, können sich Kinder frei bewegen, ohne deshalb unbeaufsichtigt zu bleiben.

In einer größeren Stadt ist der Einbezug von Nachbarn keine Selbstverständlichkeit mehr und in der Regel werden österreichische Kinder von den eigenen Eltern, den Geschwistern oder den Großeltern betreut, bzw. einer Kinderbetreuungseinrichtung anvertraut. An jenen Orten, an denen sich Minderheiten konzentrieren, geht die Anonymität der Großstadt verloren. Ähnlich wie in Dörfern oder in Kleinstädten entstehen soziale Räume – sei es auf Straßen oder in Parkanlagen – in denen sich Kinder ständig in der Reichweite irgendeines Verwandten oder Nachbarn bewegen.

Die Kinderbetreuung kann dann problematisch werden, wenn die Eltern aufgrund von Erwerbstätigkeit abwesend sind und die Pflege der Kleinen den älteren Geschwistern anvertrauen. Immer wieder berichten SozialarbeiterInnen von Mädchen, denen Verantwortung für Haushaltstätigkeiten übertragen wurde, für die früher ihre Mütter zuständig waren. So erzählte ein Sozialarbeiter von einer Familie, die er jahrelang betreute, in der die älteste Tochter bereits mit neun Jahren für die Betreuung ihrer jüngeren Geschwister verantwortlich war, weil die Eltern arbeiten gingen.

*Das älteste Mädchen hat wirklich teilweise die Mutterrolle übernommen, [...] hat soviel Arbeit Zuhause gehabt, dass sie gar nicht irgendwie auf den Gedanken kommen könnte, jetzt am Abend fort zu gehen oder sich mit Freundinnen zu treffen.*

*[Expertengespräch 2 Z 100-103]*

Der frühe Sprung ins Erwachsenenleben der älteren Tochter ist für diese Familie eine Selbstver-

ständigkeit. Interessanterweise haben die Eltern von ihren Geschwistern – einem Jungen und einem Mädchen – nie verlangt, dass sie kleine Hilfsdienste im Haus übernehmen. Dies ist auch als Hinweis für eine definierte Altershierarchie unter Geschwistern zu werten. Das Verhalten der berufstätigen Eltern lässt sich möglicherweise auf eine spontane Anpassung an die neuen Umstände im Aufnahmeland zurückführen. Dennoch ist es sehr plausibel, dieses Verhalten auch vor dem Hintergrund einer anderen als der in Westeuropa üblichen Auffassung von Jugend zu betrachten. Die Jugendphase als geschützte Lebensperiode, in der noch keine Verantwortungen und Rollen der Erwachsenen übernommen werden, scheint diesen Eltern genauso fremd zu sein wie die Gleichheit unter Geschwistern.

Die Verpflichtung, kleinere Geschwister zu betreuen, betrifft nicht nur Mädchen, sondern unter Umständen auch junge Männer, wie anhand folgender Erzählung einer Sozialarbeiterin deutlich wird.

*Der älteste Sohn hat viel an Verantwortung innerhalb der Familie gehabt. Er hat zum Beispiel die Kinder, die zwei Kleinen, in der Früh in die Schule, in den Kindergarten gebracht. Hat selbstverständlich auf sie aufgepasst, wenn die Eltern nicht Zuhause waren, was auch nicht einsehbar war, der war noch zu klein, der war damals 10 oder so. Der darf nicht auf die beiden kleinen Kinder aufpassen. Sie müssen sich jemanden organisieren, beziehungsweise dann länger Kindergarten oder Hort. [Die Mutter] hat das nicht oder kaum eingesehen, weil es für sie selbstverständlich war, dass das der älteste Sohn tun muss. Dem ist diese Verantwortung allerdings zu viel geworden, sie hat ihn gedrückt.*

*[Expertengespräch 9/Z 296-310]*

In diesem Beispiel zeigt sich, dass der junge Mann auch für seine kleineren Geschwister sorgt. Im Unterschied zu jenem vorher erwähnten Mädchen nimmt er keine Aufgaben innerhalb, sondern nur außerhalb des Hauses wahr. Dies weist auf eine geschlechtsspezifische Arbeitsteilung hin. In beiden Fällen bemerkten die Sozialarbeiterinnen, dass die jungen Leute durch die ihnen übertragene

Verantwortung stark belastet und dadurch beeinträchtigt wurden. Das Mädchen musste auf ihre Freizeit verzichten, der junge Mann fühlte sich ‚gedrückt‘.

In der Migration können Kinder – wie Camilleri sagte – „privilegierte Vermittler“ (Camilleri 1996: 52) sein. Sie können auch die Hauptverlierer des Migrationsunternehmens werden, wenn sie mit zu vielen oder mitbelastenden Verantwortungen überfordert werden oder wenn sich familiäre Bedürfnisse auf Kosten ihrer Interessen wie etwa der Eingliederung in die Schule durchsetzen, was zur Beeinträchtigung der künftigen beruflichen Laufbahn von Jugendlichen führen kann.

#### ► Ältere MigrantInnen

Die Population älterer MigrantInnen in den westeuropäischen Industriestaaten ist in den letzten Jahren unter anderem vor allem deshalb gewachsen, weil viele eine ursprünglich geplante Rückkehr immer weiter nach hinten verschoben und sich letztendlich für einen Verbleib im Aufnahmeland entschlossen haben. Dazu kommen ältere Verwandte, die nachgeholt wurden und Menschen, die im fortgeschrittenen Alter ihr Land verlassen mussten, wie etwa Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien. In manchen Aufnahmeländern mit einer längeren Migrationsgeschichte und einer großen MigrantInnenpopulation – wie etwa Frankreich, Großbritannien, Deutschland, oder Schweden – ist dieser Prozess bereits fortgeschrittener als in neuen und kleinen Aufnahmeländern wie Österreich. Die Entstehung einer größeren Bevölkerungsgruppe älterer Zuwanderer wird zwar nach wie vor durch die Rückkehr vieler MigrantInnen in ihre Heimat nach Erreichen des Pensionsalters gebremst. In dem Maße aber, wie Migrationsgemeinden sich konsolidieren und ältere Menschen ihre Angehörige im Aufnahmeland und nicht mehr in der Heimat haben, ist damit zu rechnen, dass diese Gruppe wachsen wird.

### 10.2.3 Verwandtschaft – horizontale Solidarität

Die Risiken, die mit einem Wechsel des Landes verbunden sind sowie die oben erwähnten Änderungen in der Struktur der Zuwanderung führen zwangsläufig zum Phänomen der Kettenmigration: Einige Verwandte ebnen den Weg für nachziehende Angehörige und so entstehen Unterstützungsnetze, aus denen sich stabile Gemeinden bilden können. Daraus lässt sich die Bedeutung von Familie erklären. Sie erweist sich als zuverlässige Instanz, die besonders geschätzt wird, wenn das soziale Umfeld unbekannt oder sogar bedrohlich erscheint. Hinter diesem Phänomen stehen zweifelsohne psychische, historische und soziale Faktoren:

► Miteinander bekannte und einander vertraute Personen sind berechenbarer und stehen einander näher, als jene, die man nicht kennt.

► Diese Tatsache kann durch kulturelle Traditionen bestärkt werden, in denen es eine breiter gefasste und auch gleichzeitig präziser definierte Auffassung von Verwandtschaft als die der westeuropäischen „Kernfamilie“ gibt. Die Kernfamilie baut sehr stark auf einer ‚vertikalen‘ Solidarität zwischen Eltern und Kindern auf, dafür ist die Solidarität zwischen Verwandten entsprechend dem ihr zugrunde liegenden kognitiven Muster weit weniger im voraus definiert (Rosenbaum 1998: 20). Dazu kommt, dass in den westeuropäischen Ländern die Kinderzahl immer geringer wird. Dies hat sicherlich Auswirkungen auf Verwandtschaftsstrukturen einerseits und Verwandtschaftsbeziehungen andererseits, was allerdings bisher noch nicht systematisch untersucht wurde. Viele ZuwanderInnen, die im Rahmen des Forschungsprojekts interviewt wurden, haben eine andere Auffassung von Familie. Für sie besteht diese aus einem weiten Netz von Verwandten, die durch gegenseitige, klar definierte Verpflichtungen und Unterstützungen miteinander verbunden bleiben. Die Grenzen zwischen Verwandten und Nachbarn sind dabei manchmal – insbesondere bei Zugewanderten aus ländlichen Gebieten – sehr fließend.

Eine übliche Strategie, um Schwierigkeiten zu bewältigen, besteht in der Intensivierung von Beziehungen zwischen Verwandten. Da Zugewanderte ihre Existenz in einem neuen, unbekanntem Land wieder aufbauen (müssen), nutzen viele gegenseitige verwandtschaftliche Unterstützung insbesondere wenn das neue soziale Umfeld als unzuverlässig oder unwirtlich wahrgenommen wird und von den Institutionen und der Gesellschaft im Aufnahmeland nur wenig Beistand zu erwarten ist.

In Gesprächen mit Zuwandererfamilien aus dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei bringen diese unabhängig von ihrem Bildungsniveau, der geografischen Herkunft und anderer sozialer Variablen eine Auffassung von Familie zum Ausdruck, die deutlich in Kontrast zum Modell Kernfamilie steht. Nach diesem Verständnis besteht Familie aus einem weiten Netz von Verwandten, die durch gegenseitige, klar definierte Verpflichtungen und Unterstützungen miteinander verbunden bleiben.

So meint etwa eine bosnisch-muslimische Frau aus dem Grenzgebiet zu Kroatien:

*„Hier in Österreich gibt es immer eine Grenze zwischen Bruder und Schwester. Mein Bruder hingegen kommt einfach. Er kommt, egal ob ich zu Hause bin oder nicht, oder ob ich Zeit habe oder nicht. Fünf Minuten habe ich immer Zeit für ihn oder meine Schwester. Es ist für mich nicht vorstellbar zu sagen: „Na, ich weiß nicht, heute nicht, vielleicht nächste Woche.“ Genauso unvorstellbar ist es einem Bruder, der einmal im Jahr nach Österreich auf Besuch kommt zu antworten „Ich weiß nicht“. Ihr Mann ergänzt: „Das hat mir sehr zu denken gegeben. Die Österreicher haben da eine andere Mentalität als die Leute bei uns.“*

*[Familie S I Z382-397]*

Diese und ähnliche Statements anderer Familien lassen vermuten, dass sich hinter diesen Beobachtungen eine andere Konzeption von Verwandtschaft verbirgt. Dies zeigt sich konkret an der hier auch angesprochenen Werthaltung „für Verwandte hat man immer Zeit“.

Deutlich wird es auch an der Bereitschaft zur gegenseitigen Hilfeleistung. So berichtete ein Familienvater aus einer serbischen Familie:

*Mit den zwei Cousins es geht gut. Sie kommen manchmal zum Helfen oder so. Was ich kann, mache ich auch [...]Für diesen Mann [einen Nachbar] habe ich die Wohnung gemacht, das ist meine Branche. Er hat heute die Stereoanlage mit seinem Auto abgeholt mit meiner Tochter; ich war bei der Arbeit und konnte nicht. Er ist frei und kann es machen. So helfen wir alle, nicht? Auch Geld und so. Ich kann auch zwei Tage arbeiten für ihn, ohne etwas zu kriegen. Aber ich weiß, er ist auch für mich erreichbar, wenn ich etwas brauche. Solche Leute sind wir. Wir sind an Hilfe gewöhnt. Von unten [Heimat].*

[Familie M. I Z 1170-1185]

Dieses Beispiel zeigt, dass der Austausch von Arbeiten als Selbstverständlichkeit betrachtet wird. Die Verbindung zwischen ihnen ist so stark, dass nicht sofort eine unmittelbare Gegenleistung erwartet wird. Der Cousin ist da und wird da bleiben. Dies macht es möglich, Gegenleistungen auch zu einem viel späteren Zeitpunkt zu erbringen. In der Heimat hat die geografische Nähe der Familien zur Entstehung von starken Solidaritätsverpflichtungen geführt. Wenn diese Beziehungen einmal definiert worden sind, spielt die geografische Nähe keine Rolle mehr. Im Aufnahmeland gewinnen diese Verbindungen zwischen fernen Verwandten sogar an Relevanz.

Dies zeigt sich etwa daran, wenn es darum geht Angehörigen im Prozess der Migration zu unterstützen. Verwandte können dabei helfen, schwierige Rahmenbedingungen beim Start im Aufnahmeland zu bewältigen, auch wenn sie selbst in Schwierigkeiten sind. Dies wird etwa an folgendem Beispiel eine Familie aus dem Kosovo deutlich.

*Als ich gekommen bin, habe ich bei meinem Schwager gelebt. Also 2 Wochen. Das war ziemlich schwierig. Eine kleine Wohnung, Zimmer und Kabinett. [...] Und mein Schwager ist mit meiner Frau, in der Zeit mit meiner Frau gekommen, und*

*er ist auch verheiratet, hat auch ein kleines Kind, und wir haben zu, sozusagen zu sechst in einem Raum von 40 Quadratmetern 2 Wochen gelebt.*

[Familie N Gespräch III 692-713]

Anhand dieses Beispiels kann vermutet werden, dass die Bereitschaft zur Unterstützung von Familienangehörigen oder von Bekannten trotz schwieriger Bedingungen vor allem dort stark ist, wo es eine gelebte Tradition der Verwandtschafts- bzw. Nachbarnsolidarität gibt. Dies impliziert aber keineswegs ein reibungsloses, ideales Familienleben. Unter MigrantInnen mit einer weiten Auffassung von Familie und Verwandtschaft entstehen ähnliche Konflikte und Interessensunterschiede wie unter jenen, die mit dem Modell der Kernfamilie vertraut sind. Unterschiede gibt es in der sozialen Organisation. Die aktuelle Kernfamilie in den westeuropäischen Ländern setzt einen entwickelten Staatsapparat sowie ein differenziertes Sozialleben voraus.

Familien, die über Generationen hindurch ihre Leben ohne staatliche Unterstützung organisiert haben, bauen sehr stark auf einen Austausch von Diensten und Unterstützungen zwischen Verwandten. So werden etwa Kinder nach wie vor als Garanten für die Alterssicherung ihrer Eltern betrachtet. Ein weites Netz von Angehörigen und Nachbarn erfüllt viele Aufgaben, die in Österreich staatliche Institutionen sichern. Die Verinnerlichung dieser schützenden und regelnden Funktion des Staates bedarf einer längeren Periode, in der die Bewohner eines Landes positive Erfahrungen mit staatlichen Institutionen gemacht haben, bevor sie Vertrauen zu diesen bekommen.

In jenen Herkunftsländern, wie etwa dem ehemaligen Jugoslawien, in dem staatliche Institutionen auch historisch betrachtet schwach ausgebildet waren und sogar als feindliche Einrichtungen wahrgenommen wurden, bewahren andere Organisationsformen wie etwa Netzwerke unter Bekannten, Verwandten und Nachbarn einen hohen Stellenwert.

Diese Einstellung zum Staat kann durch negative Erfahrungen mit Behörden und anderen öffent-

lichen Institutionen bestärkt werden. Jene, die vom österreichischen Staat nicht unterstützt werden, sei es, weil sie gar nicht oder kaum auf ihn zählen, sei es, weil sie mit ihm negative Erfahrungen gemacht haben, organisieren ihr Leben in gewohnter Weise mit Unterstützung der ihnen zur Verfügung stehenden Netzwerke. Sie bleiben dabei allerdings oft am Rande des gesellschaftlichen Lebens, gleichzeitig werden dadurch Minderheitsgemeinschaften zementiert.

Familien hingegen, deren Mitglieder mit staatlichen Einrichtungen vertraut sind, tendieren dazu, sich in Österreich Informationen zu holen, diese Institutionen auch in Anspruch zu nehmen und gegebenenfalls ihnen zustehende Rechte einzufordern. Bedeutsamerweise knüpfen diese Familien auch eher Kontakte mit ÖsterreicherInnen. Daraus entwickeln sich offenere Formen von Integration, bei denen nicht nur Kommunikation mit der Heimat und den Landsleuten sondern auch Kontakte zu Angehörigen der Aufnahmegesellschaft entstehen.

---

## 10.3 Resümee

---

Bedingt durch einen verstärkten Familiennachzug sind Zuwandererfamilien in der österreichischen Gesellschaft präsenter geworden. Soziale Orte, an denen sich Zuwanderer aufhalten, sind nicht mehr nur der Arbeitsplatz und vereinzelte Wohnorte wie ganz zu Beginn der Arbeitsmigration in den 60er Jahren, als vorwiegend junge Männer nach Österreich kamen. Zuwandererfamilien werden in den letzten Jahren immer stärker zu aktiven Teilhabern an der sozioökonomischen Infrastruktur in Österreich. In den Gemeinden werden sie als Wohnungssuchende, Konsumenten, Kranke etc. sichtbar und stellen damit unterschiedlichste Institutionen vor neue Herausforderungen. Durch die Familieneinwanderung haben sich die Folgeprobleme der Migration verändert.

Aufgrund der stärkeren Präsenz von Frauen, Kindern und Jugendlichen sowie älteren Menschen aus anderen Ländern gewinnt die Frage nach deren Integration immer mehr an Bedeutung.

Es fragt sich nur, worin diese Integration besteht.

### Welche Integration?

Die Migration erscheint als eine biografische Zäsur, insofern Leute, die ihr Land verlassen haben, in der Aufnahmegesellschaft mit neuen Herausforderungen konfrontiert werden. Dies hat Konsequenzen auf das familiäre Leben, auf die Geschlechterrollen, die Generationenbeziehungen und die Verwandtschaft.

Unter dieser Perspektive erscheint die Integration von zugewanderten Familien als ein Prozess, in dem das ursprüngliche Migrationsprojekt neu definiert wird, während sie sich ein neues Leben im Aufnahmeland aufbauen. Dieser Prozess resultiert aus der Dynamik zwischen Rahmen- und Lebensbedingungen, welche die Aufnahmegesellschaft anbietet, und den Ressourcen – unter anderem auch kultureller Art – über die Migrantenfamilien verfügen.

Aus diesen Gründen kann das neu aufgebaute Leben von Zuwandererfamilien ein unterschiedliches Aussehen haben. Verschiedene Formen von Integration sind möglich. Im Vordergrund steht nicht so sehr die Frage, ob sich Migrantenfamilien in Österreich integrieren (sie tun dies sowieso, wenn sie hier bleiben) sondern vielmehr, ob jene Formen von Integration, zu denen Familien kraft der Umstände und durch die eigenen Ressourcen kommen, positiv für sie und auf Dauer auch für die übrige österreichische Gesellschaft sind. Viele Migrantenfamilien bleiben in Österreich und holen ihre Verwandten nach, wobei die Anzahl von Frauen und Kindern zunimmt Und diese „psychische Erwartung“ ist „ein Wesenszug, auf dem ein Projekt des Zusammenlebens basieren kann. [...] Familien mit Kindern, verheiratete Leute, erwerbstätige Frauen bilden kein aggressives Profil, son-

dern vielmehr die Voraussetzungen für den Aufbau eines respektvollen und friedliches Zusammenleben“ (Izquierdo Escribano 1996: 367).

MigrantInnen sind keine passiven Objekte einer bestimmten Behandlung. Sie sind aktive MitgestalterInnen ihres Lebens. Anhand der Rekonstruktion von Migrationsgeschichten in Österreich zeigt sich die multidimensionale Integrationskraft der Familie, wie auch Studien in anderen Aufnahmeländern belegen (Izquierdo Escribano 1996, Pumares 1996, Dietzel-Papakyriakou 1993a). Die Solidarität zwischen Partnern, zwischen Generationen und Verwandten trägt dazu bei, schwierige Situationen in Österreich zu überwinden. Schwierige äußere Lebensbedingungen können das Integrationspotential von Familien schwer beeinträchtigen. Daher stellt sich die Frage, inwieweit die politischen Richtlinien der Aufnahmegesellschaft dieses Potential von Familien fördern, inwieweit sie diese schwächen. Unter Berücksichtigung der derzeitigen sozioökonomischen und rechtlichen Rahmenbedingungen in Österreich ist eher davon auszugehen, dass das Integrationspotential von Migrantenfamilien nicht gefördert sondern geschwächt wird.

# 11. Familienleben und Arbeitslosigkeit

Paloma Fernández de la Hoz, Johannes Pfliegerl

---

## Einige Schwerpunkte und offene Fragen

---

Ziel dieses Kapitels ist es, einen Überblick über die wichtigsten Schwerpunkte der Forschung in Österreich bezüglich der Wechselwirkungen zwischen Arbeitslosigkeit und Familienleben anzubieten. Dabei wird auch auf Studien aus Deutschland hingewiesen.<sup>1</sup>

„Familie“ wird dabei als Netz von Beziehungen zwischen Menschen aufgefasst, die entweder zusammen oder sehr nahe – d. h. in engem Kontakt zueinander – leben. Sie betrifft die Partnerschaft, die Eltern-Kinder-Beziehung sowie die Beziehung zwischen Geschwistern und anderen nahen Verwandten oder Mitgliedern des Hauses.

---

## 11.1 Ausmaß eines Problems

---

### 11.1.1 Arbeitslosigkeit heute: Merkmale und soziale Bedeutung

Ein Großteil der westlichen Industrieländer, darunter auch Österreich, wird in den letzten zwei Jahrzehnten mit dem Phänomen anhaltender Arbeitslosigkeit konfrontiert, wobei als Folge bestimmte Teile der Bevölkerung dem Risiko von Verarmung ausgesetzt sind (Foerster 1994; siehe Kap. 11.2.2).

Ein Blick in die Entwicklung der Arbeitslosigkeitsforschung (siehe Kap. 11.1.2) verdeutlicht, dass es in Westeuropa, darunter auch in Österreich, eine enge Verbindung zwischen ökonomischer Entwicklung und sozialen Fragen gibt, die in den unterschiedlichen Perioden entstehen und diskutiert

werden. Konkret sind es die Reaktionen auf das Phänomen der Erwerbslosigkeit, die sich in engem Zusammenhang mit den ökonomischen Rahmenbedingungen verändern. In Zeiten wirtschaftlichen Wachstums, in denen der Wohlfahrtsstaat im öffentlichen Diskurs als eine stabile Errungenschaft galt, war folgende Auffassung weit verbreitet: „*Wer seinen Arbeitsplatz verliert, fällt vielleicht tief, aber er fällt nicht ins Bodenlose*“ (Wacker 1990: 9).

Die soziale Wahrnehmung der Arbeitslosigkeit ändert sich aber in dem Maße, wie dieser Wohlfahrtsstaat in Krise gerät und die Erwerbslosigkeitsraten in den letzten Jahren als Folge wirtschaftlicher Veränderungen im Zuge der Globalisierung zunehmen.<sup>2</sup>

Wurde der Ausschluss aus dem Arbeitsmarkt in den 70er Jahren als isolierter und individueller Vorfall gesehen, so ist einige Jahre später von ‚Risikogruppen‘ die Rede. Erwerbslosigkeit wird zunehmend als prozesshaftes Phänomen verstanden, in dem die Biografien der Betroffenen sowie ihrer Angehörigen mit einbezogen sind.

Die neue Armutforschung ist eine durchaus junge Disziplin, in deren Rahmen selbst zentrale Begriffe, wie ‚Armut‘ oder ‚Ausgrenzung‘ nach wie vor umstritten sind (Kronauer 1998). Über die Erwerbslosigkeit als zentrale Ursache für Verarmung herrscht Konsens. Deshalb gewinnen Phänomene wie Veränderungen im System der sozialen Sicherung sowie die Zunahme der Langzeitarbeitslosigkeit immer mehr an Bedeutung.

Dennoch kommen zum ‚manifesten‘ Wert der Arbeit, konkret der ökonomischen Sicherung des

---

1 Die Begriffe Arbeitslosigkeit und Erwerbslosigkeit werden – wie es in der Arbeitslosigkeitsforschung noch üblich ist – synonym verwendet. Dennoch hat Tálos recht, wenn er dafür plädiert zwischen Erwerbsarbeit und Arbeit im Allgemeinen zu unterscheiden.

---

2 Unter der Perspektive dieser Verbindung zwischen Verarmungsprozessen und staatlichem Handeln ist auch Bachers Anmerkung zu verstehen, dass zwischen dem Zeitpunkt der Erhebung des österreichischen Kindersurvey 1991 und dessen Veröffentlichung Sparmaßnahmen in der Familien- und Bildungspolitik getroffen wurden, die sich höchstwahrscheinlich bei neuen Untersuchungen auch in den Daten zeigen werden (Bacher 1997).



Unterhalts, auch andere ‚latente‘ Werte, zu denen Jahoda folgende zählt: Die Strukturierung der Zeit, die sozialen Beziehungen, die Vermittlung von Status, die Aktivität und die Anbindung an kollektive Ziele. Dies erklärt die hohe Bedeutung von Erwerbsarbeit für die ÖsterreicherInnen und das entsprechende Negativbild dazu, die Bedrohung durch Dauerarbeitslosigkeit.

### 11.1.2 Lebensbereiche im Wandel

Familie und Beruf werden in Österreich sowie in den anderen EU-Ländern als die zwei wichtigsten Lebensbereiche angesehen. Beide sind stark im Umbruch. Beide waren viele Generationen hindurch – wenn auch auf sehr unterschiedliche Weise – Garantie und Grundlage für das persönliche und kollektive Wohl. Wie Cyba in einer Längsschnittstudie zeigen konnte, bleibt „Arbeit und Beruf“ nach der Familie der zweitwichtigste Lebensbereich für die ÖsterreicherInnen. Somit kann weder – wie oftmals in öffentlichen Diskussionen vermittelt wird – von einem Bedeutungsverlust der Familie noch der Berufarbeit die Rede sein. Was sich im Bereich der Berufarbeit verändert hat, wenn auch nicht prägnant, ist eine vormals strenge Leistungsethik, die etwas relativiert wurde. Damit einhergehend wird verstärkt der Wunsch nach einer menschengerechten Arbeit geäußert (Cyba 1996: 32ff; vgl. dazu auch Kap. 8).

Andererseits setzt der aktuelle Arbeitsmarkt auf Individuen und zeigt in hochindustrialisierten Ländern wie Österreich eine ausgeprägte Tendenz zur Erhöhung der Produktivität und der Produktion. Im Rahmen einer zunehmend enger vernetzten Weltwirtschaft wird die Bewahrung und Verbesserung von Standortvorteilen und der Wettbewerbsfähigkeit für unentbehrlich gehalten. Ein relativ geringes Wirtschaftswachstum seit 1993, die Zunahme des Arbeitskräfteangebotes, die Restrukturierung von Betrieben sowie Diskrepanzen zwischen Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt führen zu einer Zunahme der Arbeitslosigkeit in Österreich, insbesondere unter Frauen

und Älteren sowie in Wien (Marterbauer / Walterskirchen 1999).

Das Familienleben ist ebenfalls Änderungen unterzogen, verliert aber deshalb nicht an Bedeutung. Der Wunsch nach einer glücklichen Familie, deren Mitglieder zusammenhalten und ihre Verbindung auf Intimitätswerte (gegenseitiges Vertrauen, Kommunikation) aufbauen, bleibt als Leitbild trotz negativer Erfahrungen im Privatbereich bestehen (Schulz 1996: 139; Fernández de la Hoz 1995: I, 103-106).

### 11.1.3 Auswirkungen der Arbeitslosigkeit – Entwicklung der Wahrnehmung eines Problems

Das Phänomen der Arbeitslosigkeit und ihre konkreten Auswirkungen auf die Betroffenen werden in Westeuropa seit langem untersucht. Die *erste Phase (1930-45)* der Erforschung begann infolge der Weltwirtschaftskrise in den 30er Jahren. Damals entstand in Österreich die für jene Zeit äußerst innovative Studie von Lazarsfeld, Jahoda und Zeisel (1933). Sie war die erste systematische sozialwissenschaftliche und psychologische Untersuchung über Arbeitslosigkeit. Deren Ergebnisse können heute noch als bedeutsamer Denkanstoß helfen, über diese Problematik zu reflektieren, selbst wenn sie nicht auf die gegenwärtige soziale Situation Österreichs übertragbar sind. Die AutorInnen der Marienthal-Studie schafften eine Typologie von Haltungstypen zur Arbeitslosigkeit und versuchten in einem Phasenmodell die Auswirkungen von Erwerbslosigkeit auf die Betroffenen zeitlich abgestuft zu beschreiben.

Das Phänomen der Arbeitslosigkeit gewann in den 70er Jahren nach der Ölkrise erneut an Relevanz. In dieser *zweiten Forschungsphase* richtete sich das Augenmerk vor allem auf die Zusammenhänge zwischen dem Verlust von Erwerbsarbeit und dem psychischen Zustand der Betroffenen. Aufgrund der Art der Untersuchungen (Querschnittstudien und Stichproben) sowie der angewandten Methoden kam es zu überaus un-

terschiedlichen Ergebnissen, je nach untersuchten Gruppen. Insgesamt wurde Arbeitslosigkeit eher individuell und als Ereignis betrachtet, auf das Menschen in bestimmter Form reagieren.

Erst am Beginn der *dritten Forschungsphase (80er Jahre)* ging man dazu über, Arbeitslosigkeit prozesshaft zu sehen. So wurden Längsschnittstudien durchgeführt, anhand derer versucht wurde, die Änderungen im Leben der Arbeitslosen eine gewisse Periode lang – zumindest 18 Monate – zu beobachten. Diese Ausdehnung der zeitlichen Perspektive lenkte die Aufmerksamkeit auf die Situation von ‚*Noch nicht Arbeitslosen*‘ d. h. auf Berufstätige, deren Arbeitsplätze durch die Folgen von Wirtschaftskrisen bedroht waren. Damit wurde die bis zu diesem Zeitpunkt vorherrschende individualistische Perspektive überwunden. Die Frage nach den Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf die Angehörigen der untersuchten Personen gewann an Relevanz.<sup>3</sup>

Im Zuge der ökonomischen Entwicklung der EU-Länder in den *90er Jahren (4. Phase der Arbeitslosigkeitsforschung)* drängen sich in diesem Zeitraum zunehmend brisanter werdende Fragen auf. Dazu zählt etwa die Problematik, wie sich die Erwerbsarbeitschancen von jungen Personen entwickeln werden, die zwar nicht als erwerbslos registriert sind, dennoch den Sprung ins Erwerbsleben nicht geschafft haben. Dies betrifft auch die Frage nach der weiteren Entwicklung der Arbeitslosigkeit von Frauen. All diese Themenfelder bedürfen näherer Untersuchungen.

Zudem gibt es noch relativ wenig Forschungsarbeiten über die Auswirkungen von Dauerarbeitslosigkeit – einem zunehmend bedeutsamer werdenden Phänomen – auf das Leben der Betroffenen.

In den bisher durchgeführten Untersuchungen bestätigen sich allerdings einige zentrale Erkenntnisse immer wieder. So ist wiederholt auf die dop-

pelte Dimension der Arbeitslosigkeit als wirtschaftliche und auch als psychische Bedrohung hingewiesen worden.

Durch länderübergreifende Vergleichsstudien könnten die spezifischen Auswirkungen unterschiedlicher Sozialversicherungssysteme sowie Arbeitsmarktregelungen auf die von Arbeitslosigkeit Betroffenen besser gewertet werden. In neueren Studien gewinnt eine prozesshafte Auffassung des Phänomens Arbeitslosigkeit zunehmend an Bedeutung. Dabei wird in dieser Betrachtungsweise die sogenannte „*andere Seite der Arbeitslosigkeit*“ (d. h., die Zeit vor dem Verlust der Erwerbstätigkeit) immer wichtiger. Zudem erweist sich in vielen, vor allem neueren Untersuchungen, die Bedeutung der eigenen Biografien vor dem Ausschluss aus dem Arbeitsmarkt als ausschlaggebend. Unter diesem Gesichtspunkt ist es um so überraschender, dass Studien, in deren Mittelpunkt Familien stehen, nach wie vor eine Seltenheit bilden. Bereits Lazarsfeld, Jahoda und Zeisel stellten bei ihrem Versuch, die Erfahrung von Arbeitslosigkeit mit der Lebenssituation der Betroffenen in Zusammenhang zu bringen, einige wesentliche Verbindungen zwischen Arbeitssituation und Familienleben fest. Sie kamen in ihrer Untersuchung etwa zu dem Schluss, dass sich die Stabilität bereits gefährdeter Partnerschaften nach dem Verlust einer Arbeitsstelle verschlimmerte.

---

## 11.2 Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auf das Familienleben

---

### 11.2.1 Offene Forschungsfragen

#### 11.2.1.1 Familien im Mittelpunkt

Aufgrund der Bedeutung von Familie zeigt sich, dass es Wechselwirkungen zwischen dem Familienleben und anderen Lebensbereichen wie etwa der Arbeitssituation gibt.

<sup>3</sup> Für eine Zusammenfassung der Ergebnisse im deutschsprachigen Raum, die Forschungsarbeiten bis zum Ende dieser dritten Forschungsphase beschreibt, siehe Silbereisen / Walper 1989.

Bedeutsame Erfahrungen – z. B. Dauerarbeitslosigkeit – welche das Leben eines Menschen prägen, können daher nur verstanden werden, wenn auch die entsprechenden familiären Verhältnisse mitberücksichtigt werden. Darüber hinaus prägen diese Erfahrungen nicht nur das Leben der direkt betroffenen Person, sondern auch das Leben ihrer Angehörigen (Bleyer-Rex et al. 1985: 11-176). Fischer et al. untersuchten die Konsequenzen von Arbeitslosigkeit für österreichische Familien und konnten zeigen, dass es je nach sozialen und familiären Merkmalen der arbeitslosen Personen sowie nach Betroffenheit der einzelnen Haushaltsmitglieder bedeutsame Unterschiede in den ökonomischen Veränderungen sowie in den Bewältigungsformen und -möglichkeiten gibt (Fischer et al. 1990). Diese Zugangsweise hat allerdings noch wenig Echo in der Erforschung von Arbeitslosigkeit gefunden. Studien, in deren Mittelpunkt nicht so sehr Individuen (z. B. erwachsene Arbeitslose) oder soziale Gruppen (z. B. Kinder von Arbeitslosen) sondern Familien stehen, sind nach wie vor rar.

#### 11.2.1.2 Familiäre Vielfalt

In der öffentlichen wie auch wissenschaftlichen Diskussion in Österreich wird Familie nach wie vor sehr oft mit der sogenannten „Kernfamilie“ gleichgesetzt. Dabei werden neu entstandene familiäre Formen oftmals ausgeblendet. Soziologische Studien im deutschsprachigen Raum über Arbeitslosigkeit in der Familie konzentrieren sich meist vorwiegend entweder auf die Auswirkung der Erwerbslosigkeit auf die Partnerschaft oder auf die Eltern-Kinder-Beziehung im Rahmen ehelicher Lebensgemeinschaften. Die besondere Problematik, mit der Familien von AlleinerzieherInnen oder nicht-eheliche Lebensgemeinschaften im Fall von Erwerbslosigkeit konfrontiert werden, ist nach wie vor nicht ausreichend bekannt. Ähnliches gilt für Migrantenfamilien, für die Verwandtschaft oder familiäre Verbindungen oftmals eine andere Bedeutung haben können, als für Personen in ihrem unmittelbaren sozialen Umfeld in Österreich, in dem

sie leben. Diese Vielfalt familiärer Lebensformen und Vorstellungen erfordert Untersuchungen, die den Einfluss wichtiger Faktoren (wie etwa die Auffassung von Geschlechterrollen, die Beziehungen zwischen Eltern und Kindern, die Rolle von Verwandten und Nachbarn) je nach unterschiedliche sozialen Gruppen und sozialem Kontext, näher erforschen.

Die bereits vorhandenen vorwiegend in Deutschland durchgeführten Untersuchungen (vgl. die Untersuchungen von Hornstein et al. 1986, Lambelet 1997, Luedtke 1997) bieten zwar wertvolle Informationen, dennoch ist Vorsicht bei der Übertragung ihrer Ergebnisse auf andere soziale Kontexte geboten. In Österreich wären daher eigene Untersuchungen dringend erforderlich.

#### 11.2.1.3 Längsschnittstudien

Ähnliches gilt für die Frage nach den Schwierigkeiten am Arbeitsmarkt, mit denen Familien konfrontiert werden. Deutsche und österreichische Untersuchungen bestätigen die Bedeutung von Geschlecht, Alter, beruflicher Qualifikation und Dauer der Erwerbslosigkeit für die Erwerbsbiografie (Mohr 1997: 26-42; für Österreich siehe Wiederschwinger et al. 1992). In einer unlängst durchgeführten Studie über Caritas-KlientInnen in Österreich zeigt sich, dass Erwerbslosigkeit die dominante Ursache für soziale Problemlagen unter ihnen ist, wobei deren Dauer eine wesentliche Rolle spielt: *„Plötzlich eintretende Katastrophen spielen als Armutsauslöser eine untergeordnete Rolle, der Weg in die Armut ist eher mit einem stetigen kontinuierlichen Abstieg verbunden“* (Wallner-Ewald 1999: 90, 77). Eine flüchtige Erfahrung von Erwerbslosigkeit hinterläßt kaum Spuren, insbesondere, wenn durch eine neue Stelle der frühere Berufsstatus der Betroffenen nicht beeinträchtigt wird. Die Dauer ist in doppeltem Sinn ausschlaggebend: je länger sie anhält, desto wahrscheinlicher wird das Auftreten von ökonomischen und psychosozialen Problemen. Darüber hinaus kommt es bei längerfristiger Erwerbslosigkeit zu einer wech-

selseitigen Bestärkung zwischen ökonomischen und psychosozialen Defiziten. Durch diese können Individuen und Familien in sehr unterschiedlicher Weise betroffen sein, da eine Vielzahl von Faktoren (wie etwa die Stabilität der Partnerschaft, regionale Zugehörigkeit, Lebensalter etc.) zu unterschiedliche Auswirkungen führen können. Dies macht es notwendig, Angehörigen verschiedener sozialer Gruppen (z. B. ManagerInnen, IndustriearbeiterInnen) näher zu kommen, sowie Längsschnittstudien durchzuführen, die es erlauben, besser zwischen kurzfristigen und langfristigen Auswirkungen von Erwerbslosigkeit zu unterscheiden.

### 11.2.2 Betroffene Familien in Zahlen

Die Zahl der als arbeitslos vorgemerkten Personen in Österreich ist in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen. Waren 1989 im Jahresdurchschnitt insgesamt 149.177 Personen als arbeitslos vorgemerkt, so lag diese Zahl im Jahresdurchschnitt 1998 bereits bei 237.794. Die Arbeitslosenquote ist somit von 5% im Jahr 1989 auf 7,2% 1998 angestiegen.<sup>4</sup> Die Arbeitslosenquote der Frauen war dabei stets etwas höher als jene der

Männer. Sie betrug bei Frauen 1998 7,5% (1989 5,5%), während sie bei Männer bei 6,9% lag (1989 4,6%).<sup>5</sup> Betrachtet man die regionale Verteilung der Arbeitslosigkeit in Österreich, so zeigen sich deutliche Unterschiede. Während die Arbeitslosenquote im Burgenland im Jahresdurchschnitt 1998 9,9% und in Kärnten und Wien jeweils 9,6% beträgt, so liegt der vergleichbare Anteil in Oberösterreich bei 5,3% und in Salzburg bei 5,2%.

Zusätzlich detaillierten Aufschluss über das Ausmaß des Phänomens Arbeitslosigkeit gibt die Zahl der in einem Jahr mindestens einmal von Arbeitslosigkeit betroffenen Personen. 1997 waren dies 705.000 Personen (21,4% aller unselbständig Beschäftigten), davon 411.100 Männer (58,4%) und 293.300 Frauen (41,6%); (26,6% nach Hawlik 1998: 1012). Zwischen 1990 und 1996 ist die Betroffenenquote von 18,3% auf 21,6% angestiegen, 1997 erstmals um 0,2% gesunken. In bezug auf die Bildungssituation der von Arbeitslosigkeit betroffenen Personen zeigt sich, dass 83 % keine über Lehre oder Pflichtschule hinausgehende Ausbildung vorweisen können.

---

4 In diesem Zusammenhang ist jedoch zu berücksichtigen, dass diese seit Jahrzehnten in Österreich üblichen Berechnung der Arbeitslosenquote nicht der international empfohlenen und gängigen Berechnungsweise entspricht und daher für internationale Vergleiche auch nicht geeignet ist. Die international vorgegebene Methode der Berechnung (Labour Force Konzept), wie sie etwa von EUROSTAT durchgeführt wird, bezieht im Unterschied zu jener bisher in Österreich durchgeführten Vorgehensweise auch Selbständige und mithelfende Angehörige sowie geringfügig Beschäftigte in die Basiszahl mit ein. Als Arbeitslos gelten daher alle nicht erwerbstätigen Personen, die aktiv (auch ohne Arbeitsamt) Arbeit suchen und diese Arbeit auch sofort antreten können. Aufgrund der sich aus dieser Methode der Berechnung ergebenden höheren Zahl von Erwerbstätigen und der geringeren Arbeitslosenzahl liegt diese durch den Mikrozensus erfassten und international vergleichbare Quote deutlich unter der AMS-Quote. Lag die Jahresdurchschnittsquote 1997 nach Berechnung des AMS bei 7,1%, so beträgt sie nach dem Labour Force-Konzept vergleichsweise nur bei 4,6% für den entsprechenden Vergleichszeitraum (Hawlik 1998: 1018f.). Da jedoch noch keine Jahresdurchschnittsdaten nach dem Labour Force-Konzept für das Jahr 1998 vorliegen, wird in diesem Artikel auf Daten des AMS Bezug genommen.

5 Tatsächlich ist der Anteil der arbeitslosen Frauen noch höher. Eck hat in seiner Dissertation hingewiesen, dass arbeitssuchende Frauen neben Jugendlichen in der Statistik des AMS unterrepräsentiert sind, weil bestimmte Gruppen nicht entsprechend erfasst werden. Dazu zählen Frauen, die nach Unterbrechung der Erwerbstätigkeit wieder berufstätig sein wollen, weiters Schul- und Universitätsabgängerinnen oder Lehrstellensuchende, die den Ersteintritt in den Arbeitsmarkt nicht schaffen. Auch Frauen, die vor der Arbeitslosigkeit beschäftigt waren aber unter der Geringfügigkeitsgrenze der Sozialversicherung lagen, werden in dieser Statistik nicht entsprechend repräsentiert. Ebenso werden Frauen, die sich nach Ablauf der Anspruchsberechtigung nicht mehr beim Arbeitsamt melden, nicht mehr als arbeitslos erfasst. Hier wird, so Eck, eine frauendiskriminierende Bestimmung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AIVG) wirksam, demnach im Unterschied zu Männern nur für Frauen die Rechtsvermutung aufgestellt wird, dass der vollverdienende Ehegatte eine Notlage ausschließt (Eck 1994: 111f.).

Betrachtet man die Altersstruktur der Erwerbslosen, so zeigt sich, dass Jugendliche zwischen 19 und 25 Jahren sowie ältere ArbeitnehmerInnen über 50 Jahren davon besonders betroffen sind. Bei diesen beiden Gruppen zeigen sich jedoch unterschiedliche Problemlagen. War der Anteil der von Arbeitslosigkeit zumindest einmal betroffenen Jugendlichen 1997 zwischen 19 und 25 Jahren (31,5%; Quelle: AMS) um einiges höher als etwa bei den über 50jährigen (20,5%), so haben letztere eine deutlich höhere Dauer der Arbeitslosigkeit aufzuweisen. 19- bis 24jährige junge Erwerbslose finden im Durchschnitt nach 92 Tagen wieder eine Arbeitsstelle, während 55- bis 59jährige erst nach durchschnittlich 177 Tagen wieder ein Beschäftigungsverhältnis eingehen können.

Die Wiederbeschäftigungschancen älterer Erwerbsloser sind in den letzten Jahren deutlich gesunken. Dies zeigt sich auch bei Betrachtung der Struktur der Langzeitarbeitslosigkeit. Der Anteil der Langzeiterwerbslosen steigt mit zunehmenden Alter kontinuierlich und nimmt bei den über 50jährigen überdurchschnittlich zu. 1997 waren 187.000 Personen (davon 94.000 Männer und 93.000 Frauen) über sechs Monate arbeitslos, was einem Anteil von 27,3% an allen Arbeitslosen bedeutet. Der Anteil der Frauen an den Langzeiterwerbslosen ist mit 31,7% deutlich höher als jener der Männer bei denen er 22,9% umfasste. Der Anteil der über 50jährigen Langzeiterwerbslosen an der Gesamtzahl der Erwerbslosen ihrer Altersgruppe betrug 1997 bereits 49%, während er bei 25- bis 29jährigen vergleichsweise nur bei 21,1% lag (Bundesministerium für Arbeit 1998: 30-37).

Über die familiäre Situation der von Arbeitslosigkeit Betroffenen und deren Angehörigen lassen sich allerdings anhand der regelmäßig durchgeführten Berichte über die Arbeitsmarktsituation in Österreich kaum Rückschlüsse ziehen. Zudem wurden in Österreich bisher kaum quantitative Detailstudien mit dem Ziel durchgeführt, die sozioökonomische Situation der von Arbeitslosigkeit betroffenen Familien näher zu beschreiben.

Allerdings lassen sich anhand einer Detailauswertung des Mikrozensus 1993 über die Einkommenssituation der von Arbeitslosigkeit betroffenen Haushalte zumindest gewisse Vermutungen über die Lage von betroffenen Familien ziehen. In dieser Studie wurde nachgewiesen, dass sich die finanzielle Situation von Haushalten im Fall von Arbeitslosigkeit massiv verschlechtert. Konkret weisen nach Angaben dieser Studie 46% aller Haushalte mit einem erwerbslosen Haushaltsvorstand ein Pro-Kopf-Einkommen von höchstens 6.200 öS auf. Im Vergleich dazu beträgt dieser Anteil bei Haushalten mit einem unselbständig erwerbstätigen Haushaltsvorstand nur 10%. Früher als Arbeiter beschäftigte Haushaltsvorstände erreichen nur mehr knapp 69% der in allen Arbeiterhaushalten erzielten Pro-Kopf-Einkommen. Bei früheren Angestellten beträgt dieser Anteil sogar nur 55% (Wolf 1995: 442f.). Diese Daten können zumindest als aussagekräftiges Indiz dafür gewertet werden, dass von Arbeitslosigkeit betroffene Familien in Österreich mit massiven ökonomischen Einschränkungen zu kämpfen haben.

### 11.2.3 Auswirkungen auf die familiäre Gruppe – ökonomische und psychosoziale Belastung

Einkommensverlust und psychosoziale Belastungen für die gesamte Familie sind die häufigsten und bedeutsamsten Folgen von Arbeitslosigkeit. Wie sich diese auswirken, hängt von den konkreten familiären Umständen ab. Dabei muss allerdings mit berücksichtigt werden, dass nicht alle Langzeiterwerbslose als solche registriert sind. Anhand einer exemplarischen Analyse über SozialhilfeempfängerInnen der Stadt Linz (siehe Kap. 3.3) zeigt sich, dass die meisten von ihnen nur für kurze Zeit öffentliche Sozialleistungen in Anspruch genommen haben (Stelzer-Orthofer 1996). Einige finden nach einer kurzen Periode der Arbeitslosigkeit wieder eine neue Beschäftigung am Arbeitsmarkt. Andere hingegen beziehen nur für kurze Zeit, manche sogar überhaupt keine Sozialhilfe, da

ihre Erwerbslosigkeit „unsichtbar“ geworden ist. Dies gilt etwa für verheiratete Frauen oder Jugendlichen, die nach einiger Zeit auf eine weitere Arbeitssuche verzichten und zu Hause bleiben.

Zu jenen Risikogruppen, die besonderen finanziellen und psychosozialen Belastungen infolge von Arbeitslosigkeit ausgesetzt sind, zählen nach wie vor alleinstehender Mütter, Familien mit vielen Kindern sowie Familien, in denen die (früheren) Verdienner minderqualifiziert sind. Dieser schon seit Jahren festgestellte Tatbestand (Silbereisen / Walper 1989: 538) deckt sich auch mit den Ergebnissen neuer österreichischer Untersuchungen. So zeigt sich etwa, dass jene Kinder, die am meisten von Einkommensarmut – und ihren Konsequenzen – bedroht werden, in oben erwähnten Familienformen oder in kleinen Gemeinden bis zu 2.000 Einwohnern leben (Bacher 1997: 43f.). Bei Alleinerzieherfamilien kommt es besonders in sozialen Krisensituationen zu einer sichtbar hohen psychischen Belastung (Wallner-Ewald 1999: 86).

Die Auswirkungen der Erwerbslosigkeit auf die Wohnsituation der Familien wird in einigen Studien sehr deutlich hervorgehoben. Zilian und Fleck fanden in ihrer Untersuchung über Familien aus Leoben eine „erzwungene Intimisierung“ bei Menschen, die „aufgrund der schichtspezifischen Verteilung der Arbeitslosigkeit quantitativ und qualitativ schlechtere Wohnverhältnisse haben“. Dabei zeigt sich: „Dort, wo es wenig lebendig hergeht, kann sich anstelle eines nervlich strapaziösen Chaos eine kaum weniger anstrengende Langweile ausbreiten. All dies läßt der häuslichen Zweisamkeit, der Partnerschaft und dem gesamten Familiensystem eine gewaltige Bürde auf“ (Zilian et al. 1990: 126).

Neue Untersuchungen weisen auf Zusammenhänge zwischen psychischer Belastung durch Erwerbslosigkeit und Wohnen. Wenn den meisten Betroffenen „Das Zuhause sein auf die Nerven geht“ (Kieselbach 1998: 94f.), ist nicht irrelevant, in welchen Wohnungen Menschen ihre Zeit verbringen.

#### 11.2.4 Spezifische Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auf die Familienmitglieder

Bei einem Vergleich zwischen deutschen Langzeiterwerbslosen ohne Chance auf Rückkehr in den Arbeitsmarkt und anderen, denen ein Wiedereinstieg in das Berufsleben gelang, zeigte sich, dass erstere einen durchschnittlich schlechteren Gesundheitszustand aufzuweisen hatten als die zweite Gruppe. Je länger die Erwerbslosigkeit andauerte, desto deutlicher wurde dieser Unterschied (Brinkmann 1987). Dieses Ergebnis deckte sich mit Untersuchungen aus anderen Ländern (Fineman 1987). Heute herrscht Konsens darüber, dass dauerhafte Erwerbslosigkeit negative psychosoziale und gesundheitliche Konsequenzen hat. Umstritten bleibt hingegen, ob und inwieweit bestimmte Gruppen – wie etwa ältere Arbeitnehmer oder Frauen – spezifische Beeinträchtigungen erleiden. Gerade die zuvor erwähnten Gruppen erweisen sich in der von Wiederschwinger et al. durchgeführten Längsschnittstudie als besonders betroffen (Wiederschwinger et al. 1992). In der Forschung über Arbeitslosigkeit hierzulande ist noch wenig bekannt, wie die spezifische Situation von Kindern und Adoleszenten sowie von alleinstehenden Männern aussieht. Dennoch gibt es Indizien dafür, dass auch sie von dauerhafter Erwerbslosigkeit schwer betroffen werden. Leben und Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen werden aufgrund der mit den Folgen von Arbeitslosigkeit einhergehenden Verschlechterungen des Familienlebens oft negativ beeinflusst. Das Problem alleinstehender Männer hingegen liegt vielmehr in ihrer „Familienlosigkeit“, d. h. in ihrer Einsamkeit, die besonders dann zu einem Problem wird, wenn sie mit schwerwiegenden außerhäuslichen Problemen konfrontiert werden.

##### 11.2.4.1 Männer und Frauen:

Die Gender-Dimension der Arbeitslosigkeit Sowohl der Arbeitsmarkt als auch das Familienleben entwickeln sich auf Basis bestehender Auf-

fassungen von Geschlechterrollen. Daraus resultieren komplexe Wechselwirkungen zwischen Erwerbstätigkeit (bzw. Erwerbslosigkeit) von Frauen und Männern und deren familiären Verhältnissen. (siehe Band II, Familien und Arbeitswelt). Hier wird auf eine nähere Ausführung dieser Problematik verzichtet, allerdings auf eine noch offene Diskussion in der Arbeitslosigkeitsforschung eingegangen, deren politische Relevanz unüberschaubar ist. Dabei geht es um die Bewertung der Betroffenheit von Frauen durch Arbeitslosigkeit. Im Zentrum steht die Frage, ob diese weniger als Männer beeinträchtigt werden, da sie neben der Erwerbstätigkeit eine alternative Rolle als Hausfrau und Mutter einnehmen können (für diese Diskussion siehe Mohr 1997: 63-99).

Einige Untersuchungen, die deutliche Unterschiede in der Reaktion von Männern und Frauen auf den Status der Erwerbslosigkeit feststellten, scheinen diesen Kompensationsansatz zu unterstützen. Eine genauere Analyse zeigt, dass diese Ergebnisse allerdings nicht frei von Widersprüchen sind. Zudem korrespondieren sie nicht mit Erkenntnissen der epidemiologischen Forschung. Unabhängig ob Frau oder Mann, Erwerbslose sind gegenüber Erwerbstätigen in einem schlechteren psychischen Gesundheitszustand.

Darüber hinaus zeigen Frauen andere Reaktionen auf die Situation der Erwerbslosigkeit als Männer (Fischer-Kowalski et al. 1986: 9), wobei ihr Verhalten von ihrer Erfahrung am Arbeitsmarkt, von der Rollenverteilung in ihrer Familie (Zilian et al. 1990: 131) und ihrer familiären Situation (z. B., ob sie junge Mütter sind oder nicht) abhängt. Diese Unterschiede werden in Studien über homogene Gruppen, wie etwa IndustriearbeiterInnen einer bestimmten Gegend, deutlich (Mohr 1994). Ob sich diese allerdings mit Hilfe einer Kompensationstheorie erklären lassen, die von fest vorgegebenen Geschlechterrollen ausgeht, ist fraglich. Um die erwähnten Differenzen zwischen Frauen zu erklären, erscheint es viel sinnvoller, eine Vielfalt von Faktoren zu prüfen, wie etwa den Stellenwert des Einkommens oder

auch kompensatorische Aspekte (z. B. den Stellenwert der Tatsache, sich im Fall von Erwerbslosigkeit dem Haushalt und der Familie intensiver als vorher widmen zu können). Letztere sollten aber in ihrem sozialen und familiären Kontext analysiert werden, ohne zu vergessen, dass „kurzfristig entlastende Wirkungen langfristig erschwerende Bedingungen beinhalten können“ (Mohr 1997: 98).

Einige Studien haben die Bestätigung erbracht, dass bei Männern Erwerbstätigkeit und Berufsstatus einerseits und Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit andererseits eng miteinander verbunden sind. Bleyer und Rex konnten für Deutschland zeigen, dass Männer, die ihre Identität vorwiegend auf ihrer Rolle als „Familienernährer“ gründeten, sich in Folge von Erwerbslosigkeit stark geschwächt fühlten (Bleyer-Rex et al. 1985: 128).

Eine aktuelle Untersuchung über die Betroffenheit von Männern durch Erwerbslosigkeit könnte zeigen, wann Männer ihre Identität aus ihrem Erwerbsstatus beziehen und inwieweit sie dies tun. Gleichzeitig sollte berücksichtigt werden, inwieweit eine Relativierung dieses Status hilft, Erwerbslosigkeit besser zu überwinden. Andere Lebensbereiche wie etwa das Familienleben können dabei kompensatorisch wirken, wie anhand der Biografien von Frauen als auch Männern gezeigt werden kann.

Obwohl die Situation von alleinstehenden Männern besonders problematisch ist, stehen diese im Schatten der Armutsdebatte. Bei der bereits erwähnten Caritas-Studie sind 70% dieser Männer arbeitslos und 20% können aufgrund mangelnder Gesundheit nur Teilzeitbeschäftigungen bzw. Gelegenheitsarbeiten wahrnehmen: „Die Situation alleinstehender Männer im Armutsbereich ist somit häufig von Vereinsamung und mit fortschreitender Dauer auch einem Verlust sozialer Fähigkeiten und zunehmender Verwahrlosung geprägt. Sie stellen vielleicht die materiell, institutionell und gesellschaftlich am stärksten von sozialer Ausgrenzung bedrohte Gruppe dar“ (Wallner-Ewald 1999: 89; vgl. Denz et al. 1990).

Bei weiteren Untersuchungen über die Auswirkungen von Erwerbslosigkeit auf Frauen und Männern darf zudem der gesamte sozio-ökonomische europäische Lebenskontext, in dem Familien heute leben, nicht übersehen werden. Trotz der gegenwärtigen Krise auf dem Arbeitsmarkt nimmt die Erwerbstätigkeit der Frauen in Europa stark zu. Dies schließt aber nicht aus, dass insbesondere sie von Erwerbslosigkeit, Unterbeschäftigung und zunehmend unsicheren Beschäftigungsverhältnissen betroffen werden (Maruani 1995; vgl. auch Immerfall 1997: 114; für die Situation in Österreich Kreimer 1995). Die aktuelle wirtschaftliche Konjunktur unterstützt einen Arbeitsmarkt und auch ein Arbeitsrecht, die in Europa „für auf Männer zugeschnittene Beschäftigungsmuster“ ausgerichtet wurden (Supiot 1998: Abs. 649).

In Folgeuntersuchungen sollte zudem die Entwicklung der Geschlechterrollen in Westeuropa berücksichtigt werden. Die Berufstätigkeit von Frauen wird hierzulande mehrheitlich akzeptiert. Die Geschlechterrollen ändern sich im Privatbereich jedoch langsamer als in der Öffentlichkeit. Offene, noch nicht befriedigende Lösungen – die Betreuung von Kleinkindern – bestärken diese Tendenz (Fernández de la Hoz 1995: I, 145-151). Darüber hinaus gibt es in Österreich sehr unterschiedliche Auffassungen über Geschlechterrollen, wie konkret in den Arbeiten über Erwerbslosigkeit von Fischer-Kowalski et al., Zilian und Fleck oder auch Wiederschwinger ersichtlich wird.

#### 11.2.4.2 Der Faktor Alter

##### ► Kinder und Jugendliche

Sowohl in der Familien- als auch in der Armuts- und in der Migrationsforschung werden Kinder und Jugendliche selten als eigenständige Gruppe betrachtet. Meistens stehen Erwachsene im Vordergrund des wissenschaftlichen Interesses. Die Situation von Kindern und Heranwachsenden wird meist nur im Hintergrund beleuchtet. Studien über die Effekte von Arbeitslosigkeit auf Familie, d. h.

einer Lebensgemeinschaft, in der alle Mitglieder Subjekte sind, selbst reagieren und handeln, gibt es bisher kaum. Selten werden Kinder und Jugendliche als Mitglieder einer Familie selbst nach ihren Erfahrungen gefragt.

„Was genau zu Hause passiert, was Armut und elterliche Arbeitslosigkeit für das private Leben von Kindern bedeutet, kann nicht definitiv beantwortet werden“ (Grotenhuis 1990; zit. in Neuberger 1997: 79).

Aufgrund des zentralen Stellenwerts, den Familie für das Leben von Kindern und Adoleszenten hat, scheint es sinnvoll zu sein, sich damit zu beschäftigen, was in ihnen vorgeht, wenn die Erwachsenen zu Hause mit Arbeitslosigkeit konfrontiert werden. Die familiäre Gruppe vermag – so zeigt sich – diese für viele schwierigen Erfahrung entweder zu verschärfen oder zu relativieren.

In Österreich sind Kinder von Einkommensarmut stärker gefährdet als andere Personengruppen (Lutz et al. 1993). Dies ist auf sozialstrukturellen Ursachen zurückzuführen (Bacher 1997: 44). Auch in Deutschland weisen Berichte des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes und des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) aus den Jahren 1989 bis 1994 alarmierende Zahlen über Einkommensarmut, Wohnraumversorgungsquoten, Armutsbetroffenheit unter 15-jähriger sowie Sozialhilfebezug durch unter 15-jährige aus und verdeutlichen die überproportionale Betroffenheit von Kindern (Schmidt et al. 1995).

Das Wissen über Umfang, Struktur und Auswirkungen von Kinderarmut in Österreich ist dennoch unzureichend (Bacher 1997: 39, 41). Auf Basis des empirischen Datenmaterials des Österreichischen Kindersurveys 1991 wurden der Anteil der von Einkommensarmut gefährdeten Kinder bis zum 10. Lebensjahr sowie die Ursachen für die unterschiedliche Betroffenheit in Österreich analysiert. In Hinblick auf die Erfahrung von Erwerbslosigkeit in der eigenen Familie ist die von Bacher getroffene Unterscheidung zwischen „objektiver“ und „subjektiver“ Betroffenheit von Kindern be-



deutsam: Zwischen deren Wohlbefinden und der Verarmung der Familie besteht seinem Befund nach kein Zusammenhang. Die Annahme, dass die Befriedigung der Handlungsbedürfnisse kleinerer Kinder von der Verfügbarkeit anderer, nicht-monetärer Ressourcen abhängt, deckt sich mit Untersuchungen über ältere von Erwerbslosigkeit betroffenen Kindern bzw. Jugendlichen. In diesen Studien zeigen sich deutliche Verbindungen zwischen Konsummöglichkeiten und Sozialisierungsprozessen (eine Zusammenfassung dieser Studien im deutschsprachigen Raum befindet sich in Neuberger 1997).

Jüngere Menschen zwischen 10 und 18 Jahren werden heute mit gemeinsamen Erfahrungen wie etwa dem Prozess ihrer sexuellen und psychischen Reife, ihrer Eingliederung in den Arbeitsmarkt etc. konfrontiert. Im Kontext pluralistischer Gesellschaften kann dennoch kaum über ‚die Jugend‘ in der Einzahl gesprochen werden. Die Praxis im Alltag gibt Anlass zur Vermutung, dass die am Arbeitsmarkt relevanten Chancenunterschiede – wie etwa die Ausbildung, das Geschlecht, das Herkunftsland – auch bei der Erfahrung von Erwerbslosigkeit bedeutsam werden. Die Tragweite dieser Variablen im Falle langfristiger Erwerbslosigkeit ist bisher dennoch wenig bekannt.

#### ► Junge Frauen

Seit Jahren gibt es in Deutschland durchgeführten Studien Indizien dafür, dass sich Arbeitslosigkeit auf junge Männer und Frauen unterschiedlich auswirkt. Dietzinger et al. fanden in einer in München durchgeführten Untersuchung, dass Arbeitslosigkeit bei Mädchen nicht nur zu einer Orientierungskrise bei ihnen sondern auch zu Konflikten in der Beziehung zur Familie und zum Freund führten. Die starke Diskrepanz zwischen Berufsinteressen und realen Chancen fördert einen mehrfachen Orientierungswechsel in der Prioritätensetzung zwischen Hausarbeit, Familie und Beruf (Dietzinger et al. 1983). Vergleichende Studien zwischen jungen Männern und Frauen zeigen, dass für

sie die Auswirkungen der Erwerbslosigkeit meist noch gravierender sind. Diese Erfahrungen führen zu einer stärkeren Einengung, zur Abhängigkeit von der Familie und zur Unterordnung unter den Freund. Die Entwicklung eigener Bedürfnisse und Interessen wird dabei entscheidend behindert (Bilden 1984), während konservative Leitbilder bestärkt werden (Reinbold 1985: 36-46). Auch Schindler / Wetzels konnten nachweisen, dass Töchter von Arbeitslosen signifikant häufiger als Söhne unter emotionalen Belastungen in sozialen Beziehungen zu Gleichaltrigen litten und Probleme bei der Freizeitgestaltung sowie in ihren Beziehungen zu Erwachsenen hatten (Schindler / Wetzels 1985b: 70-80; Schindler / Wetzels 1985a). Über die unterschiedliche Betroffenheit von Jugendlichen durch Erwerbslosigkeit in der Familie ist insgesamt allerdings noch wenig bekannt.

---

## 11.3 Mit dauerhafter Arbeitslosigkeit leben

---

### 11.3.1 Innerfamiliäre Dynamik

Meist wird versucht, Arbeitslosigkeit durch unterschiedliche Strategien innerhalb von Familien zu bewältigen, um die durch diese Situation entstandenen neuen Rahmenbedingungen besser überwinden zu können.

In vielen Fällen bieten Familien den Individuen emotiven Rückhalt und erweisen sich bei wandelnden sozialen Rahmenbedingungen – konkret im Fall von Erwerbslosigkeit – als anpassungsfähig (Bleyer-Rex et al. 1985, Luedtke 1997, Zilian 1990: 138). Dies bedeutet jedoch nicht, dass sie ungünstige Lebensumstände, wie etwa Schwierigkeiten am Arbeitsmarkt, Verarmungsprozesse und deren Konsequenzen, beseitigen können. In dieser Hinsicht gilt nach wie vor die Warnung vor *„der romantischen Idee, daß die Zuneigung und die Loyalität der unmittelbaren Bezugspersonen die psychologischen Kosten der Arbeitslosigkeit irgendwie kom-*

*pensieren könnten*“ (Zilian et al. 1990: 122). Eine solches Bild des Familienlebens käme nicht nur einer Idealisierung gleich, es würde auch eine scharfe Trennung zwischen – dem „angeblich problemlosen“ – Privatbereich und – dem „konfliktbeladenen“ – öffentlichen Leben setzen. Tatsächlich zeigen sich immer wieder komplexe Wechselwirkungen zwischen beiden Lebensbereichen (vgl. Luedtke 1997). Erwerbslosigkeit von Familienmitgliedern stellt das Beziehungsgefüge in der Familie vor Herausforderungen, denen es oft nicht gewachsen ist. Zudem erweisen sich eine länger anhaltende Entkoppelung vom Arbeitsmarkt und der Mangel an beruflichen Perspektiven in vielen Fällen als schwere Belastungen für die Aufnahme oder den Fortbestand von Partnerschaften (Esser 1984, Bleich / Witte 1992).

Selbst wenn es Familien gelingt, zusammen zu halten und gemeinsam Strategien gegen die negativen Konsequenzen von Erwerbslosigkeit zu entwickeln, bedeutet dies nicht, dass sie bestehende Lücken im öffentlichen Bereich oder im Sozialversicherungssystem ausfüllen können. Antworten auf strukturelle Benachteiligungen können nicht bloß im Privatbereich gefunden werden. Dies führt häufig zu einer Überforderung von Familien.

Bei der Erfahrung von langfristiger Erwerbslosigkeit stehen finanzielle Probleme im Vordergrund, wobei Familien sich darum bemühen, diese Deprivationen zu bewältigen. In einer in Bremen durchgeführten Studie wurde festgestellt, dass die mit Arbeitslosigkeit einhergehenden finanziellen Einschränkungen alle Mitglieder der Familie betrafen und sich auf alle Bereiche des Familienlebens auswirkten. Dazu zählte auch die Ehebeziehung. Die meisten Frauen setzten alles daran, damit ihre Männer wieder Arbeit fanden. Einige versuchten, ihre Männer durch besondere Nähe und Ermutigung zu unterstützen, während andere Frauen wiederum durch Entzug von Zuwendung hofften, diese anspornen zu können. Auch die Erwartungen der Männer ihren Frauen gegenüber änderten sich und erwiesen sich meist als widersprüchlich: Einerseits erhofften sie von ihren Frauen Verständ-

nis für ihre Situation, andererseits erwarteten sie, dass diese ihnen bei ihrer Arbeitssuche helfen sollten (Bleyer-Rex et al. 1985: 128f.).

Fischer-Kowalski et al. beobachteten in ihren Untersuchungen ein weites Spektrum von Familien. In einigen führte die Erwerbslosigkeit allmählich zu einer Neudefinition der Hausarbeit zwischen Eheleuten, in anderen kam es zu Partnerkonflikten oder zu einer Verfestigung alter Muster von Geschlechterrollen (Fischer-Kowalski et al. 1986: 15).

Eine andere Längsschnittstudie wiederum zeigte, dass es Familien aus der Mittelschicht besser als Arbeiterfamilien gelang, die negativen Konsequenzen der Erwerbslosigkeit zu bewältigen (Hornstein et al. 1986).

Diese und ähnliche Untersuchungen geben allerdings keine eindeutigen Antworten auf die Frage, wie generell mit Erwerbslosigkeit umgegangen wird – konkret, wie und inwieweit bestimmte soziale Faktoren das Verhalten der Betroffenen beeinflussen. In der aktuellen wissenschaftlichen Debatte sind sie vielmehr als Denkanstöße zu betrachten, um die Bedeutung unterschiedlicher Faktoren – wie etwa Bildung – in verschiedenen sozialen Kontexten detaillierter zu beobachten.

### 11.3.2 Veränderungen zu Hause

Wie Familien ihre eigene Situation wahrnehmen, ist ausschlaggebend, um die durch Erwerbslosigkeit entstehenden Veränderungen bewältigen zu können. In einer vergleichenden Untersuchung, die an frühere US-Forschungen anknüpft, wurde anhand von Daten aus Westberliner und Warschauer Längsschnittstudien aus den Jahren 1982 und 1985 der Einfluss des Familieneinkommens auf den Familienzusammenhalt untersucht. Während in Westberliner Familien eine Korrelation zwischen Einkommensverlust und zunehmendem Familienstress zu beobachten war, konnte dieser Zusammenhang bei polnischen Familien nicht bestätigt werden. Dies lässt sich dadurch begründen, dass in diesem Land familiäre Verarmung meist auf äußere Faktoren (z. B. die ökonomische Lage, die Infla-

tion) zurückgeführt wird. Dies relativiert den Stellenwert des individuellen Handelns und jenen von psychischen Belastungen (wie etwa Gefühle der Schuld und des Versagens). Nach diesen Ergebnissen scheint die Deutung von Verarmung bzw. von Einkommensverlust die weitere Entwicklung des Familienlebens der Betroffenen zu beeinflussen. Diese Vermutung bleibt dennoch zu prüfen (Walper / Silbereisen 1994).

Erwerbslosigkeit wird in Familien insbesondere dann als bedrohendes Ereignis wahrgenommen, wenn die Ansprüche ihrer Mitglieder nicht realisierbar sind (Frustration von sozialen Erwartungen). Dies führt in der Folge sehr oft zu Krisen. Ein hoher Anpassungsgrad, eine starke Kohäsion der familiären Gruppe sowie geringerer Traditionalismus, geringer Materialismus und hohes Verantwortungsgefühl fördern weniger konfliktgeladene Bewältigungsstrategien.

Die Reaktionen jedes einzelnen – darunter auch jene jüngerer Menschen – auf die Erfahrung von Erwerbslosigkeit hängen u. a. vom Lebensabschnitt ab, in dem die Betroffenen mit dieser Situation konfrontiert werden. Selbst wenn Erwachsene versuchen, ihre Kinder vor den Konsequenzen von Arbeitslosigkeit zu schützen, bekommen diese die damit verbundenen Auswirkungen entweder indirekt (z. B., wenn sie mit zunehmenden Spannungen zwischen den Eltern konfrontiert werden) oder direkt (z. B., wenn sie auf manches verzichten müssen) zu spüren.<sup>6</sup>

Je älter Kinder werden, desto gravierender sind die Auswirkungen von Einkommensgefährdung. Dies hängt unter anderem damit zusammen, dass es mit zunehmenden Alter bedeutsamer wird, nicht

nur Status symbolisierende Dingen gebrauchen oder ausborgen zu können sondern diese auch zu besitzen.

Dies hat die Funktion den eigenen (Normalitäts-)Status zu signalisieren. Sehr oft sparen Familien mit einem erwerbslosen Erwachsenen, indem sie sich aus der Öffentlichkeit zurückziehen. Das spüren vor allem junge Menschen, für die mit zunehmendem Alter wichtige Sozialisationsprozesse (Freunde zu treffen, ins Kino zu gehen etc.) außerhalb der eigenen Wohnung stattfinden.

#### ► Wohnen

Bleyer-Rex, Mergeay und Schindler wiesen bereits 1985 auf die Bedeutung der Wohnverhältnisse hin. In ihrer Studie über arbeitslose Familien stellten sie fest, dass die Wohnungen der Betroffenen in ihrer Größe, Einteilung und Einrichtung für ein Leben in Arbeitslosigkeit nur wenig funktional waren. Die Knappheit an Platz hinderte die Paare daran, getrennten Tätigkeiten nachzugehen. Außerdem verfügten diese über keine Rückzugsmöglichkeiten. So kam es in vielen Fällen zu der paradoxen Situation, dass mit zunehmender räumlicher Nähe das persönliche Verhältnis zwischen den Ehepartnern distanzierter wurde und sich gleichzeitig das Konfliktpotential zwischen ihnen erhöhte (Bleyer-Rex et al. 1985: 128).

Die mit Erwerbslosigkeit einhergehende Einkommensgefährdung hat oftmals Sparmaßnahmen in der Wohnung (etwa bei Heizung und Elektrizität) sowie finanzielle Schwierigkeiten bei der Bezahlung der Miete zur Folge. Dies zwingt manche, in billigere Wohnungen zu übersiedeln, was allerdings nicht immer leicht ist.<sup>7</sup> Erwerbslose, die zu

6 Ein Vergleich zwischen Kindern von Arbeitslosen und Kindern berufstätiger Eltern hat beispielsweise gezeigt, dass es erstere schwerer fällt, auf ihr Taschengeld verzichten zu müssen (Neuberger 1997).

7 So stellen Alisch und Dangschat für Hamburg fest: „Der soziale Wohnungsbau beruht auf der Annahme, daß die eingeplanten, finanzierungsbedingten Mieterhöhungen der geförderten Wohnungen parallel zur Entwicklung der Einkommen steigen werden. Aber gerade diejenigen Menschen, die auf den geförderten Wohnungsbau angewiesen sind, leiden seit den 80er Jahren unter dem Strukturwandel am Arbeitsmarkt. Während sich ihre Einkommenskurven relativ nach unten bewegten, stiegen die Mietpreise überproportional“ (Alisch, Minika / Dangschat, Jens 1998: 149; vgl. mit Situation in Österreich in: Vollmann 1998: 289-297).

einer Übersiedlung gezwungen werden, müssen meist eine schlechtere Wohnung und ein schlechteres Wohnumfeld in Kauf nehmen. Vor allem Kinder leiden unter dieser Situation, insbesondere dann, wenn sie die Schule wechseln und somit auf ihren vertrauten Freundeskreis verzichten müssen.

#### ► Essen – Gesundheit

Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass Gesundheit auch eine eindeutig soziale Dimension hat: *„Armut bedeutet meist schlechtere Lebens- Arbeits- und Wohnungsbedingungen, was auch einen schlechteren Gesundheitszustand zur Folge hat. In allen Altersklassen fühlen sich die einkommensmäßig schwächeren Gruppen wesentlich stärker gesundheitlich beeinträchtigt als die nichtarme Bevölkerung“* (Bericht über die soziale Lage 1997: 124).

SozialhilfeempfängerInnen sparen vorwiegend beim Essen, was sich in einer schlechteren Ernährung ihrer Kinder (Busch-Geertsema et al. 1993) sowie in einer mangelhaften ärztlichen Versorgung niederschlägt.

Wiederschwinger et al. analysierten die Entwicklung des familiären Konsumsverhaltens. Sie stellten fest, dass es nach einem deutlichen finanziellen Einbruch zu Beginn der Erwerbslosigkeit, in dem das gewohnte Konsumverhalten weiter beibehalten wurde, bei länger andauernder Erwerbslosigkeit zu einer Verschlechterung bzw. Destabilisierung der ökonomischen familiären Lage kam. In dieser zweiten Phase passten die Betroffenen ihr Konsumverhalten den neuen Gegebenheiten an. Auf der Suche nach weiteren Hintergründen stieß die Forschergruppe bei den direkten Gesprächen mit den Betroffenen oft auf Schwierigkeiten: *„Eine eingeschränkte Lebenslage, in der man sich Vieles nicht leisten kann, unterliegt einem starkem Tabu“* (Wiederschwinger 1984: 221ff.).<sup>8</sup>

In den USA und in den Niederlanden durchgeführte qualitative und quantitative Studien über Kinder erwerbsloser Eltern zeigen, dass diese vermehrt unter Krankheiten mit eindeutig psychosomatischen Erscheinungen (Ess- und Verdauungsstörungen, Schlaflosigkeit) litten. Dabei zeigte sich, dass diese Störungen mit Ängsten dieser Kinder in Zusammenhang standen. Aus anderen Untersuchungen, wie etwa jener von Linnenbank in Dortmund, lässt sich eine Korrelation zwischen psychosomatischen Krankheiten der Eltern und ähnlichen Störungen bzw. Aggressivität ihrer Kinder erkennen (vgl. Neuberger 1997).

#### 11.3.3 Anpassungsstrategien bei jüngeren Menschen

Es gibt Indizien dafür, dass Jugendliche in sozialer Notlage selbst versuchen, Geld zu verdienen, um sich manches leisten zu können. Sie machen dies auf unterschiedliche Weise, manche begehen dabei auch kleine Vergehen. Dies bedeutet jedoch nicht zwangsläufig, dass Jugendkriminalität oder politischer Radikalismus dort entsteht, wo Armut bereits weit verbreitet ist. Allerdings kann gezeigt werden, dass sich von sozialer Not betroffene junge Menschen von ihrer Gesellschaft entfremden. In ihrer Studie über Jugendlichen ohne Lehrstelle stellte Fielhauer fest, dass ein Großteil der Befragten wesentlich schlechtere Sozialisationsbedingungen hatte als der Großteil ihrer Altersgenossen. Außerdem erkannte sie, dass Arbeitslosigkeit und der Mangel an Lehrstellen zusammen zu Isolation und Frustration bei den betroffenen Jugendlichen führten. Ihnen fiel es schwerer als anderen Jugendlichen, die herrschenden Normen zu akzeptieren. Die im Umfeld von Jugendlichen ohne Lehrstellen entstandenen Subkulturen und Gegennormen erwiesen sich als Stabilisierungsfaktor, in-

8 Unterschiedliche Informationen über Verbindungen zwischen materiellen Einschränkungen und psychischen Reaktionen. – insbesondere Frustration und Scham bzw. Kompensationsmechanismen – finden sich in Feichtingers Literatur-analyse über Ernährungsweise und Armut. Dabei handelt es sich um ein noch wenig bekanntes Problemfeld, dem in der letzten Zeit zunehmend Aufmerksamkeit geschenkt wird (Feichtinger 1996: 38f.).

dem sie Freiräume für jene schafften, welche die herrschenden Normen nicht erfüllen konnten (Fielhauer 1987: 101-119).

Eine weitere Anpassungsstrategie kann etwa auch darin bestehen, sich auffällig zu verhalten. Das persönliche Unbehagen wird durch symbolische oder direkte Aggressivität gegen andere Jugendliche, gegen Erwachsene oder gegen sich selbst zum Ausdruck gebracht.

Andere Kinder von Erwerbslosen wiederum reduzieren ihre Wünsche und Ansprüche und akzeptieren die geforderte Sparsamkeit zwar äußerlich, innerlich oftmals jedoch nicht. Manche zeigen Konformität nach außen, um ihre Eltern nicht zu kränken oder traurig zu machen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass sie persönliche Frustrationen verarbeiten konnten.

### 11.3.4 Veränderungen in der Öffentlichkeit

Zahlreiche Studien über langfristig arbeitslose Menschen und ihre Familien weisen darauf hin, dass sich diese aus ihrem sozialen Umfeld zurückziehen. So beobachteten Fischer-Kowalski et al. in einer in Gmünd durchgeführten Untersuchung sogar eine Entpolitisierung der Betroffenen, die auf eine Entfremdung zur Gesellschaft schließen läßt (Fischer-Kowalski et al. 1986: 12).

Die Kontakte nach außen werden aus verschiedenen Gründen reduziert. Die Familie verliert an Mobilitätsmöglichkeiten. Einladungen werden aus Schamgefühl oder aus Angst vermieden, diesen nicht korrespondieren zu können.

Langfristige Erwerbslosigkeit führt zu einem sozialen Abstieg. Sehr oft kommt es in dieser Situation zu einer Art „Teufelskreis“ der um so schlimmer wird, je mehr die Betroffenen von ihrem sozialen Umfeld isoliert werden. Diese Vereinsamung läßt sich nicht so sehr auf geografische Umstände als vielmehr auf eine geringere Intensität an Kommunikation der betroffenen Familien mit Außenstehenden zurückführen: In der anonymen Großstadt fühlen sich manche Erwerbslose isolier-

ter, andere wiederum freier als in ländlichen Regionen. Die dort oftmals gegebene soziale Nähe zu Nachbarn wird von manchen als Unterstützung, von anderen hingegen als Kontrolle oder Einmischung erlebt (Jansche-Isenberger / Rieden 1991: 90-96). Der Rückzug aus der Öffentlichkeit hängt somit sehr stark mit den Charakteristika des sozialen Umfeldes zusammen, in dem Erwerbslose leben.

Ein solides solidarisches Netz von Verwandten und Freunden allein trägt aber nicht unbedingt zur Überwindung der sozialen Isolation bei. Oft ermüdet Hilfsbereitschaft die HelferInnen auf Dauer. Ständig auf die Hilfe anderer angewiesen zu sein, kann HilfeempfängerInnen kränken und zu familiären Konflikten führen. In anderen Fällen wiederum führt diese Situation zu einer Stärkung des familiären Zusammenhalts. Wird von außen versucht, das vertikale Verhältnis „HelferInnen“ versus „Geholfenen“ durch ein Modell der Gegenseitigkeit zu überwinden, so funktioniert dies auch nicht immer, da viele Familien das Nicht-Korrespondieren-Können als peinlich erleben (Neuberger 1997).

Der Rückzug von Erwerbslosen und ihren Familien aus der Öffentlichkeit geht oft mit ihrer sozialen Stigmatisierung einher. Dies prägt das Leben jüngerer Menschen meist tiefer als die Verringerung ihrer materiellen Lebenschancen. Durch diese subjektive Wahrnehmung der Benachteiligung verstärken sich Ängste oder Minderwertigkeitsgefühle. Aus dieser Perspektive ist es nicht verwunderlich, dass etwa betroffene Jugendliche an der Schule Diskussionen über Arbeitslosigkeit vermeiden oder dort ein „auffälliges Verhalten“ an den Tag legen, was ironischerweise ihre Stigmatisierung verstärkt.

---

## 11.4 Arbeitslosigkeit und Gesellschaft

---

### 11.4.1 Unterstützung durch den Staat – die österreichische Sozialpolitik

Im System der österreichischen Sozialversicherung ist die Arbeitslosenversicherung zentrale Versorgungsinstitution, das Risiko der Erwerbslosigkeit von unselbständig Erwerbstätigen abzufangen. Andere Subsysteme wie etwa die Pensionsversicherung oder die Sozialhilfe liefern ergänzende Versorgungsleistungen (Talos / Wörister 1994: 132).

Die Einbindung in den Arbeitsmarkt bzw. in die Erwerbstätigkeit ist nach wie vor Voraussetzung, um Leistungen der Sozialversicherung, darunter auch der Arbeitslosenversicherung, beziehen zu können. Dieses im 19. Jahrhundert festgelegte Prinzip ist für die Problematik Familie und Erwerbslosigkeit deshalb von Relevanz, weil insbesondere ein Teil der Frauen, aber auch Jugendliche, die noch nicht erwerbstätig waren, von einer eigenständigen Versicherungsleistung ausgeschlossen bleiben. Viele werden von diesem System nur als Mitversicherte und Hinterbliebene erfaßt, womit der soziale Schutz wesentlich von der Stabilität von Ehe und Familie abhängig ist (Tálos 1998: 212).

#### 11.4.1.1 Arbeitslosenversicherung

In das System der Arbeitslosenversicherung sind all jene unselbständig erwerbstätigen Personen integriert, deren Einkommen über der Geringfügigkeitsgrenze liegt (1998: öS 3830,-). Die Arbeitslosenversicherung umfasst neben Geldleistungen in Form von Arbeitslosengeld, Nostandshilfe oder Pensionsvorschusszahlungen auch Leistungen, die über ihren unmittelbaren Aufgabenbereich hinausgehen (wie etwa das Karenzurlaubsgeld oder die Sondernotstandshilfe).

Im Folgenden werden die für den Fall von Arbeitslosigkeit unmittelbar relevanten Leistungen wie Arbeitslosengeld, Notstandshilfe und Pensionsvorschusszahlungen kurz näher beschrieben.

#### ► Arbeitslosengeld

Einen Rechtsanspruch auf Arbeitslosengeld haben alle früher unselbständig erwerbstätigen Personen, die arbeitsfähig sowie arbeitswillig sind und entsprechende Mindestversicherungszeiten bei der Arbeitslosenversicherung aufweisen. Um einen Anspruch erstmals geltend machen zu können, muss die betreffende Person zumindest 52 Wochen in den letzten 24 Monaten arbeitslosenversicherungspflichtig beschäftigt gewesen sein. Bei jeder weiteren Inanspruchnahme (bzw. bei arbeitslosen Personen vor vollendetem 25. Lebensjahr oder KarenzgeldbezieherInnen) ist es ausreichend, wenn die entsprechende Person im letzten Jahr zumindest 26 Wochen erwerbstätig war. Dazu kommt, dass die vorgesehene Bezugsdauer nicht überschritten werden darf. Diese hängt von der Dauer der versicherungspflichtigen Beschäftigung vor der Antragstellung und vom Alter der arbeitslosen Person ab. Sie beträgt zumindest 20 Wochen, erhöht sich allerdings bei einer Beschäftigung von 156 Wochen (=3 Jahre) in den letzten 5 Jahren auf 30 Wochen, bei 312 Wochen (=6 Jahre) Beschäftigung in den letzten 10 Jahren auf 39 Wochen und bei 468 Wochen Beschäftigung (=9 Jahre) auf 52 Wochen (Wien 1997: 147-149, Tálos 1998: 223, Eck 1994: 218-222).

Weigert sich eine arbeitslose Person, eine vom Arbeitsamt zugewiesene zumutbare Beschäftigung anzunehmen oder Umschulungen bzw. Wiedereingliederungsmaßnahmen zuzustimmen, so verliert sie für die Dauer der Weigerung, mindestens aber für 4 Wochen das Arbeitslosengeld. Bei wiederholten Verweigerungen erhöht sich diese Frist auf sechs bis acht Wochen. Weiters wird das Arbeitslosengeld für vier Wochen gesperrt, wenn der Versicherte das Dienstverhältnis freiwillig ohne triftigen Grund beendet hat oder dieses durch eigenes Verschulden aufgelöst wurde (Eck 1994: 218).

Die Höhe des Arbeitslosengeldes ist abhängig vom vorangegangenen Erwerbseinkommen und wird nach Lohnklassen bemessen. Der dafür herangezogene Bemessungszeitraum wurde im Jahr 1990

zunächst von vier Wochen auf sechs Monate und 1996 auf ein Jahr erhöht. Das Arbeitslosengeld besteht aus dem sogenannten Grundbetrag und – was aus der Sicht von Familien von Relevanz ist – aus eventuellen Familienzuschlägen, die für Ehegatten bzw. Lebensgefährten, Großeltern, Kindern und Enkel gewährt werden, wenn die arbeitslose Person wesentlich zu ihrem Unterhalt beiträgt. Allerdings darf das Einkommen der Angehörigen die Geringfügigkeitsgrenze nicht überschreiten. Sie wird auch dann nicht gewährt, wenn den Angehörigen zugemutet wird, den eigenen Lebensunterhalt selbst bestreiten zu können.

► **Notstandshilfe**

Im Fall länger andauernder Erwerbslosigkeit wird im Anschluss an das Arbeitslosengeld Notstandshilfe zuerkannt (über die genauen Details dieser sozialen Leistung siehe Kap. 14.5, Soziale Sicherheit).

► **Pensionsvorschuss**

Der Pensionsvorschuss ist eine finanzielle Absicherung für erwerbslose Personen, die einen Pensionsantrag gestellt haben und nicht mehr alle für einen Anspruch auf eine Leistung aus der Arbeitslosenversicherung notwendigen Voraussetzungen erfüllen. Geldleistungen aus der Arbeitslosenversicherung können ihnen bis zur endgültigen Zuerkennung von Pensionszahlungen gewährt werden (Wien 1997: 162, Eck 1994: 222f.).

#### 11.4.1.2 Sozialhilfe

Die Sozialhilfe ist ein Auffangnetz für alle jene, die von den übrigen Systemen nicht ausreichend versorgt werden. Im Unterschied zur Arbeitslosenversicherung wird sie nicht vom Bund sondern von den Bundesländern und Gemeinden getragen. Im Fall von Erwerbslosigkeit werden Leistungen der Sozialhilfe nur bei Bedürftigkeit gewährt. Dazu zählen Personen, die keinen Anspruch auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung haben. Sie wird auch dann zuerkannt, wenn das Arbeitslosengeld

oder die Notstandshilfe nicht zur Existenzsicherung ausreicht. Bei der Prüfung von Bedürftigkeit werden allerdings neben eigenen Einkünften und Vermögenswerte auch die wirtschaftlichen Verhältnisse von Familienangehörigen berücksichtigt (Talos / Wörister 1994: 131f., 138, Pratscher 1992). Das entspricht dem in der Sozialpolitik gültigen Subsidiaritätsprinzip staatlicher Hilfe. Dieses sieht vor, dass staatliche Hilfeleistungen nur dann in Anspruch genommen werden können, wenn es für die Hilfesuchenden keine anderen Möglichkeiten der Sicherung des Unterhalts gibt, etwa durch eigene Arbeitskraft, eigene oder familiäre Ressourcen oder bestehende gesetzliche Leistungsansprüche. Talos wies jedoch darauf hin, dass die Berücksichtigung familiärer Ressourcen dazu führt, dass vor allem Frauen etwa bei Erwerbslosigkeit, Invalidität und im Alter in einem hohen Ausmaß auf den Unterhalt durch den Partner angewiesen sind (Talos 1998: 213).

#### 11.4.2 Soziale Reaktionen auf die Langzeiterwerbslosigkeit

Zu den Schwierigkeiten, mit denen Erwerbslose zu kämpfen haben, zählt das Gefühl, unproduktiv und überflüssig zu sein und daher zu einer Last für den Wohlfahrtsstaat zu werden. Dies erklärt die Schuldgefühle, die oft mit der Erfahrung der Erwerbslosigkeit einher gehen und daher nicht nur ein individuelles Problem darstellen. Schuldgefühle wurzeln in weit verbreiteten kollektiven Vorstellungen, konkret in negativen Einstellungen zu Erwerbslosen. So entstehen Stigmatisierungsprozesse, die zwar heute in allen EU-Ländern festzustellen sind, in diesen jedoch unterschiedliche Akzente aufweisen.

Werden die politischen Einstellungen zur sozialen Ungleichheit in verschiedenen EU-Ländern verglichen, so zeigen ÖsterreicherInnen ein besonderes Profil. Einerseits wird dem Egalitarismus viel Bedeutung beigemessen, andererseits verbreitet sich in Österreich seit 1987 die Meinung, dass es zwischen ÖsterreicherInnen sehr wenige soziale Unterschiede gäbe und der Staat deshalb keine

Umverteilung unternehmen vornehmen sollte. Genau der gegenteilige Trend wird in anderen Vergleichsländern sichtbar (Haller 1996).

Die besondere Haltung der ÖsterreicherInnen lässt sich auf unterschiedliche Gründe, unter anderem etwa auf die positive sozio-ökonomische Entwicklung der Republik in den letzten Jahren, zurückführen. Die Entstehung der neuen Armut hat allerdings in der öffentlichen Debatte in Österreich keinen so starken Niederschlag gefunden wie in den meisten anderen EU-Ländern. Dies hat wahrscheinlich zur Stigmatisierung von Erwerbslosen beigetragen.<sup>9</sup>

Inwieweit solche Mechanismen wirksam werden, zeigt sich vor allem, wenn die Betroffenen diese verinnerlichen: *„Arbeitslosigkeit wird in der Gesellschaft diskriminiert. Die Betroffenen haben diese Haltung internalisiert und versuchen sich daher von den „richtigen“ Arbeitslosen abzugrenzen. Die Abgrenzung erfolgt bei einigen dadurch, daß sie darauf hinweisen, finanziell doch noch nicht so „schlecht zu stehen“, auch wenn sie gleichzeitig erwähnen, daß sie durch die Arbeitslosigkeit finanzielle Einbußen erlitten haben“* (Jansche-Isenberger / Rieden 1992: 97).

Negative Kommentare werden meist nicht direkt an die Betroffenen adressiert, sie gewinnen dennoch anderswo an Kontur, wie etwa in der Debatte über sozialen Missbrauch wohlfahrtsstaatlicher Leistungen. So ist in den politischen Diskussionen und in der Öffentlichkeit immer wieder über *„Sozialschmarotzer“*, die in der *„sozialen Hängematte“* ruhen, die Rede. Meistens geht es dabei um den Missbrauch der Sozialhilfe, als ob SozialhilfebezieherInnen in Österreich eine homogene Gruppe bilden würden, deren Ziel darin besteht, langfristig von den Sozialleistungen *„auf Kosten anderer“* zu leben. Dies ist jedoch ein sozia-

les Vorurteil, das auf unzureichender Information über die Funktion, die Aufgaben und das Ausmaß der Sozialhilfe beruht. Anhand einer Analyse des Sozialhilfebezugs im Zeitverlauf in der Stadt Linz (Stelzer-Orthofer 1996) zeigt sich, wie heterogen die Gruppe der SozialhilfeempfängerInnen ist. Der Anteil jener, die 1994-95 über einen längeren Zeitraum (mehr als einem Jahr) regelmäßig Sozialhilfe empfangen, lag bei nur 2,2%. Die meisten SozialhilfeempfängerInnen (58%) erhielten bloß kurzfristige Hilfe. Diese Ergebnisse können zwar nicht ohne weiteres auf das übrige Österreich übertragen werden. Sie sind dennoch bedeutsam, zumal sie Analysen aus anderen Ländern – wie etwa den USA und Deutschland – bestätigen. Allerdings dürfen die Dauer des Sozialhilfebezugs und Dauer von Armut nicht gleichgesetzt werden. Sozialhilfe nicht mehr zu beziehen, bedeutet nicht zwangsläufig, diese nicht mehr zu benötigen.

---

## 11.5 Resümee

---

Die Erwerbslosigkeitsforschung in Österreich hat sich bis dato vorwiegend darauf konzentriert, die Zahl und die Charakteristika der Betroffenen besser kennen zu lernen. Zusätzliche Information bieten solide Studien aus der Armutsforschung, deren Ergebnisse allerdings nicht automatisch auf Erwerbslose übertragen werden können. Dauerhafte Entkoppelung vom Arbeitsmarkt birgt zwar ein wesentliches Verarmungsrisiko, allerdings führen auch andere Faktoren zur ökonomischen Deprivation.

Nur bei wenigen bislang durchgeführten Studien über die Auswirkungen von Erwerbslosigkeit stand die familiäre Dynamik im Mittelpunkt des Forschungsinteresses. In den bisherigen Untersuchungen wurde immer wieder auf die Komplexität der Faktoren hingewiesen, die das Leben von Familien im Schatten der Erwerbslosigkeit sowie ihre Bewältigungsstrategien prägen. Gerade deshalb ist Vorsicht bei der Übertragung von Ergebnissen

---

9 „Die Nichtthematisierung bzw. Verzerrung der Problematik von neuen Formen der Ungleichheit und Armut in der politischen Öffentlichkeit [...] hat zu einer gewissen Entsolidarisierung in der Bevölkerung selber beigetragen“ (Haller 1996: 220).



auf andere Länder bzw. in einen anderen sozialen Kontext geboten. Bei der Anwendung von Ergebnissen aus bereits vorhandenen Studien muss der jeweilige Zeitpunkt der Durchführung mitberücksichtigt werden, da es in den letzten Jahren zu umfangreichen sozialen Veränderungen (Zunahme der Erwerbslosigkeit, Auswirkungen von staatlichen Sparmaßnahmen) gekommen ist.

Zum besseren Verständnis der Auswirkungen von Erwerbslosigkeit auf Familien wäre es notwendig, in Österreich diesbezüglich eigene Untersuchungen durchzuführen, die von ihrer Konzeption her die Betroffenen als Subjekte und handelnde Personen betrachten.

Wie Erwerbslosigkeit – insbesondere, wenn sie dauerhaft ist – das Leben von ÖsterreicherInnen prägt und wie diese darauf reagieren, könnte in der Debatte über die Zukunft der Arbeit äußerst relevant in Hinblick auf die Suche nach Alternativen für „Normalerwerbsbiografien“ (Vollbeschäftigung, stabiler Arbeitsplatz und Beruf) sein. Bis vor kurzem galten diese noch als obligat, in Zukunft aber werden viele ÖsterreicherInnen alternative, vielfach weniger sichere Beschäftigungsformen annehmen müssen.

Die Situation von Frauen ist in diesem Zusammenhang besonders delikater, insofern sich ihre nach wie vor schwache Position am Arbeitsmarkt gerade in Zeiten konsolidiert, in denen dieser Arbeitsmarkt neu geordnet wird. Hinter der sozialen Debatte über die Zukunft der Arbeit verbergen sich unterschiedliche Auffassungen von Geschlechterrollen. Daraus ergibt sich die Gefahr, auf vergangene Muster zurückzublicken, d. h. einerseits weiter auf einem traditionellen Geschlechterrollenverständnis zu beharren oder andererseits nach wie vor auf das Mittel Vollerwerbstätigkeit als einzige anzustrebende Beschäftigungsform zu setzen. Die Zunahme dauerhafter Erwerbslosigkeit und der „Working Poor“ führen unweigerlich zur Frage nach einer sozial gerechten Aufteilung der Arbeit und des Wohlstandes. Dies betrifft Frauen in Männer in gleichem Maße.

Auf der Suche nach „neuen kulturellen Modellen“ (Albrecht 1991), die dem Menschenbild kritisch gegenüberstehen, das der gegenwärtige Arbeitsmarkt fördert, darf die zentrale Bedeutung von Arbeit, Erwerbsarbeit und Beruf für die Identität von Menschen nicht ausgeblendet werden.

In diesem Zusammenhang ist das Familienleben von Relevanz. Gerade bei jenen, die nicht nur erwerbslos sondern auch ‚familienlos‘ sind, werden die drastischen Auswirkungen sichtbar, die der Ausschluss vom Arbeitsmarkt mit sich bringt. Familien wirken nicht nur als ‚Resonanzkasten‘ sozialer Probleme sondern auch als ‚Labor‘, in dem neue Lebensweisen ausprobiert werden können. So wertvoll all diese Versuche auch sind, ersparen sie keineswegs politische Antworten auf die Problematik der Erwerbslosigkeit. Der private Bereich kann den öffentlichen nicht ersetzen. Öffentliche Unterstützungsleistungen für familiäre Lebensformen sind daher notwendig, weil diese nach wie vor einen hohen Stellenwert haben.

# Literatur:

- Achilles, Ilse (1995): „... und um mich kümmert sich keiner“. Die Situation der Geschwister behinderter Kinder. München (Piper Verlag)
- Albrecht, Richard (1991): Aus der Not eine Tugend? Von sozialer Ausgrenzung zum neuen kulturellen Modell. In: SWS-Rundschau (3), S. 363-382.
- Alish, Monika & Dangschat, Jens (1998): Armut und soziale Integration. Strategien sozialer Stadtentwicklung und lokaler Nachhaltigkeit. Opladen: Leske + Budrich
- Bacher, Johann (1997): Einkommenarmutsgefährdung von Kindern in Österreich und deren Auswirkungen auf die Schullaufbahn und das subjektive Wohlbefinden. Eine Sekundäranalyse des Österreichischen Kindersurveys. In: Sozialwissenschaftliche Rundschau, 37. Jg. (1/97), S. 38-61.
- Bank-Mikkelsen, N.E. & Berg, E. (1982): Das dänische Verständnis von Normalisierung und seine Umsetzung in ein System von Hilfs- und Pflegediensten zur Integration, in: VIF e.V. (Hg.) Behindernde Hilfe oder Selbstbestimmung der Behinderten. Neue Wege gemeindenahe Hilfen zum selbständigen Leben. München, Kongreßbericht im Eigenverlag der VIF, S. 108-113
- Bauböck, Rainer (1996): Nach Rasse und Sprache verschieden. Migrationspolitik in Österreich von der Monarchie bis heute. Wien: Institut für Höhere Studien.
- Beuys, Barbara (1984): Am Anfang war nur Verzweiflung. Wie Eltern behinderter Kinder neu leben lernen. Reinbeck: Rowohlt.
- Biffi, Gudrun (1998): Sopoemi Report on Labour Migration. Wien: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung.
- Bilden, Helga (1984): Arbeitslose weibliche Jugendliche, soziales Netzwerk und Partnerbeziehungen. In: Sexualpaedagogik und Familienplanung, 12. Jg. (5), S. 4-6.
- BIZEPS – online im Internet: <http://www.bizeps.or.at/> (99-06-10).
- Bleich, Christiane & Witte, Erich (1992): Zur Veränderungen in der Paarbeziehung bei Erwerbslosigkeit des Mannes. In: Zur Veränderungen in der Paarbeziehung bei Erwerbslosigkeit des Mannes, 44. Jg. (4), S. 731-749.
- Bleyer-Rex, Iris; Mergeay, Colette & Schindler, Hans (1985): Die Familie in der Arbeitslosigkeit. Bremen: Angestelltenkammer Bremen.
- Brinkmann, Christian (1987): Familiäre Probleme durch Langzeitarbeitslosigkeit. In: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (Hg). Familie und soziale Arbeit. Familienideal, Familienalltag. Stuttgart: Kohlhammer, S. 550-574.
- Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (1998): Bericht über die soziale Lage 1997. Analysen und Ressortaktivitäten. Wien: Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales.
- Busch-Geertsema, Volker & Ruhstrat, Ekke-Ulf (1993): „Das macht die Seele so kaputt...“. Armut in Bremen. Bremen: Temmen.
- Camilleri, Carmel (1996): Psychologie et culture. Concepts et méthodes. Paris: A. Colin
- Cinar, Dilek; Davy, Ulrike; Gächter, August; Hofinger, Christoph; Riegler, Henriette & Waldrauch, Harald (1996): Rechtliche Integration von Einwanderern im internationalen Vergleich. Wien: Institut für Höhere Studien.
- Cyba, Eva (1996): Arbeit und Beruf – Beharrung und Veränderung. Einstellungen und Werthaltungen 1979, 1986 und 1993. In: M. Haller, K. Holm, K. Müller, W. Schulz & E. Cyba (Hg), Österreich im Wandel. Werte, Lebensformen und Lebensqualität 1986 bis 1993. Oldenburg: Verlag für Geschichte und Politik, S. 31-49.
- Denz, Hermann; Hörl, Christian; Kremmel, Theo & Mayer, Hermann (1990) Bericht zur Obdachlosensituation in Vorarlberg 1989. Bregenz: Amt der Vorarlberger Landesregierung.
- Dietzel-Papakyriakou, Maria (1993a): Altern in der Migration. Die Arbeitsmigranten vor dem Dilemma: zurückkehren oder bleiben. Stuttgart: Enke Verlag.
- Dietzel-Papakyriakou, Maria (1993b): Die älteren Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland – Soziodemographische Aspekte. In: O. Johannes (Ed) Die älter werdende Gesellschaft. S. 171-193. Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung.
- Diezinger, Angelika; Marquardt, Regine; Bilden, Helga & Dahlke, Kerstin (1983) Entwicklungsprozesse arbeitsloser Mädchen Bd. 1: Aktuelle Belastungen und berufliche Konsequenzen DJI-Forschungsbericht. München: DJI Verlag.
- Dreyer, Petra (1988): Ungeliebtes Wunschkind. Eine Mutter lernt, ihr behindertes Kind anzunehmen. Frankfurt am Main (Fischer)
- Eck, Thomas (1994): Die Rolle des Sozialstaates in Zeiten erhöhter Arbeitslosigkeit am Beispiel Österreichs Wirtschaftswissenschaft. Universität Linz: Linz.
- Esser, Johannes (1984): Auswirkungen der Arbeitslosigkeit in der Familie. In: Sexualpaedagogik und Familienplanung: Zeitschrift der pro familia, 12. Jg. (5), S. 2-4.
- Fassmann, Heinz & Münz, Rainer (1995): Einwanderungsland Österreich. Historische Migrationsmuster, aktuelle Trends und politische Maßnahmen. Wien: Jugend und Volk.
- Fassmann, Heinz; Hintermann, Christiane; Kohlbacher, Josef & Reeger, Ursula (1999): „Arbeitsmarkt Mitteleuropa“. Die Rückkehr Historischer Migrationsmuster.

- Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.
- Feichtinger, Elfriede (1996): Armut und Ernährung Literaturanalyse unter besonderer Berücksichtigung der Konsequenzen für Ernährungs- und Gesundheitsstatus und der Ernährungsweise in der Armut. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Arbeitsgruppe Public Health.
- Fernández de la Hoz, Paloma (1995): Historische Wurzeln der aktuellen Einstellungen zur Ehe in Österreich und Spanien: Versuch eines interkulturellen Vergleichs. Bd. I. Dissertation. Universität Wien.
- Fib e.V. (Hrsg.) (1995): Leben auf eigene Gefahr? Geistig behinderte Menschen auf dem Weg in ein selbstbestimmtes Leben. (Materialien der AG SPAK, 00127), Verein z. Förd. d. sozialpolit. Arbeit / VG, München
- Fielhauer, Hannelore (1987): Zur beruflichen Integration von Jugendlichen am Beispiel von Jugendlichen ohne Lehrstelle. In: K. Beitzl (Hg), Gegenwartsvolkswunde und Jugendkultur: Referate des 2. Internationalen Symposiums des Instituts für Gegenwartsvolkswunde der Österreichischen Akademie der Wissenschaften vom 4. bis 8. Juni 1985 in Mattersburg, Vol. 1 Wien: Österreichische Akademie der Wissenschaften – Institut für Gegenwartsvolkswunde, S. 101-119.
- Findl, Peter & Frajji, Adelheid (1991): Ausländer in Österreich. In: Statistische Nachrichten, (11), S. 956-972.
- Fineman, Stephen (1987): Unemployment. Personal and social consequences. London: Tavistock Publications.
- Fischer, Lisa; Flecker, Jörg & Richter, Ulrike (1990): Veränderung der ökonomischen und familialen Situation von Arbeitslosen bzw. Arbeitslosen-Haushalten im Verlauf der Arbeitslosigkeit. Wien: Bundesministerium für Arbeit und Soziales.
- Fischer-Kowalski, Marina; Cyba, Eva & Fischer, Lisa (1986): Arbeitslosigkeit in Österreich und Frankreich. Ihre gesellschaftliche Bewältigung am Beispiel zweier Industriegemeinden. Österreichischer Teilbericht. Arbeitslosigkeit in der Stadt Gmünd. Wien: Institut für Höhere Studien.
- Förster, Michael (1994): Familienarmut und Sozialpolitik. Eine vergleichende Studie von 14 OECD-Ländern. Wien:
- Friedrich, Hannes; Spoerrie, Otto & Stenmann-Acheampong, Susanne (1992): Mißbildung und Familiendynamik. Kinder mit Spina bifida und Hydrocephalus in ihren Familien. Göttingen (Vandenhoeck u. Ruprecht)
- Gächter, August (1998): Die Integration der niedergelassenen ausländischen Wohnbevölkerung in den Arbeitsmarkt. Studie im Auftrag vom Bundeskanzleramt, Sektion IV. Endbericht. Wien: IHS.
- Goffman, Erving (1975): Stigma. Über Techniken der Bewältigung beschädigter Identität. Frankfurt (Suhrkamp)
- Grunewald, Karl (1988): Verhütung in Schweden. Online im Internet: [http://bidok.uibk.ac.at/texte/verhuetzung\\_schweden.html](http://bidok.uibk.ac.at/texte/verhuetzung_schweden.html) (99-06-10).
- Hähner, Uli; Niehoff, Uli; Sack, Rudi & Walther, Helmut (1997): Vom Betreuer zum Begleiter. Marburg a.L. (Lebenshilfe Deutschland).
- Haller, Max (1996): Einstellungen zur sozialen Ungleichheit im internationalen Vergleich. In: K.H. Max Haller, Karl Müller, Wolfgang Schulz & Eva Cyba (Hg), Österreich im Wandel. Werte, Lebensformen und Lebensqualität 1986 bis 1993 Oldenburg: Verlag für Geschichte und Politik, S. 188-220.
- Hammer, Gerald (1994): Lebensbedingungen ausländischer Staatsbürger in Österreich. In: Statistische Nachrichten, (11), S. 914-926.
- Hawlik, Elisabeth (1998): Erwerbstätigkeit im Jahr 1997. In: Statistische Nachrichten, (12), S. 1013-1023.
- Herbaut, Clotilde & Wallez, Jean-William (1996): Des Societes des Enfants. Le Regard sur l'enfance dans diverses cultures. Paris: L'Harmattan.
- Hinze, Dieter (1993): Väter und Mütter behinderter Kinder Der Prozeß der Auseinandersetzung im Vergleich. Heidelberg (Edition Schindele)
- Hofinger, Christoph & Waldrauch, Harald (1997): Einwanderung und Niederlassung in Wien: Institut für Höhere Studien.
- Hornstein, Walter; Lueders, Christian; Rosner, Siegfried; Salzmann, Wolfgang & Schusser, Horst (1986): Arbeitslosigkeit in der Familie. Eine empirische Studie über Prozesse der Auseinandersetzung mit Arbeitslosigkeit innerhalb von betroffenen Familien im Hinblick auf soziale Ausgrenzung und gesellschaftliche Wandlungsprozesse. München: Institut für pädagogische und erziehungswissenschaftliche Forschung der Universität der Bundeswehr München.
- Immerfall, S. (1997): Die westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich. Opladen: Leske + Budrich.
- Integration (1998): Österreich: Projekt „Eltern beraten Eltern“, Erster Zwischenbericht 1998, Online im Internet: <http://bidok.uibk.ac.at/ioe/ebe-bericht1.html> (99-06-10)
- Izquierdo Escribano, Antonio (1996): La inmigración inesperada: la población extranjera en España, 1991-1995. Madrid: Editorial Trotta.
- Jansche-Isenberger, Sigrid & Rieden, Elisabeth (1991): Frauen erforschen Frauenarbeitslosigkeit in Kärnten. In: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hg), Leben ohne Arbeit, Vol. 38 Wien: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, S. 1-122.

- Jonas, Monika (1990): Trauer und Autonomie bei Müttern schwerstbehinderter Kinder. Ein feministischer Beitrag. Mainz (Grünewald)
- Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien (1997): Sozialleistungen im Überblick. Lexikon der Leistungen und Ansprüche. Wien: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes.
- Khosrokhavar, Farhad (1997): L'islam des jeunes. Paris: Flammarion.
- Kieselbach, Thomas et al. (1998): „Ich wäre ja sonst nie mehr an Arbeit rangekommen“. Evaluation einer Reintegrationsmaßnahme für Langzeitarbeitslose. Weinheim: Deutscher Studien Verlag.
- Kreimer, Margareta (1995): Arbeitsmarktsegregation nach dem Geschlecht in Österreich. In: Wirtschaft und Gesellschaft 21. Jg. (4), S. 579-608.
- Lambelet, Catherine (1997): Le chômage et ses conséquences sur la famille: trajectoires et changement. In: P. Mathez (Ed), Réflexions sur un projet de musée, le chômage et l'agriculture; Neuchâtel, S. 67-83.
- Kronauer, Martin (1998): „Exklusion“ in der Armutforschung und der Systemtheorie. Anmerkungen zu einer problematischen Beziehung. In: SOFI-Mitteilungen, (26), S. 117-126.
- Lambeck, Susanne (1992): Diagnoseeröffnung bei Eltern behinderter Kinder. Göttingen (Hogrefe u. Huber)
- Luedtke, Jens (1998): Lebensführung in der Arbeitslosigkeit. Pfaffenweiler: Centaurus.
- Lüpke, Hans von & Voss, Reinhard (Hg.) (1994): Entwicklung im Netzwerk. Systemisches Denken und professionsübergreifendes Handeln in der Entwicklungsförderung. Pfaffenweiler: Centaurus.
- Lutz, Hedwig; Wagner, Michael & Wolf, Walter (1993): Von Ausgrenzung bedroht. Struktur und Umfang der materiellen Armutsgefährdung im österreichischen Wohlfahrtsstaat der Achtziger Jahre. Wien: Bundesministerium für Arbeit und Soziales.
- Marterbauer, Markus & Walterskirchen, Ewald (1999): Bestimmungsgründe des Anstiegs der Arbeitslosigkeit in Österreich. In: WIFO-Monatsberichte, 72. Jg. (3), S. 167-175.
- Maruani, Margaret (1995): Erwerbstätigkeit von Frauen in Europa. In: Informationen zur Raumentwicklung, (1) S. 37-47.
- Mohr, Gisela (1994): Ouvrières de l'industrie au chômage. Une étude longitudinale. In: L'Orientation scolaire et professionnelle, 23(4), S. 481-491.
- Mohr, Gisela (1997): Erwerbslosigkeit, Arbeitsplatzunsicherheit und psychische Befindlichkeit. Frankfurt am Main: P. Lang.
- Mürner Christian & Schriber, Susanne (Hg.) (1993): Selbstkritik der Sonderpädagogik? Selbstvertretung und Selbstbestimmung. Luzern (Edition SZH)
- Nationalrat, Österreichischer (1997): 685. der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrats XX. GP Wien.
- Neuberger, Christa (1997): Auswirkungen elterlicher Arbeitslosigkeit und Armut auf Familien und Kinder. Ein mehrdimensionaler empirisch gestützter Zugang. In: Ulrich Otto (Hg), Aufwachsen in Armut – Erfahrungswelten und soziale Lagen von Kindern armer Familien. Opladen: Leske + Budrich, S. 79-122.
- Niedecken, Dietmut (1989, 1998): Namenlos. Geistig Behinderte verstehen. München: Piper und Neuwied: Luchterhand.
- Niedecken, Dietmut (1997): „Namenlos“. Eine Zusammenfassung der Inhalte meines Buches Erschienen in: Geistige Behinderung 4/97, S. 375-380 Online im Internet: <http://bidok.uibk.ac.at/texte/namenlos-zusammen.html> (99-06-10)
- Pixa-Kettner, Ursula; Bargfrede, Stefanie & Blanken, Ingrid (1996): „Dann waren sie sauer auf mich, daß ich das Kind haben wollte...“. Eine Untersuchung zur Lebenssituation geistigbehinderter Menschen mit Kindern in der BRD. Hrsg.: Bundesministerium f. Gesundheit (Schriftenreihe des Bundesministeriums für Gesundheit, 00075)
- Primig-Eisner, Birgit (1998): Menschen mit geistiger Behinderung in Österreich. Sonderdruck der Lebenshilfe Österreich, Band 8, Wien
- Pratscher, Kurt (1992): Sozialhilfe: Staat – Markt – Familie. In: E. Tálos (Hg), Der geforderte Wohlfahrtsstaat. Traditionen – Herausforderungen – Perspektiven Wien: Löcker, S. 61-95.
- Prskawetz, Alexia (1997): Wirtschaftliche Auswirkungen der Migration in Österreich (1961-1995). Wien: Institut für Demographie der ÖAW).
- Pumares, Pablo (1996): La integración de los inmigrantes marroquíes. Familias marroquíes en la comunidad de Madrid. Barcelona: Fundación „La Caixa“.
- Reinbold, Brigitte (1985): Arbeitslosigkeit von Mädchen ein Randproblem der Jugendberufsnot? In: Psychosozial, 8 Jg. (27), S. 36-46.
- Rosenbaum, Heidi (1998): Verwandtschaft in historischer Perspektive. Stuttgart: Ferdinand Enke Verlag.
- Rosenkranz, Theresia (1998): Familienentlastung. Dienste für Familien mit behinderten Angehörigen, unter besonderer Berücksichtigung der Lebens- und Alltagssituation der Eltern. Linz (edition pro mente)

- Schindler, Hans & Wetzels, Peter (1985a): Subjektive Bedeutung familiärer Arbeitslosigkeit bei Schülern in einem Bremer Arbeiterstadtteil. Individuelle und gesellschaftliche Kosten der Massenarbeitslosigkeit. In: Kieselbach, Thomas und Ali Wacker: Psychologische Theorie und Praxis. Weinheim: Beltz, S. 120-138.
- Schindler, Hans & Wetzels, Peter (1985b): Vorübergehend zu Hause. Auswirkungen elterlicher Arbeitslosigkeit bei Kindern und Jugendlichen. In: Psychosozial, 8. Jg. (27), S. 70-80.
- Schmidt, Wilhelm & Wendt, Peter-Ulrich (1995): Armut – sozialer Wandel – Sozialpolitik. Kinder und Armut – die Verlierer der Konsumgesellschaft sind jung. In: M. Perik, W. Schmidt, P.-U. Wendt & (Hg), Arm dran. Armut, sozialer Wandel, Sozialpolitik Marburg: Schüren, S. 39-50.
- Schönwiese, Volker (1998): Problemfeld Therapie. In: betrifft: integration Nr. 4/98, S.6-7 Online im Internet: <http://bidok.uibk.ac.at/bi/bi498-therapie.html> (99-06-10)
- Schuchardt, Erika (1987): Biographische Erfahrung und wissenschaftliche Theorie. Soziale Integration Behinderter Teil 1, Heilbrunn (Klinkhardt)
- Schulz, Wolfgang (1996): Ehe und Familie. In: M. Haller, K. Holm, K. Müller, W. Schulz & E. Cyba (Hg), Österreich im Wandel. Oldenburg: Verlag für Geschichte und Politik, S. 138-154.
- Silbereisen, Rainer & Walper, Sabine (1989): Arbeitslosigkeit und Familie. Auswirkungen ökonomischer Deprivation durch Arbeitslosigkeit auf die Familie und die Entwicklungsperspektiven ihrer Mitglieder. In: Manfred Markefka (Hg), Handbuch der Familien- und Jugendforschung. Bd. 1: Familienforschung. Neuwied: Luchterhand, S. 535-557.
- Stelzer-Orthofer, Christine (1996): Der Mythos der Sozial-schmarotzer? In: WISO, 19. Jg. (2), S. 62-85.
- Supiot, Alain (rapporteur général) (1998) Transformations du travail et devenir du droit du travail en Europe. Rapport final à la Commission de L'Union Européenne. Mimeografiertes Forschungsbericht. Brüssel.
- Tálos, Emmerich (1998): Soziale Sicherung im Wandel. Österreich und seine Nachbarstaaten. Wien: Böhlau.
- Tálos, Emmerich & Wörister, Karl (1994): Soziale Sicherung im Sozialstaat Österreich. Baden- Baden: Nomos.
- Treibel, Anette (1990): Migration in modernen Gesellschaften. Soziale Folgen von Einwanderung und Gastarbeit. Weinheim und München: Juventa Verlag.
- Tribalat, Michèle; Simon, Patrick & Riandey, Benoît (1996): De l'immigration à l'assimilation: enquête sur les populations d'origine étrangère en France. Paris: Editions La Découverte / INED.
- Vollmann, Kurt (1998): Wer wohnt wie? Integrierte Auswertung zu soziodemographischen Aspekten des Wohnens am Beispiel der Großzählung 1991. In: Statistische Nachrichten, (4), S. 289-297.
- Wacker, Ali (1990): Einleitung. In: Schindler H., Wetzels P. (Hg), Familienleben in der Arbeitslosigkeit. Ergebnisse neuer europäischen Studien. Heidelberg: Roland Asanger.
- Wallner-Ewald, Stefan (1999): Leben am Rand des Sozialsystems. Die Klientinnen und Klienten der Sozialberatungsstellen der Caritas Österreich. Wien: Julius-Raab-Stiftung.
- Walper, Sabine & Silbereisen, Rainer (1994): Economic hardship in Polish and German families. Some consequences for adolescents. In: E. Todt (Ed), Adolescence in context: the interplay of family, school, peers, and work in adjustment. Berlin: Springer, S. 125-148.
- Walter, Joachim (1994): Sexualität und Geistige Behinderung Online im Internet: [http://bidok.uibk.ac.at/texte/sex\\_beh.html](http://bidok.uibk.ac.at/texte/sex_beh.html) (99-06-10).
- Walter, Joachim & Hoyler-Herrmann, Annerose (1987): Erwachsensein und Sexualität in der Lebenswirklichkeit geistigbehinderter Menschen. Biographische Interviews. Heidelberg (Edition Schindele)
- Wiederschwinger, Margit (1984): Frauenarbeit in Krisenzeiten. Frauen-zurück an den Herd! Zum Problem der Frauenarbeitslosigkeit und deren Stellung in der Arbeitslosenforschung. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 13. Jg. (3), S. 343-352.
- Wiederschwinger, Margit; Flecker, Jörg; Richter, Ulrike; Neyer, Gerda; Fischer, Lisa & Laburda, Angelika (1992): Veränderung der ökonomischen Situation von Arbeitslosen bzw. Arbeitslosen-Haushalten im Verlauf der Arbeitslosigkeit. Wien: Bundesministerium für Arbeit und Soziales.
- Wolf, Walter (1995): Arbeitslosigkeit und Einkommen. In: Statistische Nachrichten, (6), S. 441-444.
- Wroblewsky, Angela (1998): Der Arbeitsmarkt für AusländerInnen. In: Christoph Hofinger, Barbara Liegel, Günther Ogris, Theresia Unger, Harald Waldrauch, Angela Wroblewski, Peter Zuser, Einwanderung und Niederlassung II. Soziale Kontakte, Diskriminierungserfahrung, Sprachkenntnisse, Bleibeabsichten, Arbeitsmarktintegration und Armutsgefährdung der ausländischen Wohnbevölkerung in Wien. S. 132-156. Wien: Institut für Höhere Studien.
- Zanfrini, Laura (1998): Leggere le migrazioni. I risultati della ricerca empirica, le categorie interpretative, i problemi aperti. Milano: Franco Angeli.

Zentralamt, Österreichisches Statistisches (1997): Mikrozensus. Jahresdurchschnitt 1997. Wien: Österreichisches Statistisches Zentralamt.

Zentralamt, Österreichisches Statistisches (1998): Einwohnerzahlen nach Gemeinden und Staatsangehörigkeit am 31.12.1997. Wien: Österreichisches Statistisches Zentralamt.

Zilian, H G; Fleck, Christian; Hoedl, Josef & Krickl, Anton (1990): Die verborgenen Kosten der Arbeitslosigkeit. Frankfurt am Main: Hain.

---

## Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

### Tabellenverzeichnis

Tabelle 9.1: Wohnsituation Erwachsener mit geistiger Behinderung in der BRD	347
Tabelle 9.2: Wohnsituation Erwachsener mit geistiger Behinderung in Schweden	347